

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

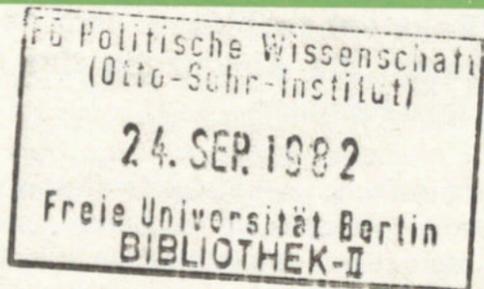
GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, September 1982

Einzelpreis 4,- DM

XXII. Jahrgang

D 3476 EX



9/82

Der Monat September wurde mit Demonstrationen und großen Kundgebungen des DGB für Frieden und Abrüstung, an denen Hunderttausende Gewerkschafter teilnahmen, eingeleitet. Allein in Hamburg und Bremen demonstrierten zusammen über 30 000. Am 7. September (nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe) gab es weitere Demonstrationen und Kundgebungen, mit denen die Beamten gegen Besoldungskürzungen (Verzögerung der längst fälligen Erhöhung) im Rahmen der Bonner „Sparoperationen“ protestierten.

Beide Aktionen sind indessen Zeichen der Gegenwehr gegen ein und dieselbe Politik: die bundesdeutsche Beteiligung am Wettrüsten. Während bei der „Haushaltsoperation 1983“ von 9,5 Milliarden DM rund 8 Milliarden bei sozialen Leistungen für Arbeitnehmer, Rentner, Kranke und Arbeitslose gestrichen werden sollen, wird der Rüstungshaushalt um 4 Prozent aufgestockt. Wie NGG-Vorsitzender Döding in Lübeck, so erklärten viele Gewerkschafter auf den Kundgebungen am Antikriegstag in der ganzen Bundesrepublik: „Die Gewerkschaften sind nicht bereit, militärische Aufrüstung mit sozialer Abrüstung zu bezahlen.“ Gegen den

Sozialabbau ist vom DGB und verschiedenen Gewerkschaften eine Welle von Großkundgebungen angesagt: am 23. Oktober in Bochum, Frankfurt und Nürnberg; am 30. Oktober in Stuttgart; am 6. November in Hannover. Und es ist genau diese Sprache des aktiven und sichtbaren Protestes, die von den Regierenden und den Herrschenden überhaupt nur verstanden wird. Die Enttäuschung von Millionen Mitgliedern und führenden Funktionären der Gewerkschaften über die „Schmutzarbeit“, die zur Zeit von der SPD-Führung für das Großkapital erledigt wird,

Ohne Druck bewegt sich nichts in Bonn

hat einen Entfremdungsprozeß von Gewerkschaftern gegenüber der SPD in Gang gesetzt, der auch Herbert Wehner munter werden ließ. Allerdings reichte der gewerkschaftliche Druck noch nicht aus, den Stopp der sozialfeindlichen Politik zu bewirken. Vielmehr glauben Wehner und Schmidt offenbar, mit reinen Wortzugeständnissen der gewerkschaftlichen Unruhe und Aktion die Spitze nehmen zu können.

So verließ denn auch das auf Initiative Wehners zustande gekommene Gespräch zwischen der SPD-Fraktionsführung und dem DGB-Bundesvorstand ganz in diesem Sinne. DGB-Vorsitzender Breit anerkannte, laut gemeinsamer Erklärung, daß in Zeiten systembedingter Krise auch der Sozialetat „nicht von notwendigen Kürzungen ausgenommen werden kann“, die Lasten aber „gerecht“ und „ausgewogen“ verteilt werden müßten. Darin steckt nicht nur die Zurkenntnisnahme der Unfähigkeit der „Marktwirtschaft“, einen erreichten sozialen Standard zu garantieren, sondern auch die Hinnahme der Unternehmerlogik, daß durchaus wieder abgebaut werden kann, was in jahrzehntelangen Kämpfen von den Gewerkschaften als richtig und notwendig durchgesetzt wurde. Daß andererseits die SPD-Fraktionsführung versprach, die Kürzungsbeschlüsse des Kabinetts unter dem „Aspekt der sozialen Gerechtigkeit“ nochmals zu „prüfen“, ist zu billig, als daß sich der DGB damit zufriedengeben könnte. So wie massiver Druck nötig war, um sozialen Fortschritt zustande zu bringen, ist er erst recht erforderlich, um ihn zu verteidigen.

Aus dem Inhalt:

Antikriegstag '82: Kontrapunkte Raketenbeschluß und Sozialabbau	2
IG Metall fordert Tarifvertrag für humane Arbeitsbedingungen	4
Erfolg der nächsten Lohnrunde hängt von Mitgliedermobilisierung ab	6
Bankenprofite in der Krise Immer riskantere Geschäfte	8
US-Giftgaslager in Fischbach: Bundesregierung stimmte zu Interview mit Julius Lehlbach, DGB-Vorsitzender in Rheinland-Pfalz	10
Mitgliedschaft vermißt Lehren aus dem Neue-Heimat-Skandal	11
Noch acht Gewerkschaftstage 1982 Im Vordergrund: Arbeit und Frieden	12

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

Reden – Beschlüsse – Meinungen	
Aussagen von Gewerkschaftern zu Frieden und Entspannung	
AEG-Zusammenbruch dient zur Branchenbereinigung	
IG Metall stellt „Unternehmer auf den Prüfstand“	13–24

„Kanzlerflügel“ unterlag Siegfried Pommerenke gewählt	25
Ausländer sind keine Sündenböcke für kapitalistische Gebrechen	28
Schlußlicht Rentnerhaushalte: 4,8 Mill. Renten unter 600 DM	31
Frankreichs Regierung vom Ziel weit entfernt	34

Antikriegstag '82: Kontrapunkte Raketenbeschluß und Sozialabbau

Mit vielfältigen, in die Hunderte gehenden Aktivitäten wurde der diesjährige Antikriegstag begangen. Charakteristisch war, daß nicht nur — wie in den vorausgegangenen Jahren — die DGB-Jugend ausschließlich Träger und Gestalter war, sondern junge und ältere Gewerkschafter die Kundgebungen, Demonstrationen und Info-Stände gemeinsam vorbereitet und gestaltet hatten. Im Vordergrund der Aussagen stand die Ablehnung der Raketenbeschlüsse und damit eng im Zusammenhang das Kontra gegen die Abwälzung der Rüstungslasten auf die Arbeitnehmer und ihre Familien.

Zum 1. September hatte der DGB-Bundesvorstand alle Arbeitnehmer aufgefordert, die Entspannungs- und Friedenspolitik zu unterstützen. Er sprach sich u. a. aus für die „schrittweise Reduzierung der Rüstungsausgaben in allen Ländern“ sowie für den sofortigen „Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West einschließlich der Neutronenbombe, deren völkerrechtliche Ächtung angestrebt“ werden müsse.

Soweit bei Redaktionsschluß bekannt war, fand die größte Kundgebung in Hamburg vor dem Gewerkschaftshaus statt. In zwei Demonstrationen waren annähernd 20 000 Gewerkschafter zum Kundgebungsplatz demonstriert. Eine Absage erteilte HBV-Landesbezirksleiter Arno Krause an die von der NATO betriebene Politik des atomaren Erstschlags. Wie auch in anderen Städten waren die Demonstration und Kundgebung nur ein Teil der vielen Hamburger Aktivitäten im Rahmen einer Friedenswoche. U. a. haben sich die Gewerkschafter auch mit der Frage beschäftigt, wie Kriegs- in zivile Produktion umgewandelt werden kann.

In Bremen sprach vor weit über 10 000 Teilnehmern das geschäftsführende HBV-Hauptvorstandsmitglied Christian Götz. An die Aussage des damaligen DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter vom Vorjahr anknüpfend, daß die Gewerkschafter Verbündete aller Menschen und Gruppen seien, die ehrlich den Frieden ersehnten und bereit seien, dafür zu kämpfen, forderte Götz die richtigen politischen Schlußfolgerungen. Dies könne nur bedeuten: „Die Gewerkschaften reißen sich mit ihren eigenständig entwickelten Friedensaktivitäten bewußt in die große und wachsende Friedensbewegung unseres Landes ein. Abgrenzungsverhalten oder gar Abgrenzungsbeschlüsse schaden der großen Sache des Friedens, der Abrüstung und sozialen Sicherheit“ erklärte er wörtlich.

Zu den prominenten Rednern der Antikriegskundgebungen gehörte auch DGB-Vorsitzender Ernst Breit. Auf der

Veranstaltung des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen in Herne sprach er sich gegen das Wettrüsten aus. Dieses würde auf Dauer zum volkswirtschaftlich unsinnigen Kostenfaktor

GLOSSE

Verhängnisvoll

Da denken die Leute immer, Preiserhöhungen, Zinsverteuerungen, Arbeitslosigkeit — alles das sei schlimm und verhängnisvoll. Aber wer so denkt, sieht die Dinge nicht richtig. Das ist die kleinliche Denkweise des kleinen Mannes, die Sicht aus der Perspektive des Kleingeld-Portemonnaies.

Dr. Kirchner, Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbandes Gesamtmetall, hat die besseren Augen. Aus seinem Blickwinkel der dicken Briertasche ist nur eines „verhängnisvoll“, wie er Ende August im Deutschlandfunk erklärte: die Forderung der Gewerkschaften nach Sicherung der Realeinkommen. Überhaupt verschärft das ganze Gerede über Lohnerhöhungen nur die Krise. Statt dessen sollten sich die Gewerkschafter mit den Unternehmern zusammensetzen (was übrigens im Herbst bei BDA-Präsident Esser auch geschehen soll) und gemeinsam überlegen, wie die Wirtschaftslage verbessert werden kann.

Ganz bestimmt haben sich die Unternehmerfunktionäre schon jetzt was Tolles „überlegt“, so daß die Gewerkschafter sich erschrocken „zusammensetzen“ werden: Verzicht auf Lohnerhöhungen, zumindest aber auf solche, die die Kaufkraft sichern. Denn ein jeder weiß doch längst: Weniger Lohnerhöhung bringt mehr Gewinnerhöhung. Und höhere Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die sicheren Arbeitsplätze von übermorgen. So wie der Lohnverzicht von 1980 die Investitionen von 1981 ermöglichte, weshalb wir jetzt — 1982 — die sicheren Arbeitsplätze haben. okulus

Nummer eins. Sein Kollege im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, Lothar Zimmermann, setzte sich in Westberlin vor rund 5000 Gewerkschaftern mit der Behauptung auseinander, daß Rüstungsproduktion Arbeitsplätze sichere. Das sei eine „Perversion des Denkens“. Vielmehr sei der Ausbau der Rüstung unmoralisch, am Profit orientiert und gegen die Interessen der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften gerichtet.

Unter einem besonderen Vorzeichen stand die Frankfurter Veranstaltung. Vier Tage zuvor war die Belegschaft der Firma Klimsch gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen in den Streik getreten. Ihr galt die Solidarität der Kundgebungsteilnehmer. Ihr Kampf mache deutlich, daß das Motto „Frieden und Arbeit für alle“ täglich aktueller werde, erklärte DGB-Kreisvorsitzender Manfred Kiesewetter. Die Solidarität fand ihren Ausdruck in einer Sammlung, die 1425 DM ergab.

DGB-Landesbezirksvorsitzender Jochen Richert, der ebenfalls in Frankfurt sprach, nannte es nicht nur „paradox“, sondern „schizophren“, wenn einerseits die Bundesregierung international für die Ächtung chemischer Waffen eintrete und „gleichzeitig die USA hier auf deutschem Boden chemische Kampfstoffe lagern“. Unter Beifall kündigte er an, daß der hessische DGB zur Zeit prüfe, ob er sich der Verfassungsbeschwerde des DGB Rheinland-Pfalz gegen die Giftgaslagerungen anschließen werde.

Richert, der der Arbeiterbewegung die Aufgabe stellte, deutlich zu machen, daß sie der „natürliche Feind des Militarismus, des Krieges, des Wettrüstens“ sei, spannte den Bogen von den wachsenden Rüstungskosten zur Sozialdemontage, zu Reallohnabbau und anhaltender Arbeitslosigkeit. „Einer solchen Politik des sozialen Raubbaus muß gewerkschaftliche Gegenwehr entgegengesetzt werden. Und dies nicht nur in Sonntagsreden oder Presseerklärungen. Die Gewerkschaften müssen wieder lernen, auf die Straße zu gehen, ihrem Protest machtvoll in Großdemonstrationen Gehör zu verschaffen“, erklärte er wörtlich.

Am Antikriegstag nahm der Arbeitslosenmarsch der hessischen DGB-Jugend in Kassel seinen Anfang. Er steht ebenfalls unter dem Motto „Frieden und Arbeit für alle“.

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, die zahlreichen Veranstaltungen zu erwähnen. Es bleibt nur noch die Aufgabe, darauf hinzuweisen, daß auf einstimmigen Beschluß des Hauptvorstands der Deutschen Postgewerkschaft bis Mitte Oktober befristete Friedenswochen stattfinden. Angesichts der vielfältigen Aktivitäten kann die Hoffnung eines bekannten Gewerkschafters aufgehen, daß der Zeitpunkt kommt, wo jeder der 365 Tage im Jahr ein Antikriegstag ist. G. M.

Der DGB greift zu Aktionen „Stuttgarts“ in Vorbereitung

Soviel war bei Redaktionsschluß bekannt: Es gab kaum eine gewerkschaftliche Veranstaltung zum Antikriegstag, auf der nicht von Spitzenfunktionären der Zusammenhang zwischen steigenden Rüstungsausgaben und analogem Sozialabbau aufgezeigt wurde. Da war die Rede von der „Wahnsinnsche der Rüstung, die die Schwachen bezahlen“ müßten, von einer „Perversion des Denkens, daß durch verstärkte Rüstung Arbeitsplätze gesichert“ würden und vom „volkswirtschaftlichen unsinnigen Kostenfaktor Nummer eins“.

Der Punkt ist erreicht, der das Wasser im Krug zum Überlaufen bringt: Betriebsstillegungen, alle Rekorde brechende Arbeitslosenzahlen und schließlich der drohende soziale Kollaps zwingen die Gewerkschaften zum Handeln, wollen sie ihrem Anspruch, Interessenvertreter der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu sein, gerecht werden.

Jetzt versucht die SPD-geführte Bundesregierung, unterstützt von solchen Gewerkschaftern wie Rappe (IG Chemie) und Niggemeier (IG Bergbau und Energie), die Gewerkschaften auf ihre Linie des Sozialabbaus zu bringen. Denn keinem anderen Zweck diene das Treffen des Vorstands der SPD-Bundestagsfraktion mit der DGB-Spitze am 2. September. Das hatte bereits vor dem Treffen Hermann Rappe, designierter IG-Chemie-Vorsitzender, ausgeprochen in einem Bild-Zeitungs-Interview angedeutet. DGB-Beschlüsse mißachtend, griff er alle Gewerkschafter, die sich für Aktionen gegen die Sozialdemontage aussprechen, massiv an. So sein Originalton: „Es gibt leider einige Gewerkschaftsspitzenfunktionäre, die meinen, lautstarkes Marktgeschrei sei hilfreicher als zähes Verhandeln.“ Das Gerede von Kampfmaßnahmen sei wenig hilfreich. Damit skandierte er Bundeskanzler Schmidt, der unverfroren den Arbeitnehmern vorwarf, sie seien weinerlich und handelten aus Gruppenegoismus.

Nun sind Niggemeier und Rappe nicht die Gewerkschaftsbewegung, sonst gäbe es keine solchen Kundgebungen, wie sie jetzt vorbereitet werden. So wird der DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen am 23. Oktober in Bochum unter dem Motto „Arbeit schaffen — Sozialabbau verhindern“ demonstrieren. Am gleichen Tage werden auch in Nürnberg und Frankfurt die bayerischen und hessischen Gewerkschafter ihren Willen bekunden, daß sie nicht bereit sind, den Sozialabbau hinzunehmen. Eine Woche später folgt dann der DGB Baden-Württemberg mit einer

Großkundgebung in Stuttgart. Nach Gewerkschaftsangaben soll sich diese „gegen die restriktive Haushaltspolitik in Bund und Ländern, gegen Betriebsstillegungen und Entlassungen und gegen den Abbau des sozialen Netzes“ richten. Aktionen gibt es auch in Hannover, und im Bezirk Nordmark drängen die Metalier darauf, daß was getan wird.

Es ist noch nicht lange her, als auf dem 12. DGB-Kongreß mehrere Diskussionsredner zum Ausdruck brachten, wie notwendig viele Stuttgarts wären. Bekanntlich war diese Stadt am Neckar mit einer 70 000-Mann-Kundgebung zum Symbol des Kampfes gegen die erste Welle des Sozialabbaus geworden. Dieser in Westberlin geäußerte Wunsch steht vor seiner Realisierung, wenn sich die Gewerkschafter aktiv an den Vorbereitungen beteiligen und der Bundesregierung unmißverständlich klarmachen, daß sie nicht gewillt sind, die Sozialdemontage hinzunehmen.

gima

Spitzeldienst

Das Wort des Bundesinnenministers Gerhart Baum scheint nicht viel wert. Hatte er doch den Gewerkschaften versichert, eine Bespitzelung von Betriebsräten durch den sogenannten Verfassungsschutz finde nicht statt bzw. wenn sie stattgefunden habe, dann werde sie eingestellt. Dem ist nicht so. Im Gegenteil: Erst Ende August enthüllte der bayrische SPD-Vorsitzende Helmut Rothmund, wie weit die Bespitzelung reicht. Nicht nur Betriebsräte werden observiert. Der Verfassungsschutz habe seine Leute bis in höchste Gewerkschaftskreise eingeschleust und interessiert sich hier für alles, was die Gewerkschaften tun. Und Bayern, wo dies jetzt bekannt wurde, ist sicher kein Einzelfall. Es ist zu hoffen, daß Rothmund nun den Beweis für seine Behauptung antrifft.

Es ist allerdings schon merkwürdig, wenn die Gegenseite, die Unternehmer, über die Strategie der Gewerkschaften, etwa bei Tarifverhandlungen, vorher immer bestens informiert ist. Der DGB-Bundesvorstand zeigte sich bisher nur überrascht. Rothmunds Enthüllung sei „so ungeheuerlich, daß man es gar nicht glauben kann.“ Treffen die Behauptungen zu, so würde sich offenbaren, daß „unser Verfassungsschutz“ nicht die Verfassung schützt, sondern für diejenigen arbeitend, die ihre Macht bei konsequenter Anwendung der Verfassung eingeschränkt sähen. B. K.

Widerstand

Ernst Breit und andere Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften erklären immer wieder, daß sie nicht daran denken, zur Abwehr der sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Politik gegen Regierung und Parlament zum Kampf aufzurufen. Wenn überhaupt, sollen bestenfalls im Oktober nach der 1. Lesung des Haushalts '83 im Bundestag einige Kundgebungen stattfinden. Nur nichts tun, was auch nur den Anschein haben könnte, daß man das 1981 beschlossene DGB-Grundsatzprogramm ernst nimmt und dem verrotteten kapitalistischen System den Kampf ansagt. Alles andere scheint zweitrangig zu sein, gleich, ob das Arbeitslosenheer die 2-Millionen-Grenze überschreitet und Mammutkonzerne, wie die AEG, mit Zehntausenden von Arbeitsplätzen auf dem Altar der kapitalistischen Krise geopfert werden.

Für diese „besonnene“ und „staatsmännische“ Haltung wird dem neuen DGB-Vorsitzenden von FAZ über „Bild“ bis ZDF-Löwenthal viel Beifall gespendet. Damit verbunden strapaziert der Blätterwald die alte Leier, in der Bundesrepublik wäre ein politischer Streik illegal. Nur Gewerkschaftsführungen könnten nach Ablauf eines Tarifvertrages zur Durchsetzung von sozialen Forderungen an die Unternehmer zur Arbeitsniederlegung aufrufen. Wären unsere Altvorderen den Argumenten von Ernst Breit gefolgt, gäbe es bis heute weder eine Sozialversicherung noch den Achtstundentag sowie Betriebsräte und Ansätze von Mitbestimmung. Alles wurde im Kampf gegen das Kapital und sein Machtinstrument Staat mit großen Opfern durchgesetzt. Ohne politischen Kampf der Gewerkschaften wäre vor 20 Jahren ein CDU/CSU-Gesetzentwurf, der die Selbstkostenbeteiligung im Krankheitsfalle vorsah, durchgepeitscht worden. Vor zehn Jahren, 1972, streikten Tausende Arbeiter und Angestellte erfolgreich, als CDU-Barzel die damalige Regierung Brandt zu stürzen versuchte.

Auch heute ist politischer Widerstand geboten. Das ergibt sich auch aus dem Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes, der lautet: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Wer heute die Beseitigung des Solidarprinzips der Sozialversicherung betreibt, handelt eindeutig gegen den sozialen und demokratischen Rechtsstaat (Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes). Um die sozialreaktionären Kräfte daran zu hindern, haben die Gewerkschaften das Recht, auch gegen Regierung und Parlament Widerstand zu leisten. W.P.

IG Metall fordert Tarifvertrag für humane Arbeitsbedingungen

Schon im April hatte der Bezirk Stuttgart der IG Metall den Entwurf eines Lohnrahmentarifvertrages zur Gestaltung menschengerechter Arbeitsbedingungen für die 260 000 Arbeiter und Angestellten des Tarifbezirks Südwürttemberg/Hohenzollern vorgelegt (siehe NACHRICHTEN 7/82, S. 5). Bisher hatte der zuständige Unternehmerverband dazu geschwiegen. Erst nach einem IG-Metall-Presseseminar am 13. August und entsprechender Öffentlichkeit meldeten sich die Unternehmer. Wie nicht anders zu erwarten, behaupteten sie, die Forderungen wären nicht „kompromißfähig“, und ihre Verwirklichung würde „unweigerlich zum Gewerkschaftsstaat und zur Planwirtschaft führen“.

Der 19 Paragraphen umfassende Entwurf hat als Basis den 1978 für den Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden erstreikten Lohnrahmentarifvertrag II, berücksichtigt dessen Erfahrungen und geht über diesen noch hinaus. Wie Bezirksleiter Franz Steinkühler mitteilte, ist der für Südwürttemberg/Hohenzollern schon 1962 abgeschlossene Lohnrahmentarifvertrag bereits seit 1965 gekündigt, und es gab bis 1979 mehr als zehn erfolglose Verhandlungen. Diese waren festgefahren, weil die Unternehmer nachgewiesen hatten, daß es keine wissenschaftlich begründeten Vorgabezeiten für die Leistungsentlohnung gebe.

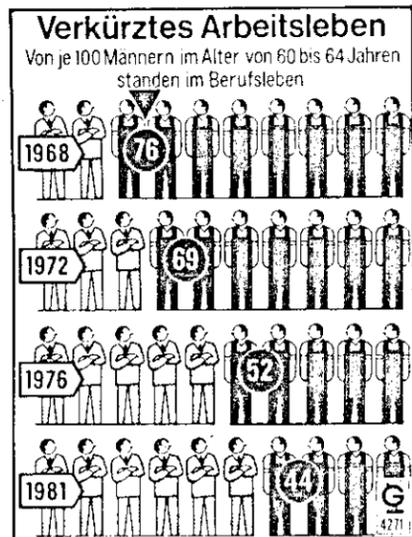
Ausgangspunkt für die Forderungen im jetzt vorliegenden Entwurf sind die enorm gewachsenen Belastungen der Beschäftigten im Arbeitsprozeß und deren Folgen. Aus der Fülle des vorgelegten Materials hier nur zwei Beispiele: Der Prozentsatz der Rentempfänger aufgrund von Berufs- und Erwerbsunfähigkeit hat sich von 36,9 im Jahre 1975 auf 50,2 im vergangenen Jahr erhöht. Zwischen 15 und 30 Prozent (das sind 3,8 bis 7,5 Millionen aller Arbeitsplätze) weisen erhöhte Risiken für gesundheitliche Schäden auf. Die sich immer mehr verschlechternden Arbeitsbedingungen, Abgruppierungen und Arbeitsplatzvernichtungen würden den Ruf vieler Gewerkschafter nach einer tarifvertraglichen Regelung noch verstärken.

Leitgedanke für die menschengerechte Arbeitsgestaltung sei es, tarifvertragliche Anforderungen an die Arbeitsbedingungen festzulegen und Gestaltungsmöglichkeiten für Arbeitsbedingungen zu eröffnen. Außerdem sollen die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats und die Mitwirkungsrechte des einzelnen Arbeitnehmers ausgeweitet, zusätzliche Belastungen im Arbeitsprozeß abgebaut sowie ein Ausgleich

durch Freizeit für nicht vermeidbare Belastungen gewährt werden. Da der Platz nicht reicht, alle im Leitgedanken dieses Tarifvertragsteils angeführten Ziele zu erläutern, soll hier auf die Arbeitsgestaltung und Qualifikation sowie die Pausenregelung verwiesen werden.

Zum ersteren heißt es in der Übersicht, die die IG Metall in Baden-Württemberg vorgelegt hat:

- „Arbeitsaufgaben und Arbeitsbedingungen sind so zu gestalten, daß den Arbeitnehmern die Sicherung und Er-



(Aus „Stuttgarter Nachrichten“, 1. 7. 82)

weiterung ihrer Qualifikation ermöglicht wird. Fehlbeanspruchung und Dequalifizierung sind zu vermeiden. Eigenständige Arbeitsausführung im Rahmen gemeinsam organisierter Arbeit. Berufliche Fähigkeiten sind vielfältig zu nutzen. Arbeit soll Lernprozesse auslösen und zur Weiterqualifikation anregen.

- Arbeitsplätze sind so zu gestalten, daß auf ihnen sowohl Männer als auch Frauen arbeiten können.“

Für alle Arbeiter und Angestellten sind bezahlte Erholungszeiten während der Arbeitszeit von 6 bis 19 Uhr von 6 Minuten pro Stunde und von 19 bis 6 Uhr von 12 Minuten gefordert. Zusätzliche Erholungszeiten werden bei stark belastenden Tätigkeiten und bei kurzzyklischen Tätigkeiten verlangt. Weiterhin wird gefordert, daß die betrieblichen Pausenpläne die kollektive Wahrnehmung der Pausen ermöglichen.

Bei dem Entlohnungsverfahren werden dem Entwurf nachstehende Leitgedanken zugrunde gelegt:

- „Neubestimmung des Leistungslohns. Berücksichtigt wird dabei, daß trotz abnehmender individueller Leistungsbeeinflussung die Leistungsverdichtung zunimmt.
- Ausweitung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats und der Mitwirkungsrechte des Arbeitnehmers bei der Festlegung der Leistungsintensität.
- Absicherung eines individuellen monatlichen Mindestverdienstes von 140 Prozent.
- Die tarifvertraglichen Vorschriften zur Datenermittlung dienen der Überprüfung reklamierter Vorgabezeiten.“

Auf die Frage von NACHRICHTEN, inwieweit der Kampf um den Lohnrahmentarifvertrag mit der Tarifforderung nach der 35-Stunden-Woche in Einklang zu bringen sei, antwortete Steinkühler, entsprechend dem Gewerkschaftsbeschluß wären eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit und humane Arbeitsbedingungen zwei Seiten einer Medaille. Nur bei tarifvertraglich definierten Arbeitsbedingungen könnte die Arbeitszeitverkürzung gegen die wachsende Intensität und im Hinblick auf neue Arbeitsplätze wirksam werden. Interessant war dabei auch die Bemerkung von Steinkühler, daß die geforderten bezahlten Erholungspausen einen größeren Effekt hätten als die in der Diskussion befindliche Tariffrente.

Weiterhin machte Steinkühler deutlich, daß aufgrund von Mitgliederbefragungen eine Kampfbereitschaft für den Lohnrahmentarifvertrag vorhanden sei.

Unter der Fuchtel von BDA und Gesamtmetall wollen die Unternehmer auch bei diesem Tarifvertrag ihre Tabu- und Boykottpolitik strapazieren. Darum kann dieser Tarifvertrag nur verwirklicht werden, wenn die gesamte IG Metall und alle anderen DGB-Gewerkschaften solidarisch an der Seite ihrer Kollegen in Südwürttemberg/Hohenzollern stehen. Wäre es hier möglich, einen Durchbruch zu erreichen, würde damit auch der Anfang 1984 beginnende Tariffkampf um eine kürzere Wochenarbeitszeit wesentlich erleichtert.

Werner Petschick

Sie predigen öffentlich Wasser und trinken heimlich Wein

„Den Gürtel enger schnallen“, so lautet wieder seit einigen Jahren die Parole derjenigen, die behaupten, mit dem Verzicht auf Reallohnsteigerung könne die Wirtschaft saniert werden. Mehr Investitionen brächten am Schluß mehr Arbeitsplätze bzw. könnten wenigstens die bestehenden sichern. Die sogenannte Lohn-Preis-Spirale und mit ihr das genannte Arbeitsplatzmärchen haben sich indes in den vergangenen Jahren als pure Demagogie erwiesen.

Die Gewinne von vorgestern, die Investitionen von gestern wurden nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen heute verwendet. Im Gegenteil: Eingesetzt wurden sie zur Rationalisierung, zur Vernichtung von Arbeitsplätzen. Entscheidend ist eben noch immer, wer die Investitionen tätigt, wer die Gewinne einstreicht und wofür.

Es war die Holzarbeiter-Zeitung (HZ), die Monatszeitschrift der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die der Frage nachging, warum die Angestellteneinkommen von 1980 auf 1981 relativ stark anstiegen im Verhältnis zu den Löhnen der Arbeiter, und zu dem Ergebnis kam: Nicht die Masse der Angestellten, die leitenden Angestellten haben mal wieder, und zwar „allesamt“, zugeschlagen.

Die HZ zitiert aus einer Gehaltsumfrage des Verbandes angestellter Führungskräfte (VAF): Die Monatsgehälter der leitenden Angestellten verschiedener Industrie- und Dienstleistungszweige stiegen durchschnittlich um 8,2 Prozent, die Jahresbezüge gar um 9,3 Prozent, bei einigen Gruppen Leitender und einigen Branchen auch weit über die 10-Prozent-Marke. Nach wie vor gilt Heines Wort in „Deutschland – ein Wintermärchen“: Sie predigen öffentlich Wasser und trinken heimlich Wein.“

Nicht um Wein, um Champagner der besten Sorte geht es bei den Bezügen (von Verdiensten kann man nicht sprechen) von Vorstandsmitgliedern großer bundesdeutscher Industrieunternehmen. Die den Konzernherren eng verbundene Monatszeitschrift „Capital“ veröffentlichte in der Augustausgabe einige Zahlen. Danach steckten die acht Vorstandsmitglieder von Daimler-Benz 1981 im Durchschnitt je 912 902 DM ein. Ihr Aufsichtsrat gönnte ihnen eine Erhöhung der Bezüge gegenüber 1980 um 12,3 Prozent, wobei ein lumpiges Prozent hier „nur“ 8129,14 DM ausmacht, rund ein Viertel des Jahreseinkommens eines Arbeiters. Und lange gefeilscht um zehntel Prozente haben die Herren nicht. Sie legten einfach 100 000 DM drauf.

So einfach geht es bei den Arbeitern und Angestellten nicht. Um die 5,3 Prozent brutto mehr im vorigen Jahr mußte lange gerungen werden. Und das waren dann auch nur 1681,24 DM zusätzlich im Jahr oder 81 Pfennige in der Stunde, die Abzüge sind dabei noch nicht gerechnet. Der Unternehmervertreter genehmigte sich eine Stunden-„Lohn“erhöhung um 48,16 DM, das Dreifache des Arbeiterstundenlohnes.

Legt man eine Arbeitszeit von 2076 Stunden pro Jahr zugrunde, dann erhielt ein Vorstandsmitglied von Daim-

ler-Benz 1981 ein Stundenentgelt von 439,75 DM, ein Arbeiter im Straßenfahrzeugbau wurde mit 16,09 DM in der Stunde abgespeist, der Angestellte erhielt im Durchschnitt 22,92 DM, wobei diese Zahl durch überdurchschnittliche Einkommen der Leitenden – wie schon gesagt – noch überhöht ist. Die Zahlen sind Bruttowerte, Sozialversicherung und Steuern sind also noch abzurechnen. Die Reichen wissen allerdings auch immer noch besser, wie man mit Schuldabschreibungen und dergleichen auch hier noch sparen kann.

Vorstandsbezüge 1981

Gesellschaft	Durchschnittsbezüge je Vorstandsmitglied 1981 in Mark	Veränderung gegen 1980 in Prozent
Daimler-Benz	912 902	+ 12,3
VW	898 570	+ 1,8
Strabag	732 193	+ 18,5
Bayer	725 575	+ 8,0
Mannesmann	715 381	+ 7,1
Hochtief	646 249	- 3,2
BASF	628 919	+ 11,1
Siemens	596 692	- 0,6
Ruhrkohle	590 457	+ 14,8
AEG-Telefunken	582 347	+ 3,4
Adam Opel	562 022	+ 21,4
Gutehoffnungshütte	537 202	+ 6,9

Ähnlich sehen die Relationen bei anderen Großunternehmen aus (siehe Tabelle). Selbst Capital bemerkt: „Nach welchen Maßstäben deutsche Manager bezahlt werden, ist das Geheimnis der Aufsichtsräte.“ Das Leistungsprinzip kann es jedenfalls nicht sein. AEG-Vorstände erhielten fast soviel wie bei Siemens. AEG-Vorstandsvorsitzender Karl-Heinz Dürr, ehemals als Retter gefeiert, bezieht sicherlich noch erheblich mehr. Es handelt sich ja immer um Durchschnittszahlen. Einziger Unterschied: Siemens beglückt gleich 22 Vorstände, AEG „nur“ sieben mit diesen horrenden Summen. B. K.

Bruttoentgelte von Vorstandsmitgliedern, Arbeitern und Angestellten im Durchschnitt 1981

Daimler-Benz	pro Jahr DM	Veränderung gegen 1980		pro Stunde DM	Veränderung gegen 1980 DM	X-fache des Arbeiterlohnes
		DM	Prozent			
Vorstandsmitglied	912 902,00	+ 99 988,00	+ 12,3	439,74	+ 48,16	27,3
Arbeiter ¹⁾	33 402,84	+ 1 681,24	+ 5,3	16,09	+ 0,81	—
Angestellter ¹⁾	47 580,00	+ 2 608,36	+ 5,8	22,92	+ 1,26	—

Pirelli	pro Jahr DM	Veränderung gegen 1980		pro Stunde DM	Veränderung gegen 1980 DM	X-fache des Arbeiterlohnes
		DM	Prozent			
Vorstandsmitglied	353 735,00	+ 33 322,86	+ 10,4	170,39	+ 16,05	11,3
Arbeiter ²⁾	31 202,28	+ 1 876,83	+ 6,4	15,03	+ 0,90	—
Angestellter ²⁾	43 512,00	+ 2 540,25	+ 6,2	20,96	+ 1,22	—

¹⁾ Durchschnittsverdienste im Straßenfahrzeugbau

²⁾ Durchschnittsverdienste in der chemischen Industrie

Quelle: eigene Berechnungen, Bundesarbeitsblatt 6/82, S. 117, und 7-8/82, S. 98, Capital 8/82, S. 37

Erfolg der nächsten Lohnrunde hängt von Mitgliedermobilisierung ab

Wenn unsere Leser diese Ausgabe in ihren Händen haben, wird die IG Metall wichtige Weichen für die anstehende Lohnrunde 1983 gestellt haben. Es ist zu erwarten – und alles andere wäre sensationell –, daß sie sich dafür aussprechen wird, darum zu kämpfen, daß die realen Einkommen gesichert werden. Möglicherweise ist auch die Meinungsbildung so weit gediehen, daß – entsprechend dem innergewerkschaftlichen Diskussionsstand – den Plänen nach einer Tarifrunde eine Absage erteilt wird. Dies wäre im Hinblick auf das Auslaufen der tarifvertraglichen Regelung zur Arbeitszeitfrage Ende 1983 und für den Kampf um die 35-Stunden-Woche von erheblicher Bedeutung.

Das Ziel der Realeinkommensicherung ist in einer Zeit, in der Unternehmer und Regierung dazu übergehen, den Lebensstandard massiv auf den verschiedensten Ebenen zu senken, keinesfalls defensiv, sondern entschlossen, wenn es entschlossen angegangen wird, durchaus dem Charakter einer aktiven Lohn- und Gehaltspolitik.

Die Schwierigkeit, die sich in den letzten Tarifrunden immer wieder ergab, war die Verständigung darüber, was unter Realeinkommen zu verstehen sei. In dieser Zeitschrift wurde stets die Auffassung vertreten, daß Realeinkommen nur das ist, was der Arbeiter und Angestellte letztlich an wirklicher Kaufkraft in den Händen hat, preisbereinigtes Nettoeinkommen. Da aber die Gewerkschaften Bruttoeinkommen vereinbaren, ist alles zu berücksichtigen, was letztlich die Nettoeinkommen entwertet: steigende Preise, Sozialabgaben und Steuern.

Diskutiert wird auch immer wieder, welche Preissteigerungen bei den Forderungen zu berücksichtigen seien. Nicht wenige Gewerkschafter neigen dazu, künftige Preissteigerungen zu schätzen. Dies kommt, wie die Erfahrungen zeigen, einem Suchen im Nebel gleich, da einigermaßen exakt künftige Preisentwicklungen nicht zu schätzen sind.

Mit dem Tag des Inkrafttretens eines neuen Tarifs wird dieser durch steigende Steuern, Preise und Sozialabgaben entwertet. Diese Steigerungen sind trotz aller Vorbehalte gegen die offiziellen statistischen Angaben über die Entwicklung von Lebenshaltungskosten genauer zu erfassen. Im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Prognosen lag die Steigerung der Lebenshaltungskosten in diesem Jahr stets näher an den 6 als an den 5 Prozent. Nichts deutet auf eine wesentliche Preissenkung hin.

Streitpunkt war auch immer wieder, ob steuerliche oder soziale Belastungen, die von der Legislative beschlossen

wurden, von den Gewerkschaften als unabänderlich hingenommen werden müßten. Deshalb kommt den Äußerungen des stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft ÖTV, Siegfried Merz, prinzipielle Bedeutung zu. Im Vorfeld der nächsten Tarifrunde sagte er: „Wir werden bei den Lohnverhandlungen auf Biegen und Brechen das alles wieder hereinholen müssen, was den Arbeitnehmern jetzt an zusätzlichen finanziellen Belastungen aufgebürdet wird.“

Es ist nicht verwunderlich, daß die Unternehmer gegen die Forderung nach einer Reallohnsicherung Sperrfeuer schießen. Dem Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner, fiel nichts Besseres ein, als solche gewerkschaftlichen Vorstellungen als „verhängnisvoll“ zu bezeichnen.

Die Unternehmerverbände verfolgen eine doppelte Strategie. Auf der einen Seite gehen sie gegen die gewerkschaftliche Forderung nach einer Sicherung der Realeinkommen frontal an. Zum anderen versuchen sie, die Gewerkschaften dahin zu drängen, einer grundlegenden gesellschaftlichen Alternative zum kapitalistischen System abzuschwören. Die Herstellung des sogenannten Grundkonsens ist daher ihr Stichwort. Auf der Geschäftsführerkonferenz der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) meinte deren Hauptgeschäftsführer, Ernst-Gerhard Erdmann, daß soziale Stabilität aus der Sicht der Unternehmer voraussetze, daß es gelinge, „Konsens über wesentliche Ordnungsprinzipien auch mit der jungen Generation zu erzielen“. Ist dieser Konsens vorhanden, ist die Unternehmermacht nicht gefährdet, so werden sie versuchen, den Arbeitern und Angestellten das Fell über die Ohren zu ziehen.

Wie bedeutsam die Machtsicherung für das Kapital ist, machte Otto Esser, der Präsident der BDA, deutlich, als er sagte: „Vor der Notwendigkeit der Orientierung nach Westen und der Bin-

dung zu den USA werden alle politischen und wirtschaftlichen Binnenfragen letztlich zweitrangig.“

Der Schwachpunkt des Kapitals ist seine politische Anfälligkeit. Wird diese Macht in Frage gestellt, so wird es verstärkt alle Bestrebungen, die in diese Richtung zielen, zu unterdrücken versuchen, zugleich aber gezwungen sein, in zweitrangigen Fragen, und dies ist für die Gewerkschaften keineswegs zweitrangig, Zugeständnisse zu machen. Der Erfolg künftiger sozialer Auseinandersetzungen wird deshalb auch davon abhängen, wie es gelingt, die Mitgliedschaft gegen das Kapital zu mobilisieren. Nicht Konsens, sondern Dissens ist der Schlüssel zum Erfolg. Die Aktion des Bezirks Stuttgart der IG Metall „Unternehmer auf dem Prüfstand – wo bleiben unsere Arbeitsplätze“ (siehe auch S. 4) deutet in diese Richtung.

Heinz Schäfer

Streik bei Klimsch gegen Entlassungen

Seit dem 30. September ruht bei der Firma Klimsch in Frankfurt die Arbeit. Anlaß für den Streik ist die Absicht der Geschäftsleitung, zusätzlich zu den 22 für September ausgesprochenen Kündigungen im Oktober weiteren 30 Belegschaftsmitgliedern den blauen Brief zu schicken. Betriebsrat, Vertrauensleute und Belegschaft fühlen sich verschaukelt und „wissentlich belogen“. Schon seit April geht in diesem Repro-Kamera-Produzierenden Betrieb die Furcht vor Entlassungen um. Damals wurde die Firma in eine KG mit rund 250 Beschäftigten und eine GmbH mit 400 Beschäftigten umgewandelt. Außerdem wurden „vorsorgliche Sozialplanverhandlungen“ angeboten. Das Angebot wurde bereits in den ersten Streiktagen wiederholt. Bei Klimsch wird eine neue Streikmethode angewandt. Die Werkstore sind nicht geschlossen, aber kein Arbeiter geht hinein. Seit Streikbeginn bekundeten zahlreiche Gewerkschafter ihre Solidarität.

Keine Mehrarbeit für Post-Azubis

Zwischen der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) und dem Bundespostministerium wurde ein neuer Manteltarifvertrag für Auszubildende abgeschlossen, der ab 1. Oktober in Kraft tritt. Wichtigste Bestimmung ist, daß Auszubildende nicht mehr zu Mehrarbeit herangezogen werden dürfen. Darüber hinaus dürfen die Berichtshefte während der Arbeitszeit geführt werden, vor der Abschlußprüfung gibt es einen Tag mehr Vorbereitungszeit, und der Urlaub wird von Werk- auf Arbeitstage umgestellt.

Opfer ja – aber „ausgewogen“?

Wenn in diesen Wochen und Monaten die Gewerkschaften ihre Kritik an den sozialpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung verstärken, dann ist dabei die einseitige Belastung der sozial Schwächsten der Hauptgesichtspunkt. Die Kritik zielt gegen den Sozialabbau im allgemeinen und die „Unausgewogenheit“ der Maßnahmen im besonderen. Da sind aber nicht wenige führende Funktionäre, die ein Einsehen haben, daß die schlechter gewordenen wirtschaftlichen „Rahmenbedingungen“ Opfer von allen verlangen – aber eben von allen und dies „ausgewogen“ zwischen den Klein- und Großverdienern. Das ist im wesentlichen auch die Motivation, mit der der DGB die Protestaktionen gegen die Bonner Streichungen unterstützt. Viele Funktionäre und Mitglieder sehen darüber hinaus in den „Haushaltsoperationen“ nicht nur die Ungerechtigkeit der

DAS ARGUMENT

„Unausgewogenheit“, sondern eine grundsätzliche Umorientierung von Staat und Unternehmerschaft weg vom Ausbau und hin zum Abbau des Systems der sozialen Sicherung.

Für die Verstärkung des notwendigen gewerkschaftlichen Protestes als dem einzigen wirksamen Mittel zur Verhinderung einer solchen Entwicklung mag es unerheblich sein, ob er seine Kraft aus der Verärgerung über die „Unausgewogenheit“ oder aus den grundsätzlichen Erwägungen zur Verteidigung sozialer Errungenschaften bezieht. Dennoch muß einer Haltung, die Bereitschaft zum Opferbringen ausdrückt, entgegengetreten werden. Wieso sollen die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften „vernünftig“ sein und Verzicht üben? Sind denn die materiellen Regelungen und Rechte des Sozialwesens, die in ihrer Mehrzahl mit gewerkschaftlicher Kampfkraft durchgesetzt wurden und jetzt abgebaut werden sollen, unvernünftig, ungerecht und maßlos? Man sagt, die Wirtschaft steckt in der Krise; Arbeitslosigkeit und Firmenzusammenbrüche seien nicht der richtige Augenblick, auf dem zu bestehen, was in Zeiten der Konjunktur erreicht wurde.

Was ist das für eine Denkweise! Jahrzehntlang haben die Gewerkschaften umfangreiche Programme und Forderungen – bis hin zur Mitbestimmung auf allen Ebenen der Wirtschaft und Überführungen in Gemeineigentum – entwickelt. Sie haben der Unternehmerschaft und den verantwortlichen Politikern sehr detailliert gesagt, was getan werden muß, um Vollbeschäftigung, stabile Währung und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Ihre Forderungen und Konzeptionen wurden von denen, die allein bestimmen wollen, stets in den Wind geschlagen. Wie können trotzdem Gewerkschafter auf den Gedanken kommen, daß nunmehr die gesamte Arbeitnehmererschaft „ausgewogen“ mit Abstrichen am Lebensstandard auslöfen muß, was die Alleinbestimmer und Besserwisser eingebrockt haben? Wäre nicht der Gedanke naheliegender, daß man denen, die notorisch immer wieder die Wirtschaft in die Krise führen, endlich die Kommandogewalt entziehen muß – durch Mitbestimmung, Verstaatlichung, Überführung in Gemeineigentum, wie die Verfassung es erlaubt?

Jedermann würde es, wenn es um geringere Dinge geht, als gerecht empfinden, wenn einem rücksichtslosen Pkw-Fahrer, der wegen seines Egoismus immer wieder schwere Schäden verursacht, der Führerschein und notfalls das Fahrzeug weggenommen würde. Niemand käme auf die Idee, die Kosten der Schäden „ausgewogen“ dem Rücksichtslosen und den Bewohnern der Straßen, in denen er sein Unwesen treibt, gemeinsam abzuverlangen.

Allerdings: Ausnahmen bestätigen die Regel. Horst Niggemeier, Chefredakteur der IG-Bergbau-Zeitung „einheit“, ist ärgerlich, daß der DGB überhaupt Kritik am Sozialabbau übt. „Mögen sich CDU/CSU, SPD, FDP und DGB in diesen Tagen auch noch so anstrengen, um zu beweisen, daß die Bundesrepublik in ihren sozialen Grundfesten erschüttert ist“, schreibt er, es wird „draußen in der Welt nicht der Eindruck auszuräumen sein, daß die Bundesrepublik ein reiches Land ist und es den Bürgern in diesem Land rundum gutgeht“ (15. 8. 82).

Aus diesen Worten spricht eine in langen Konjunkturzeiten angelebte Denkweise, die nicht lähig ist, die Krisenzwangsläufigkeit des kapitalistischen Systems zu erkennen, die Klassen- und Interessengegensätze zu sehen, und die folglich auch nicht begreift, daß jetzt wieder alle Errungenschaften der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung Gefahr lauten, Zug um Zug abgebaut zu werden. Nur gut, daß solche Stimmen in der gewerkschaftlichen Realität bloß exotische Bedeutung haben. Andernfalls könnte das rigorose Unternehmerinteresse leicht und lawinenartig das Arbeiterinteresse überrollen. Denn nach Niggemeier sollten die Arbeitnehmer „sich bis zur Wetteraufklärung auf die veränderten Verhältnisse“ einstellen und (wahrscheinlich Tee trinkend) abwarten. Gerd Siebert

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Zweigen.

31. Dezember – 0,9 Mill.
Landwirtschaft ohne Rheinland-Pfalz und Saarland (189 000); Hotel- und Gaststättengewerbe Hessen, Saarland und Bayern (99 900); Holzverarbeitende Industrie in einigen Bereichen (136 000); Schlosser- und Schmiedehandwerk in Baden-Württemberg (43 300); Fleischerhandwerk Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Westberlin (74 400); Seeschiffahrt- und Seehafenbetriebe (50 700); Tischlerhandwerk in Hessen, Saarland, Bayern und Westberlin (37 600).

31. Januar 1983 – 4,2 Mill.
Metallindustrie, Schrott- und Heizungsindustrie (3,6 Mill.); papier- und pappeverarbeitende Industrie ohne Südbaden (104 200); verschiedene Metallhandwerkszweige Bayerns (78 300); Groß-, Brennstoff- und Kfz-Handel Hessen, Bayern, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (127 200); Kfz-Handwerk Nordrhein-Westfalen (25 100); Karosserie-, Mechaniker- und Kfz-Handwerk Baden-Württemberg (35 500); Schmiede-, Klempner-, Schlosser-, Mechaniker- und Kfz-Handwerk Schleswig-Holstein (20 300); Graveure, Galvaniseure und Gürtler Bundesgebiet und Westberlin (20 000).

28. Februar – 4,0 Mill.
Öffentlicher Dienst (2,1 Mill.); Bundespost (200 800); Bundesbahn (161 400); privates Verkehrsgewerbe Niedersachsen (31 000); Großhandel Nordrhein-Westfalen und Bayern (460 000); Metallhandwerksbereiche in Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen (162 000); Nahrungs- und Genussmittelindustrie in verschiedenen Bezirken (97 000); Staatsforsten und Baumschulen (39 300).

31. März – 1,9 Mill.
Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, Saarland, Baden-Württemberg (534 700); privates Versicherungsgewerbe im Bundesgebiet und in Westberlin (208 900); Großhandel in Baden-Württemberg und Westberlin (112 900); privates Verkehrsgewerbe in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (161 500); Gebäudereinigungshandwerk in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Alzey-Worms und Mainz-Bingen (170 200); Druckindustrie im Bundesgebiet einschließlich Westberlin (127 400).

Bankenprofite in der Krise Immer riskantere Geschäfte

Wie üblich haben die großen Banken Ende Juli ihre Halbjahresergebnisse veröffentlicht. Die Schlagzeilen in der Presse lauteten einheitlich: „Deutsche Bank – Ergebnis erneut stark gestiegen“ („Börsen-Zeitung“), „Super-Halbjahr für Dresdner“ („Frankfurter Rundschau“), „Commerzbank: Ein prächtiges Halbjahr („Handelsblatt“). Wie ist das möglich? Aus der Industrie häufen sich die Katastrophenmeldungen. 1981 brachen 11 635 Firmen zusammen. Diese Zahl wird dieses Jahr noch übertroffen werden (Schätzungen laut Schimmelpfeng: 16 000).

Letzter Höhepunkt war der Gang von AEG zum Vergleichsrichter. Alle diese Unternehmen waren zahlungsunfähig, weil sie überschuldet waren und die Banken keine weiteren Kredite geben wollten. Die Leidtragenden dieser Pleiten sind nicht die Banken. Denn sie haben ihre Forderungen in der Regel so gut abgesichert, daß sie sich aus der Konkursmasse schadlos halten können. Die Hauptbetroffenen sind zuerst die Beschäftigten, die ihre Arbeitsplätze verlieren (im ersten Halbjahr laut „Creditreform“ bereits 185 000 Arbeiter und Angestellte).

Die anderen Verlierer bei den Pleiten sind die meist mittelständischen Zulieferer und Handwerksbetriebe, die ihre Forderungen oft in den Wind schreiben können. Anders als die professionellen Kreditgeber fehlen ihnen oft die Kenntnisse auf dem Gebiet der Forderungssicherung bzw. fehlt ihnen eine genügend starke Verhandlungsposition, um solche Sicherungen durchsetzen zu können. Und schließlich sind wir alle als Steuerzahler betroffen, wenn staatliche Subventionen verlorengehen und das Arbeitsamt zur Kasse gebeten wird.

Wie sehen die Profite der Banken aus? Die Commerzbank konnte in der ersten Hälfte dieses Krisenjahres 1982 ihr Teilbetriebsergebnis (Zins- und Provisionsüberschuß abzüglich Personal- und Sachaufwand; Erträge aus dem Eigenhandel mit Wertpapieren und Devisen bleiben unberücksichtigt) um 50,7 Prozent auf 203,3 Mio. DM steigern. Die Dresdner Bank verzeichnete eine Steigerung um 41,4 Prozent auf das Rekordniveau von 392 Mio. DM. Und die Deutsche Bank verbesserte sich um „nur“ 16,7 Prozent auf 902,3 Mio. DM. Die absoluten Zahlen zeigen, welche Unterschiede in der Größenordnung zwischen den Großbanken bestehen.

Die bei der Deutschen Bank gegenüber den beiden anderen Banken deutlich geringere Wachstumsrate muß natürlich vor dem Hintergrund der völlig anderen Größenordnung gesehen werden. Die Steigerungsrate ist bei hohen Beträgen aufgrund des Basiseffektes zwangsläufig geringer, sagt jedoch für sich allein

nichts über die Ertragsstärke aus. Denn da ist die Deutsche Bank unübertroffen, wie ein Vergleich der Zinsmargen zeigt:

Während die Commerzbank im 1. Halbjahr 1982 Ausleihungen zu einem Durchschnittszinssatz vornahm, der nur um 1,82 Prozent über dem Durchschnitt der Zinsen lag, den sie für Geldeinlagen zahlte (Dresdner Bank: 2,5 Prozent), betrug die Zinsmarge der Deutschen Bank 3,1 Prozent. Entgegen der weitverbreiteten Meinung, die gelegentlich auch in Gewerkschaftskreisen zu hören ist, verdienen die Banken nämlich nicht an den hohen Zinsen schlechthin (schließlich zahlen sie ja auch hohe Zinsen auf die Einlagen), sondern an der Differenz zwischen den Zinseinnahmen aus den Ausleihungen auf der einen Seite und den Refinanzierungskosten auf der anderen Seite.

Gute Geschäfte lassen sich in Zeiten sinkender Zinsen machen. Während die Zinsen auf Einlagen sehr kurzfristig an das niedrigere Niveau angepaßt werden, läßt man sich Zeit mit der Anpassung der Zinsen, die für Kredite berechnet werden. Folge: Die Zinsmarge steigt sprunghaft in die Höhe. Bei einem Kreditvolumen etwa der Deutschen Bank von 67,9 Mrd. DM zur Jahreshälfte (Dresdner Bank: 59,2 Mrd. DM), Commerzbank: 46,2 Mrd. DM, Beträge nahezu unverändert gegenüber Jahresende 1981) und einem angenommenen Zinsniveau von 10 Prozent bedeuten 0,1 Prozent Änderung der Zinsmarge immerhin 6,79 Mio. DM mehr oder weniger am Zinsüberschuß.

Da lohnt es sich schon mal, etwas an der Zinsschraube zu drehen oder eine Diskontsatzsenkung der Bundesbank zwar gleich an die Sparer weiterzugeben, die Kreditnehmer aber erst einige Wochen später davon profitieren zu lassen. Bei allen Größen- und strukturmäßigen Unterschieden zwischen den drei Großbanken ist ihnen die Begrenzung des deutschen Binnenmarktes gemeinsam, der hinsichtlich der Hausbankfunktionen und der Interessensphären fest aufgeteilt ist.

Die Wachstumschancen der deutschen Banken liegen im Ausland. Hier wird kräftig expandiert (Deutsche-Bank-Gruppe: 39 Stützpunkte im Ausland, Dresdner-Bank-Gruppe: 41 Filialen und Repräsentanzen, Commerzbank-Gruppe: 22 Vertretungen im Ausland), hier wird das höchste Wachstum verzeichnet (Geschäftsvolumen der Auslandsfilialen der Deutschen Bank + 12 Prozent bei leicht rückläufigem Geschäftsvolumen der Gesamtbank), aber hier liegen auch die größten Risiken.

Kein Geringerer als der berüchtigte Hermann Josef Abs, inzwischen über 80 Jahre alt und Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank, fordert entgegen der Politik seiner Bank sowie des deutschen Bankgewerbes insgesamt, daß die staatliche Aufsicht durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen auch auf die Auslandsaktivitäten der Banken ausgeweitet wird, um eine Katastrophe zu vermeiden.

Aufgrund der enormen Schwankungen der Rohstoffpreise im letzten Jahrzehnt und der Rezession in der kapitalistischen Welt hat sich vor allem die Finanzlage der Länder der dritten Welt rapide verschlechtert. In einem wilden Wettlauf um die Finanzmärkte der Zukunft haben sich die internationalen Banken gegenseitig mit Kreditofferten überboten. Jetzt kehrt der Bumerang zu den Kapitalverleihern zurück: Gab es 1975 Umschuldungsverhandlungen wegen Zahlungsunfähigkeit nur über 478 Mio. US-Dollar, stieg der Betrag allein für die erste Hälfte 1982 auf 27 913 Mio. US-Dollar an. Im internationalen Kreditgeschäft gibt es statt einer dinglichen Besicherung in der Regel eine sogenannte „cross-default clause“ in den Verträgen, die besagt, daß alle Verbindlichkeiten eines Schuldners fällig werden, wenn nur eine Gläubigerbank seine Forderung fällig stellt. Da die (staatlichen) Schuldner in diesem Fall nicht zurückzahlen könnten, hätten die ausleihenden Banken einen Abschreibungsbedarf, der in vielen Fällen die Geschäftsfähigkeit beenden dürfte. In den langwierigen Umschuldungsverhandlungen wird daher versucht, die Banken bei der Stange zu halten, damit der Abschreibungsfall nicht eintritt. Der neueste Fall ist Mexiko, das im August mit 40 Mrd. US-Dollar in Zahlungsverzug geriet. Nur ein Eingreifen der amerikanischen Notenbank und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich verhinderte den Zusammenbruch.

So kommt es, daß bei Zahlungsunfähigkeit eines Schuldnerlandes die Banken mehr zittern müssen als die Schuldner selber, denn bei Strafe ihres Kollapses sind die Banken gezwungen, weitere Kredite in die betreffenden Länder hineinzupumpen, um den Schuldner zu ermöglichen, damit ihren Zahlungsverpflichtungen aus früheren Schulden auf neu verhandelter Basis nachzukommen. Es darf gewettet werden, wann dieses Spiel einmal nicht mehr funktioniert! —ovh—

Kosmetische Operation hilft nicht gegen die Massenarbeitslosigkeit

Derjenige, der zu Beginn der Krise 1974 noch glaubte, es handle sich um einen schnell zu heilenden Betriebsunfall, ist inzwischen eines anderen belehrt worden. Denn im Juli dieses Jahres wurde die höchste Arbeitslosenzahl registriert, die es je in diesem Sommermonat seit 1950 gegeben hat. Dieser traurige Rekord droht inzwischen durch neue Hiobsbotschaften von Entlassungen und Betriebs-schließungen übertroffen zu werden. Selbst einst so mächtige Konzerne wie die AEG schlittern in die Pleite. Die Stahl- und Autoindustrie leiden unter Absatzmangel, und auch im Bergbau wird wieder von drohenden Feierschichten gesprochen.

Nach Angaben des BfA-Präsidenten Stingl lag die Zahl der offiziell im Juli registrierten Arbeitslosen bei 1 757 437. Nicht mitgerechnet die Dunkelziffer, die von Fachleuten auf rund 1 Million geschätzt wird. Gegenüber dem Juni erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen um 107 148 und gegenüber dem Vorjahresmonat gar um über eine halbe Million. Wie in der von Stingl der Öffentlichkeit übergebenen Arbeitsmarktstatistik weiter zu lesen ist, wurden im Juli insgesamt 358 036 Arbeiter und Angestellte neu entlassen; seit Jahresbeginn 2 045 984. Von den verbliebenen 1 757 437 Arbeitslosen waren 945 162 Männer und 812 275 Frauen.

Besonders gravierend ist die Jugendarbeitslosigkeit. Nach den offiziellen Angaben der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit stieg die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren im Juli um 33 538 auf 168 720. In Prozent ausgedrückt, lag sie bei 7,9 Prozent, während sie im allgemeinen 7,2 Prozent betrug. Am meisten sind jedoch die ausländischen Arbeiter und Angestellten betroffen. Ihre Arbeitslosenzahl lag im Juli bei 229 866 oder 11 Prozent.

Um rund 10 000 im Monatsdurchschnitt stieg die Zahl der längerfristigen Arbeitslosen. So mußten bereits im Juli 286 682 von der geringeren Arbeitslosenhilfe leben. Viele haben kaum Aussicht, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Und für die anderen verschlechtern sich von Monat zu Monat die Chancen.

Bereits heute gibt es zahlreiche Großstädte mit Arbeitslosenquoten über 10 Prozent, beispielsweise Dortmund (12,1 Prozent), Gelsenkirchen (10,9 Prozent) und Bochum (10,6 Prozent). Insgesamt wiesen im Monat Juli 10 der 33 nordrhein-westfälischen Arbeitsamtsbezirke Arbeitslosenquoten von über 10 Prozent auf. Und im Bereich Bremen/Niedersachsen waren es gar 12 der 22 Arbeitsamtsbezirke. Die Spitze bildet das ostfriesische Leer mit 16,5 Prozent. Buchstäblich steht diese Stadt vor dem

finanziellen Ruin, wenn nun auch — wie angekündigt — die AEG-Tochter Olympia dichtmacht. Es folgen Vechta mit 12,5 sowie Bremen und Hannover mit Arbeitslosenquoten von 10,2 Prozent.

Und die Prognosen sehen düster aus. Schon mußte BfA-Präsident Stingl am 2. August vor Journalisten in Hamburg eingestehen, daß im ungünstigsten Falle von über 4 Millionen Beschäftigungslosen bis 1985 ausgegangen werden müsse. Diese Aussagen wurden dem BfA-Präsidenten von seiten der Bundesregierung als Schwarzmalerei angekreidet.

Mit zunehmender Arbeitslosigkeit mehrten sich diejenigen, die Rezepte zu ihrer Reduzierung anzubieten haben. Den Vogel schoß dabei der Vorsitzende der hessischen Jungen Union, Bouffier, ab. Während die Mutterpartei, die CDU/CSU, das von den Gewerkschaften abgelehnte Job-Sharing als ein probates Mittel preist, will der CDU-Nachwuchsmann das Job-Sharing bei den Ausbildungsplätzen anwenden. Nach seinen Vorstellungen sollen sich zwei Jugendliche einen Ausbildungsplatz teilen.

Solche Vorstellungen, wie sie Bouffier entwickelt, sind noch nicht einmal die „rosa Schminke“ und auch keine „kosmetischen Operationen“, die kürzlich der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, in einem Interview mit der Bielefelder „Neuen Westfälischen“ als nicht hilfreich bezeichnete. Es wächst in den Gewerkschaften die Erkenntnis, daß man etwas tun muß. In mehreren Orten sind bereits Kundgebungen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau geplant.

Auch die unmittelbar Betroffenen, die Arbeitslosen selbst, beginnen sich zu rühren. Positives Beispiel ist der Arbeitslosensmarsch von Kassel nach Frankfurt vom 1. bis 9. September. Wie die „Welt der Arbeit“ vom 19. August meldet, ist vom 2. bis 5. Dezember ein bundesweiter Kongreß der Arbeitsloseninitiativen in Frankfurt geplant. G. M.

Handelskrieg

Nachdem die Scharfmacher in den USA ihre wichtigsten westeuropäischen NATO-Verbündeten bewegen konnten, bei einer neuen Rüstungsrunde mitzumachen, um den kalten Krieg wiederzubeleben und den Druck auf die sozialistischen Länder zu verstärken, sind sie mit dem Versuch der Ausweitung der Konfrontationspolitik auf den Handel gehörig auf die Nase gefallen. Die „Dienstverpflichtung“ von „Dresser-France“, einer amerikanischen Tochtergesellschaft in Frankreich, durch die französische Regierung zum Bau und zur Auslieferung von 21 Kompressoren für die Erdgasleitung UdSSR—Westeuropa war ein spürbarer Kontertschlag gegen die anmaßende Entscheidung Washingtons, wonach auch US-Firmen im Ausland bzw. ausländische Lizenznehmer von US-Gesellschaften keine Lieferungen für die Pipeline tätigen dürfen.

Schon Anfang August hatte die britische Regierung vier Unternehmen untersagt, das USA-Embargo gegen die Sowjetunion mitzumachen. Ebenso lehnen Italien und Japan, wo ebenfalls Unternehmen mit US-Beteiligung bzw. amerikanischen Lizenzen an Zulieferungen für die Gaspipeline arbeiten, den Vollzug Washingtoner Entscheidungen in ihrem Land ab. Gleiches hat auch die Regierung der Bundesrepublik erklärt, und die EG (Europäische Gemeinschaft) schickte an Reagan in dieser Sache einen scharfen Protest. Allerdings ist einzig in der Bundesrepublik noch offen, ob z. B. AEG-Kanis, das dies dringend nötig hätte, die vereinbarten 47 Gasturbinen für 650 Millionen DM auch wirklich liefert oder sich amerikanischem Druck beugt und lieber zur Abwendung der Pleite den Steuerzahler in Form Bonner Subventionen in Anspruch nimmt.

Für die Kontroverse zwischen der Reagan-Administration und den westeuropäischen NATO-Verbündeten in der Frage des Ost-West-Handels gibt es sicher mehrere Gründe. Während das Wettrüsten den Konzern Riesenwinne einträgt, weshalb die Regierungen als deren Willensvollstrecker dabei mitmachen (und weil sie den Sozialismus hassen), würde die Embargopolitik der USA die Absatz- und Profitchancen spürbar schmälern. Noch mehr Arbeitslose und zunehmende Unsicherheit für das kapitalistische System wären die Folge. Auch geht es ums nationale Prestige, wenn Ronald Reagan zu bestimmen versucht, was und an wen Betriebe in Ländern außerhalb der USA nicht liefern dürfen, während er gleichzeitig der Sowjetunion amerikanischen Weizen wie Sauerbier anbietet. So harmlos wie Helmut Schmidts These vom „Familienkrach“ ist dieser neue Versuch zur Verschärfung des kalten Krieges nicht. S.

US-Giftgaslager in Fischbach: Bundesregierung stimmte zu

Interview mit Julius Lehlbach,
Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz

Seit rund 20 Jahren verstoßen die Bundesregierungen, ob von CDU oder SPD geführt, gegen die Genfer Konvention. Damals wurden auf Druck der französischen Regierung die US-Giftgaslager von Verdun ins rheinland-pfälzische Fischbach verlagert. Jahrelang blieb es bei Vermutungen. Nun aber liegen, so berichtete auch der „Stern“ (19. August), eindeutige Beweise vor. Unter anderem nennt das Magazin von der DKP heimlich gemachte Fotos. Julius Lehlbach, DGB-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz, beantwortete unserer Mitarbeiterin Gisela Mayer zu dem Giftgaslager und zu den gewerkschaftlichen Aktivitäten einige Fragen.

NACHRICHTEN: In Fischbach, im Bereich Ihres DGB-Landesbezirks, lagern Giftgas und Nervenkampfstoffe der USA. Um welches Gift und um welche Mengen handelt es sich nach Ihren Informationen?

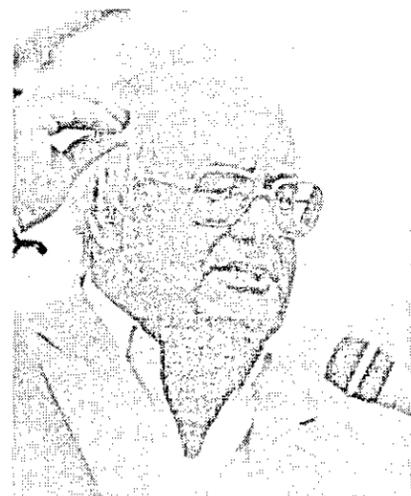
Julius Lehlbach: In der Bundesrepublik, nicht nur in Fischbach, sondern auch bei Viernheim und Hanau sind etwa 2000 Tonnen tödlichen Giftgases gelagert. Soweit uns bekannt ist, handelt es sich hauptsächlich um Sarin und VX, also um Nervenkampfstoffe. Die Amerikaner haben diese hochgiftigen Massenvernichtungsmittel in der Bundesrepublik gelagert, obwohl Deutschland schon 1925 der Genfer Konvention gegen Giftgas beigetreten ist, die Bundesregierung 1954 noch unter Adenauer feierlich auf die Produktion, also auch auf die Lagerung von Giftgas verzichtet hat, der Bundeskanzler sich dessen wortgewaltig und lautstark noch 1978 vor der UNO gerühmt hat und dies im gleichen Jahr vor dem Bundestag wiederholte. Um die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung ist es schlecht bestellt, wenn sie andererseits amerikanisches Giftgas auf dem Boden der Bundesrepublik nicht nur duldet, sondern der Lagerung ausdrücklich zustimmt.

NACHRICHTEN: Seit wann ist das Vorhandensein dieser gefährlichen Stoffe bekannt?

Julius Lehlbach: Soweit uns bekannt ist, lagert Giftgas schon über 20 Jahre in der Westpfalz. Es hat immer wieder Menschen und Gruppen gegeben, die bestimmte Lagerorte vermutet haben. Seit über einem Jahr wissen wir mit großer Sicherheit, daß das Hauptlager in Fischbach ist. Ich habe am 30. Juni in einem sehr deutlich gehaltenen Brief den Bundeskanzler aufgefordert, dafür zu sorgen, daß im Interesse der direkt bedrohten Bevölkerung, aber auch im Interesse der Bewahrung des Friedens diese Angriffswaffe Giftgas vom Boden der Bundesrepublik verschwindet. Ich

habe darauf vom damaligen Chef des Bundeskanzleramtes und dem heutigen Bundesfinanzminister Manfred Lahnstein eine nichtssagende Antwort bekommen, aus der lediglich die Bestätigung der Lagerung amerikanischen Giftgases in der Bundesrepublik interessant ist.

Inzwischen habe ich in zwei größeren Veranstaltungen in Pirmasens und Maßweiler gegen die Lagerung von amerikanischem Giftgas auf dem Bo-



den der Bundesrepublik gesprochen und vor allem die Bevölkerung darüber aufzuklären versucht, daß sie im Katastrophenfall, sei es bei einem Transportunfall oder einem Unfall im Depot, völlig schutzlos den tödlichen Dämpfen ausgesetzt ist, also vergast werden kann, wie man es sonst nur mit Wanzengas oder ähnlichem Ungeziefer macht.

NACHRICHTEN: Wie wirken diese Gifte auf den menschlichen Organismus?

Julius Lehlbach: Vor allem das Nervengas VX ist unglaublich giftig. 0,4 Promille dieses C-Kampfstoffes auf der Haut können schon zum Tod führen. Dieses völlig farb- und geruchlose Nervengas blockiert im menschlichen Kör-

per das Nervensystem. Im allgemeinen sterben die Opfer in einigen Minuten. Bei ganz geringer Dosis wird der Tod erst nach Stunden eintreten. Dieses Nervengas ist sehr flüchtig. Je nach Wetter- und Windverhältnissen kann es sehr schnell und sehr weit verbreitet werden. Anders als das Militär, das sich durch entsprechende Anzüge schützen kann, ist die Zivilbevölkerung dem mit menschlichen Sinnen nicht wahrnehmbaren Kampfstoff schutzlos ausgeliefert. Experten meinen, daß die in der Bundesrepublik gelagerte Menge amerikanischen Nervengases ausreicht, um Mitteleuropa zu entvölkern.

NACHRICHTEN: Sie haben auf dem 12. DGB-Kongreß auf die Giftgaslager in Rheinland-Pfalz hingewiesen. Welches Echo gibt es?

Julius Lehlbach: Ich habe beim 12. ordentlichen DGB-Bundeskongreß im Mai in Berlin dieses Jahres auf die unbedingte Notwendigkeit hingewiesen, das amerikanische Giftgas aus der Bundesrepublik zu entfernen. Der Bundeskongreß ist dann auch einem Antrag des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz einstimmig gefolgt. Dieser Beschluß ist auch in der Satzung des DGB begründet. Es gilt jetzt alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um diesen Beschluß des Parlaments der Arbeit zu realisieren.

NACHRICHTEN: Welche Maßnahmen wird der DGB Rheinland-Pfalz ergreifen, um zur Beseitigung der Gefahr beizutragen?

Julius Lehlbach: Der Deutsche Gewerkschaftsbund in Rheinland-Pfalz hat eine Unterschriftenaktion gegen die Lagerung von Giftgas durchgeführt. Wir haben über 10 000 Unterschriften gesammelt und haben Veranstaltungen mit diesem Thema durchgeführt. Ich selbst habe die rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten darauf hingewiesen, daß sie gegen Artikel 2 Absatz 2 des Grundgesetzes verstoßen haben, in dem es heißt: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Dieses Grundrecht schließt ganz selbstverständlich auch den Schutz der Bevölkerung vor der Vernichtung durch Giftgas ein. Der Bundestag hätte längst ein Gesetz verabschieden müssen, das diesen Schutz auf Leben und körperliche Unversehrtheit garantiert.

Der DGB wird in dieser Woche (Ende August – d. Red.) eine Verfassungsbeschwerde auf den Weg bringen, die sich sowohl auf Artikel 2 Absatz 2 des Grundgesetzes stützt wie auch auf Artikel 26 „Verbot der Friedensstörung“ abhebt. Selbstverständlich werden wir auch die völkerrechtliche Seite der Lagerung von amerikanischem Giftgas auf deutschem Boden zu prüfen haben. Für mich würden die Nürnberger Prozesse im nachhinein ihren Sinn verlieren, wenn die Bundesrepublik heute schon wieder zum Ausgangspunkt neuen Völkermordes durch Giftgas werden könnte.

Mitgliedschaft vermißt Lehren aus dem Neue-Heimat-Skandal

Der im Februar 1982 aufgedeckte „Neue-Heimat“-Skandal hat in den letzten Wochen die Mitgliedschaft der Gewerkschaften erneut empört. Nach einer Emnid-Umfrage vom Juli 1982 glaubten nur 9 Prozent der Mitglieder der DGB-Gewerkschaften, daß es mit dieser Affäre keinen Vertrauensschwund der Gewerkschaftsführungen gegeben habe. Die übrigen 91 Prozent sind mehr oder weniger nach wie vor empört. Die Kritik richtet sich vor allem dagegen, daß der Bundesvorstand nur unzureichende oder falsche Konsequenzen – entgegen den Auffassungen des 12. ordentlichen DGB-Kongresses im Mai des Jahres in Westberlin – aus diesem Skandal gezogen hat.

Drei Fakten sind es vor allem, die den Unmut der Basis, auch der vielen hauptamtlichen Kollegen in den Kreis- und Ortsverwaltungen der Einzelgewerkschaften, verstärkt haben:

1. Nach einer „Spiegel“-Meldung vom 23. August soll sich der DGB-Bundesvorstand mit dem Hauptverantwortlichen des Skandals, dem früheren „Neue-Heimat“-Chef Albert Vietor, um einen Vergleich bemühen. Damit wollen der DGB und der neue Vorstand der „Neuen Heimat“ sichergehen, „daß nicht weitere Enthüllungen den Gewerkschaften zusätzlich belasten“. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Vietor wie seine beiden mitgefeuerten Vorstandskollegen Harro Iden und Wolfgang Vormbrock mit Millionen abgefunden wird.

2. Sollten die Gewerkschaften aus ihrem Vermögen, das die Mitglieder mit ihren Beiträgen zusammengetragen haben, für die von Vietor und anderen durch Mißwirtschaft verursachten Verluste aufkommen. Von den mehr als 400 Millionen DM Verlusten entfallen allein auf die „Neue-Heimat-Städtebau“ 350 Millionen. Anfang Juli hatte bereits der Vorstand der IG Metall 75 Millionen DM als Kapitalhilfe an die „Neue Heimat“ überwiesen. Trotz aller Dementis stehen diese Mittel bei Arbeitskämpfen nicht zur Verfügung.

3. Habe die neue Unternehmensspitze der „Neuen Heimat“ unter Diether Hoffmann die Absicht, einen Teil der 500 000 meist Sozialwohnungen an sogenannte Profitgesellschaften zu verkaufen, damit diese sie an die Mieter als Eigentumswohnungen zu Höchstpreisen veräußern. Man braucht kein Prophet zu sein, daß die große Masse der bisherigen Mieter angesichts der Hochzinspolitik nicht in der Lage sein wird, „ihre Wohnungen“ zu kaufen.

Alle drei Fakten zeigen, daß der neue DGB-Vorstand entgegen dem Auftrag des Bundeskongresses handelt, der aufgrund des „Neue-Heimat“-Skandals das erschütterte Vertrauen der Mitgliedschaft wiedergewinnen soll. Der fal-

sche Weg ist es allerdings, wenn wegen der falschen Politik in Sachen „Neue Heimat“ jetzt Mitglieder die DGB-Gewerkschaften verlassen. Der Mitgliederschwund von etwa 30 000 im Bereich der IG Metall im 1. Halbjahr 1982 soll neben der Arbeitslosigkeit zu einem nicht geringen Teil auch auf das ungelöste „Neue-Heimat“-Problem zurückzuführen sein.

Die Empörung macht sich breit, weil die DGB-Spitze die „Neue-Heimat“-Krise offenbar mit kapitalistischen, systemimmanenten Mitteln zu lösen versucht und nicht bereit ist, dem Grundsatzprogramm entsprechende Veränderungen durchzuführen. Warum müssen Manager, die sich kaum von denen der „freien Wirtschaft“ unterscheiden, noch mit Millionen Arbeitergrotschen abge-

Vorwärts

zu diesem Buch

Nur ein ernstzunehmendes Programm kam schon kurz nach dem DGB-Kongreß auf den Markt:

Günter Arndt u. a.: DGB, Programm 1981, Untersucht für die Praxis Nachrichten-Verlags-Gesellschaft, Frankfurt 1981, 343 S., 18,- DM.

Beiträge gestandener Gewerkschafter und Gewerkschaftskenner, die je zu ihren Spezialthemen Stellung nehmen: Beispielsweise Frank Deppe zur gewerkschaftlichen Autonomie, Wolfgang Abendroth zu Geschichte und Grundlagen der Einheitsgewerkschaft, Christian Götz zur Sicherheitspolitik und ein kommunistischer Wissenschaftler wie Jörg Huffschild zur wirtschaftspolitischen Konzeption des Programms . . . R. M.

(Nr. 20/13. Mai 1982, Seite 18)

funden werden? Viele Mitglieder fragen sich auch, worin liegt denn der Unterschied zwischen AEG-Pleite und dem „Neue-Heimat“-Skandal?

Keinen Unterschied gibt es offenbar in der Bezahlung der Manager, mit Gehältern bis zu Millionenhöhe im Jahr. Es muß Schluß sein mit der Praxis, daß die Mitglieder von Vorständen der gewerkschaftseigenen Betriebe gleich hohe „Gehälter“ bekommen wie die Manager von kapitalistischen Großkonzernen und Gewerkschaftsführer wie die Angestellten der Unternehmervverbände.

Als die Arbeiterbewegung im vergangenen Jahrhundert antrat, die kapitalistischen Verhältnisse grundlegend zu ändern, hatte sie von vornherein den moralischen Anspruch erhoben, daß ihre besoldeten Vertreter keinen wesentlich höheren Lebensstandard haben als der qualifizierte Teil der Arbeiterschaft. Warum soll das heute nicht mehr gelten, daß die Gehälter der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre in etwa den höchsten Tariflöhnen und -gehältern entsprechen, die für die große Masse der Mitglieder gemeinsam durchgesetzt worden sind? Nicht wesentlich anders kann das auch bei Funktionären sein, die gewerkschaftseigene Einrichtungen leiten. Auch Interessenvertreter in Vorständen der Konzerne (Arbeitsdirektoren) sollten bis zu diesem Niveau die darüber hinausgehenden Bezüge abführen.

Man muß sich fragen, ob ein Arbeitsdirektor – oftmals ehemalige Facharbeiter – mit einem Jahreseinkommen von mehr als 500 000 Mark oder auch ein Gewerkschaftsvorsitzender mit mehr als 150 000 Mark überhaupt noch von ihrer materiellen Lage her motiviert sein können, wie es im DGB-Grundsatzprogramm heißt, „eine an den Arbeitnehmerinteressen orientierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ zu schaffen. Diese neue Ordnung ist aber notwendig, um die Mißstände und Gebrechen des Kapitalismus von Arbeitslosigkeit über Abbau sozialer Leistungen bis zur Reallohnsenkung zu beseitigen.

Ein Schritt auf diesem Wege könnte sein, daß die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen in den Händen der Gewerkschaften zu echten Beispielen für die im Grundsatzprogramm geforderte Gemeinwirtschaft entwickelt werden. Die Millionen zählende Mitgliedschaft der DGB-Gewerkschaften bringt sicher befähigte Gewerkschafter hervor, die besser als kapitalistische Manager in der Lage sind, Betriebe zu leiten oder als hauptamtliche Interessenvertreter ihre Aufgaben im Interesse der Mitgliedschaft gerecht zu werden. Gleichzeitig könnte auch die Mitbestimmung der in den gemeinwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu einem Beispiel für die gesamte Wirtschaft ausgebaut werden. Werner Petschick

Noch acht Gewerkschaftstage 1982 Im Vordergrund: Arbeit und Frieden

In den verbleibenden vier Monaten des Jahres 1982 finden noch fünf ordentliche und drei außerordentliche Gewerkschaftstage statt, die 40 Prozent der knapp 8 Millionen Mitglieder der DGB-Gewerkschaften repräsentieren. Ferner führen einige Gewerkschaften im Vorfeld von Kongressen 1983 erste Personengruppenkonferenzen durch (genaue Angaben siehe letzte Seite im Terminkalender).

Bei Erscheinen dieser Ausgabe wird der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten und die IG-Metall-Frauenkonferenz schon zu Ende sein. Die nachfolgenden ordentlichen Kongresse der Gewerkschaft der Polizei, der IG Bau - Steine - Erden, der Gewerkschaft Textil - Bekleidung und der Rundfunk-Fernseh-Film-Union haben vor allem die Aufgabe, den sozialreaktionären Inhalten des Haushalts 1983 eine gebührende Antwort zu geben und die Mitglieder zum gemeinsamen Widerstand zu mobilisieren. Dabei sollte der vom 12. ordentlichen DGB-Kongreß angenommene Antrag, daß bei weiteren Kürzungen auf sozialem Gebiet „bundesweite Abwehraktionen durchzuführen“ seien, mit Leben erfüllt werden.

Wenn auch bei den außerordentlichen Gewerkschaftstagen - Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, IG Chemie-Papier-Keramik und Gewerkschaft Leder - personelle Entscheidungen im Vordergrund stehen, dürfen auch diese nicht zu der arbeiterfeindlichen Rotstiftpolitik von Regierung und Parlament schweigen. Vor allem sollte der Skandal, daß im Bundeshaushalt 1983 die sozialen Leistungen um 9,8 Prozent gesenkt und die Verteidigungsausgaben um 4,2 Prozent weiter erhöht werden sollen, einer prinzipiellen Kritik unterworfen werden. Diese Reaktion unterstreicht, wie dringlich es ist, daß nach dem Antikriegstag die Gewerkschaftstage weitere Beschlüsse fassen, damit der Auftrag des DGB-Kongresses, in Europa keine neuen Mittelstreckenraketen zu stationieren, durchgesetzt wird.

Angesichts der immer deutlicher zutage tretenden Gebrechen des Kapitalismus - wachsende Massenarbeitslosigkeit, Reallohnsenkung und Vernichtung von Produktivkräften - stellt sich auch auf den Gewerkschaftstagen die Frage: Ist dieses Profitsystem überhaupt noch verteidigungswürdig, oder müssen entsprechend dem Grundsatzprogramm grundlegende Veränderungen herbeigeführt werden?

Dieser Kurs im Interesse der arbeitenden Menschen wird allerdings nicht eingeschlagen werden können, wenn Gewerkschaftsführer an der Sozialpart-

nerschaft zwischen Kapital und Arbeit festhalten und die Verteidigung ebendieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung oder, wie es neudeutsch heißt, die Einhaltung des politischen Konsens über alles stellen. Partnerschaft mit den Unternehmern und Hinnehmen des sozialen Rückschritts hat nicht einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz mehr geschaffen.

Vielmehr kommt es jetzt auf den Gewerkschaftstagen auf Beschlüsse an,

GTB vor dem Gewerkschaftstag

Mit insgesamt 170 Anträgen werden sich die Delegierten des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) vom 17. bis 22. Oktober 1982 in Mainz zu befassen haben. Von besonderem Interesse sind dabei die vom Hauptvorstand eingebrachten Anträge zu den Themenkomplexen Arbeitsmarktpolitik, Tarifpolitik, Ausländerpolitik und Frieden und Abrüstung. Aber auch die Haltung des geschäftsführenden Hauptvorstands zu den Personengruppen, insbesondere der Gewerkschaftsjugend, läßt sich an den von den entsprechenden Bundeskonferenzen gestellten, aber vom Hauptvorstand nicht zum Gewerkschaftstag weitergeleiteten Anträgen festmachen.

Im Gegensatz zu anderen DGB-Gewerkschaften gibt es in der GTB für die Personengruppen kein direktes Antragsrecht an den Gewerkschaftstag. Letzte Instanz ist der Hauptvorstand, der die Weiterleitung nach Gutdünken bestimmt und sowohl in der Vergangenheit als auch jetzt wieder keinen Antrag z. B. des Zentralen Jugendtages übernahm.

Auch in seinen Anträgen zu Satzungsänderungen kam der Hauptvorstand der Aufforderung der GTB-Gewerkschaftsjugend, ihr ein direktes Antragsrecht einzuräumen, nicht nach. Nur durch die Übernahme dieses Antrags durch eine örtliche Mitgliederversammlung wird es nun in Mainz zu einer Abstimmung darüber kommen. Zu der wi-

die Unternehmern und Regierung den Kampf ansagen und das gemeinsame solidarische Handeln der Gewerkschaften in den Mittelpunkt stellen. Eine der Aufgaben, die es jetzt gemeinsam in Angriff zu nehmen gilt, ist die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Man sollte auch die Worte des möglichen künftigen ÖTV-Vorsitzenden Siegfried Merten aufgreifen. Er hatte gefordert, daß sich die Gewerkschaften darauf vorbereiten, die Reallohnverluste von 1981 und 1982 sowie den Abbau von Sozialleistungen mittels der Tarifeauseinandersetzung 1983 wieder zurückzuholen.

Bei einigen Gewerkschaften wird zusätzlich über spezielle Fragen zu entscheiden sein: Ob es in absehbarer Zeit zu einer Mediengewerkschaft im DGB kommt oder nicht, hängt zu einem großen Teil von den Entscheidungen des Gewerkschaftstages der RFFU ab. Stimmt der Kongreß den Vorschlägen des Hauptvorstandes zu, können bald die Verhandlungen mit dem Ziel des Zusammenschlusses mit der IG Druck und Papier und dem Deutschen Journalisten-Verband in eine aktive Phase treten. Werner Petschick

dersprüchlichen Politik dieses Hauptvorstandes gehört es dabei auch, im DGB-Bundesausschuß das „Positionspapier zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit“ anzunehmen, aber die daraus erwachsenen Konsequenzen der formalen Antragsberechtigung an den Gewerkschaftstag nicht tragen zu wollen.

Ähnlich gelagert ist die Haltung in Sachen „Investivlohn“. Trotz vielfacher Kritik an diesem Konzept versucht der Hauptvorstand beharrlich, Berthold Kellers Wunschvorhaben umzusetzen und den Delegierten schmackhaft zu machen. Neu im Antrag ist dabei die Klausel, daß bezirkliche Tarifkommissionen auf Antrag eigenständige Investivlohnverträge abschließen können sollen, was - sollte der Antrag angenommen werden - eine Einführung auf kaltem Wege zur Folge haben kann. Von den 12 Anträgen zu diesem Bereich sprechen sich allerdings 10 Antragsteller gegen den „Keller-Plan“ aus und fordern die Reallohnsicherung als tarifpolitische Aufgabe der nächsten Zeit!

In diesen Kontext gehört auch die konkrete Forderung vieler Mitgliederversammlungen nach einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden. Dagegen läßt der Hauptvorstand in seinem umfassenden Leittraktat zur Arbeitsmarktsituation jede Konkretisierung vermissen, begnügt sich in der Beschreibung von Allgemeinplätzen und zeigt keinerlei Ansätze einer gewerkschaftlichen Strategie in dieser Frage. -hawe-

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

Christian Götz: Schicksalsfrage selbst in die Hand nehmen

Hunderte von gewerkschaftlichen Veranstaltungen fanden zum diesjährigen Antikriegstag statt. Vor mehr als 10 000 Teilnehmern rief Christian Götz, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), in Bremen dazu auf, die Schicksalsfrage selbst in die Hand zu nehmen, denn Moral und Vernunft seien auf unserer Seite. In seinem der Presse zur Verfügung gestellten Redemanuskript, aus dem wir nachfolgend Auszüge veröffentlichen, zeigte der HBV-Funktionär den Zusammenhang zwischen der Rüstung und dem uns bedrückenden Sozialabbau auf.

Der Krieg ist schon lange keine „Sache der Soldaten“ mehr:

- Im ersten Weltkrieg waren von 10 Millionen Toten 5 Prozent Zivilisten.
- Unter den 55 Millionen Toten des 2. Weltkrieges betrug der Anteil ziviler Opfer bereits 40 Prozent.
- Im Korea- und Vietnamkrieg stieg diese schreckliche Rate bereits auf 84 bzw. auf 90 Prozent.
- Der Einsatz von Atomwaffen garantiert für den nächsten Krieg eine entsprechende Quote von 100 Prozent mit Sicherheit für unser Land!

Und deshalb gilt heute mehr denn je: Krieg oder Frieden, Auf- oder Abrüstung sind so existentielle Sorgen, daß darüber auf

keinen Fall Militärs und Rüstungsindustrielle entscheiden dürfen. Die politisch Verantwortlichen sind gefordert, und wenn und weil die Politiker ihrer Verantwortung nicht gerecht werden, müssen wir diese Schicksalsfragen in die eigene Hand nehmen. Darin liegt die moralische Begründung, der große politische Anspruch und die schwierige Pflicht der wachsenden Friedensbewegung.

Moral und Vernunft sind auf unserer Seite

Um es mit Helmut Gollwitzer auszudrücken: „Wir sterben nicht erst im Krieg. Wir sind schon im Sterben an der Rüstung. Es sterben an der Rüstung unsere nötigsten Reformen, für die kein Geld, für die keine Menschen da sind. Es stirbt an der Rüstung die Entwicklung des hungernden Weltteils...“ Das Weltkinderhilfswerk der Vereinten Nationen - UNICEF - stellte in seinem Jahresbericht für 1981 fest: „Mehr als 14 Millionen Kinder sind in den zurückliegenden 12 Monaten in den Ländern der dritten Welt verhungert. Das sind 40 000 pro Tag oder jede zweite Sekunde ein Junge oder ein Mädchen.“ Wir können uns also ausrechnen, wieviel weitere Kinder allein während der Dauer dieser Veranstaltung sterben! Jedes verhungerte Leben wäre mit 230 DM zu retten gewesen!

An anderer Stelle des UNICEF-Berichts wird betont, daß die Befriedigung der Grundbedürfnisse der überwältigenden Mehrheit aller Männer, Frauen und Kinder dieser Welt durchaus möglich wäre. Wörtlich: „Man müßte dafür jedes Jahr nur soviel zur Verfügung haben, wie jetzt in 6 Wochen (!) für die Erhaltung und Steigerung des militärischen Potentials ausgegeben wird.“ Wer will angesichts dieser erschütternden Zahlen und Fakten noch ernsthaft bestreiten, daß der Begriff Rüstungswahnsinn eine exakte Beschreibung der Wirklichkeit darstellt? Nicht wir, die gegen diesen Wahnsinn anrennen und protestieren, sind „Spinner“. Nicht ganz klar im Kopf sind vielmehr jene Politiker, die diesen Wahnsinn rechtfertigen und fortsetzen. Nicht nur die Moral, auch die Vernunft ist auf unserer Seite!

Nicht Krieg, sondern Frieden planen...

Was sind vor diesem Hintergrund unsere vorrangige Aufgaben an diesem 1. September 1982? Wer Erfahrungen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und heutige gewerkschaftliche Programme ernst nimmt, muß aktuell zumindest zwei Konsequenzen ziehen:

1. Er muß Front gegen den sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO machen, der unser Land und ganz Europa über kurz oder lang in eine atomare Wüste verwandeln könnte.
2. Er muß Front machen gegen die Bonner Allparteienkoalition für Sozialabbau.

Der sogenannte NATO-Doppelbeschluß - und darauf weisen gerade seine Anhänger immer wieder hin - stellt einen Aufguß der alten Theorie dar, nur über mehr Rüstung lasse sich letztlich Abrüstung realisieren. Man kann aber nicht „Feuer“ und „Wasser“ in ein Konzept packen. Den Anhängern dieser unsinnigen und gefährlichen Theorie schrieb der unvergessene frühere Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, bereits auf einer DGB-Antikriegskundgebung am 30. August 1964 (!) ins Stammbuch: „Nichts ist törichter und falscher als das alte Sprichwort: ‚Wenn du den Frieden willst, so rüste zum Krieg.‘ - Wer im Atomzeitalter den Frieden will, der muß den Frie-

Inhaltsverzeichnis:

Christian Götz: Schicksalsfrage selbst in die Hand nehmen	13
Peter Riemer: Einsatz für den Frieden an 365 Tagen im Jahr	15
AEG-Zusammenbruch dient zur Branchenbereinigung	19
IG Metall stellt „Unternehmer auf den Prüfstand“	22

den vorbereiten, nicht den Krieg. Der muß abrüsten und verhandeln, verhandeln und abrüsten. Jedes begrenzte Abkommen und die schwierigsten längsten Verhandlungen sind besser als eine einzige explodierende Atombombe. ..."

Die Alternative zu mehr Rüstung und zu weiteren Atomraketen in der Bundesrepublik und in unseren Nachbarländern lautet heute wie damals: Wir fordern eine atomwaffenfreie Zone in Europa. Das wäre im übrigen auch die einzig ehrliche und seriöse „Null-Lösung“. Mehr Rüstung schafft nicht mehr Sicherheit!

Das genaue Gegenteil ist richtig. „Wann die vorhandenen Atomwaffen ausreichen, um die Menschheit 15mal zu vernichten, so geht es bei der Diskussion über die ‚Nachrüstung‘ um das 16. Mal“ (Dieter Lattmann).

Man muß durchaus kein Militärspezialist sein, um diesen einfachen Zusammenhang zu begreifen.

Rüstungslasten provozieren sozialen Kollaps

Auch Verteidigungsminister Hans Apel hat nichts anderes im Kopfe als mehr Waffen und mehr Soldaten, und deshalb erklären wir hier in aller Eindeutigkeit:

• Wir lehnen die weitere Vergeudung von Steuermilliarden, also unseres Geldes, für unsinnige Rüstungsprojekte ab. Der Verteidigungshaushalt muß nicht erhöht, sondern spürbar gekürzt werden, sonst ist es nur eine Frage der Zeit, wann unser Land einen sozialen Kollaps erleidet.

• Wir lehnen die Verlängerung der Wehrpflicht und die Diskriminierung von Kriegsdienstgegnern durch ein unhaltbares Prüfungsverfahren ab.

• Wir lehnen die Wehrpflicht und den sogenannten „freiwilligen Wehrdienst“ für Frauen ab. Solche Pläne verstoßen gegen die Verfassung und gewerkschaftliche Grundsätze. Es ist ein Hohn auf den Kampf der fortschrittlichen Frauenbewegung, diese Absichten auch noch als „Schritt zur Gleichberechtigung“ zu deklarieren. Auf solche lügnerischen Parolen, die tatsächliche Mißstände und Fehlentwicklungen verkleistern, sollte niemand hereinfallen; auch nicht einzelne selbsternannte Sprecherinnen aus der Frauenbewegung.

• Wir lehnen bereits im Ansatz die schleichende Militarisierung des öffentlichen Lebens durch „feierliche Gelöbnisse“ auf Marktplätzen, in Fabriken und jetzt sogar in Schulen ab.

Die Zeche zahlen wieder einmal die „kleinen Leute“

Die „politischen Denkstrukturen“ von Hans Apel sind im übrigen typisch für die gesamte Bonner Szene. Dort agiert nun schon im zweiten Jahr eine Allparteien-Koalition für Sozialabbau. Alle Bundestagsparteien stimmen in der (angeblichen) „Notwendigkeit einschneidender Maßnahmen im sozialen Bereich“ überein; umstritten sind lediglich Umfang und Tempo. Gleichzeitig sind weder Koalition noch Opposition bereit, den Verteidigungshaushalt einzuschränken und eine Umschichtung von Rüstungslasten zugunsten sozialer Aufgaben und Verpflichtungen vorzunehmen; im Gegenteil! Das Ergebnis ist eine „neue Sozialpolitik“, die sich schleichend ausbreitet und – unter dem Beifall und der Förderung der Arbeitgeberverbände – immer mehr Fuß faßt. Danach sollen die Opfer der anhaltenden Krise die Probleme selbst lösen und vor allen Dingen dafür zahlen:

- die Arbeitnehmer mit Lohnverzicht,
- die Arbeitslosen mit Kürzungen erworbener Leistungen und immer neuen „Zumutungen“,

- die Kranken mit Selbstbeteiligung,
- die Alten mit Rentenkürzungen,
- die Jugend mit fehlenden Ausbildungsplätzen, Kürzung von Bafög-Leistungen, also mit Perspektivlosigkeit.

Die Lasten der Krise werden also wieder einmal einseitig den Arbeitnehmern und sozial Schwachen aufgeladen. Das beweisen die Bonner Sparbeschlüsse. Die „Operation 82“ – übrigens eine treffende Formulierung – entlastet in den Jahren 1982–1985 die Unternehmer um rund 3 Milliarden DM, während man gleichzeitig den Arbeitnehmern zusätzliche Belastungen von rund 50 Milliarden DM (!) aufbürdete. Die „Operation 83“ soll uns weitere 8 Milliarden DM an Belastungen beschere. Nicht alle müssen also opfern. Es sind erneut nur die „kleinen Leute“, während man den Wirtschaftsbossen gleichzeitig das Geld nachwirft. Rund 2 Millionen Arbeitslose stehen derzeit im Regen. Die politisch Verantwortlichen haben sich bisher als absolut unfähig erwiesen, der tiefgreifenden Beschäftigungskrise auch nur im Ansatz erfolgreich zu begegnen.

Der DGB hat seit 1974 (!) zahlreiche Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unterbreitet. Bei allen DGB-Vorschlägen handelte und handelt es sich um realistische Konzeptionen mit Finanzierungsteil. So haben wir z. B. Punkt für Punkt nachgewiesen, daß sich unser jüngstes, auf fünf Jahre angelegtes 50-Milliarden-Programm zu erheblichen Teilen selbst finanzieren würde. Außerdem empfehlen wir als weitere Finanzierungsquelle die Ergänzungs- bzw. Arbeitsmarktabgabe, also sozial gerechte Lösungen.

Hinsichtlich des dringend notwendigen Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit besteht also nachweislich kein Defizit an realistischen, finanziell machbaren Lösungskonzeptionen; was dagegen seit Jahren fehlt, ist der entschlossene Wille der politischen Verantwortlichen zu ihrer Umsetzung. Das katastrophale Ergebnis dieses Trauerspiels: Auf eine offene Stelle kommen jetzt sogar 16 Arbeitslose. Es ist also eine besonders widerliche Zweckklüge zu behaupten: Jeder, der arbeiten will, kann auch arbeiten.

Angesichts dieser Zahlenrelation ist jede Verschärfung von Zumutbarkeitsanordnungen für Arbeitslose politisch, sozial und moralisch ein Skandal. Dadurch wird nicht eine einzige neue Arbeitsstelle geschaffen. Wir haben alle Veranlassung, uns mit den Arbeitslosen solidarisch zu erklären. Wir protestieren gegen eine Politik, die aus Opfern Täter macht, die zu „bestrafen“ sind. Die gefährliche Kombination von anhaltender ökonomischer Krise, Massenarbeitslosigkeit und Hochrüstung führt zu einer immer schnelleren Demontage des Sozialstaates. Dadurch wird der innere Friede gefährdet.

Gewerkschaftlichen Widerstand verschärfen ...

Ich konnte und wollte heute keine „schöne und beschauliche Rede“ halten; das wäre nur um den Preis der Wahrheit möglich gewesen. Trotzdem haben wir keinen Grund und kein Recht zur Resignation. Schlechten Traditionen und Erfahrungen stehen gute Traditionen und ganz wichtige positive Entwicklungen gegenüber: Im Vergleich zu den 60er Jahren ist heute das Widerstandspotential gegen die Politik von Hochrüstung und Sozialabbau viel größer, die Friedensbewegung breiter und stärker. Das macht stolz, gibt Mut und Kraft. Andererseits dürfen wir nicht vergessen: Wir sind schon viele, aber lange noch nicht genug. Auch deshalb dürfen wir uns nicht auseinanderdividieren lassen oder gar selbst spalten. Wir müssen weiterhin ausdauernd und geduldig Überzeugungsarbeit leisten. „Nicht Atomwaffen – nicht Völkermord, sondern Abrüstung und Völkerfrieden!“ lautete die DGB-Parole 1962. Laßt uns diese Parole wieder aufgreifen und gemeinsam praktisch umsetzen. Wir haben die Chance, eine verhängnisvolle Entwicklung zu verhindern – wenn wir das wirklich wollen!

Peter Riemer: Einsatz für den Frieden an 365 Tagen im Jahr

Am 17. Juli fand das zweite Nürnberger Friedensfest statt. 60 Organisationen, darunter auch mehrere Gewerkschaftsgliederungen, hatten dazu aufgerufen. Zu den 9000 sprach Peter Riemer, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK). Nachfolgend veröffentlichen wir seine Rede, in der auch anhand konkreter Fakten das Argument von der „arbeitsplatzsichernden Rüstungsindustrie“ widerlegt wird, gekürzt.

Worte zum Krieg, pardon, zur Verteidigung, waren schon immer wohlfeil. Nationale Ehre und Würde werden strapaziert, von der bedrohten Freiheit wird geredet, die Parole „Lieber tot als rot“ verkündet. Da kann man nur mit Bert Brecht sagen: Es macht uns ein Geschwätz nicht satt, das schafft kein Essen her. Aber die Propagandisten in Sachen Wehr und Waffen sind zahlreich. Im Bundestag reden – oftmals selbsternannte – Wehrexperthen über den Krieg wie andere vom Hirseanbau im oberen Niltal oder die Vegetation in den Kordillieren: Sie alle verstehen wenig davon. Besonders hervor tun sich da Unionspolitiker, von denen wir eigentlich etwas anderes erwarten sollten. Denn die Bibel, ganz recht, jenes bewundernswerte Buch, auf das sich die Partei mit dem großen C sonntags gelegentlich beruft, spricht an vielen Stellen von der

Abendroth / Guha / Brosius

Gewerkschaften und Frieden

– Zum Thema Gewerkschaften und Frieden enthält diese Ausgabe der nachrichten-reihe eine ausführliche Dokumentation, in die neben wichtigen Beschlüssen von Gewerkschaftskongressen der Einzelgewerkschaften der letzten Jahre auch Beschlüsse des DGB aus den 50er und 60er Jahren sowie Stellungnahmen führender Gewerkschafter Eingang gefunden haben. Dem sind fünf analytische Beiträge vorangestellt zu den Problemkreisen: Historische Erfahrungen der Gewerkschaftsbewegung, Entspannungspolitik oder „Gleichgewicht des Schreckens“, Abrüstung und Arbeitsplatzsicherung, die aktuelle gewerkschaftliche Friedensdiskussion und die internationalen Kontakte der Gewerkschaften.

nachrichten-reihe 20
2. Auflage, 108 Seiten, 5,- DM

Schädlichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen und von der Notwendigkeit, Frieden zu bewahren. Freilich, all das ist bald zehntausend Jahre her, und beflissene Ausleger können mit jenen Postulaten über das friedliche Zusammenleben nichts mehr anfangen. Wer heute davon spricht, betreibt nach ihrer Meinung „Friedenshetze“!

Auch in den Zeitungen dieses Landes betätigen sich die Trommler, wie jener Herr Weinstein in der „FAZ“, der für seine Militärpropaganda mit Litzen und Sternen eines Reserveoffiziers belohnt wird. Er versteift sich zu der Forderung, daß die Dienstpläne der Bundeswehr schöpferisch gestaltet werden. Und dann wörtlich: „Der Dienstbetrieb muß auf die Kriegstüchtigkeit einer Generation abgestellt werden, die in einer Männergesellschaft sinnvoll tätig sein will und deren Bereitschaft zur Disziplin auf die Technik, nicht auf das äußere Auftreten gerichtet ist.“ Nun vermag ich den verqueren Gedankengängen dieses verkleideten Militaristen nicht in alle

Verästelungen zu folgen, aber was da geschrieben steht, ist die Einstimmung auf den Krieg, auf eine Auseinandersetzung, die gerade die von ihm zitierte Generation nicht will.

Inzwischen aber sind die Handlungsgehilfen der Rüstungsindustrie, die Außen- und Kriegsminister nämlich, in Geschäften unterwegs, um den Völkern einzureden, sie müßten noch mehr bezahlen, noch mehr zahlen für eine Rüstung, die keiner will, sie müßten den Gürtel enger schnallen und dafür soziale Nachteile in Kauf nehmen. Und da schwätzen sie vom Recht auf den atomaren Erstschatz und propagieren aus lauter Angst vor dem Frieden den Selbstmord. Wenn sie sich nicht bezähmen können, bitte schön. Aber ohne uns. Gegen all diese falschen Propheten, diese Manager des Grauens, diese Wegbereiter des Welt-Endes anzugehen ist nicht einfach. Sie werden ja gestützt durch die Trägheit all der Bürger, die aus Angst oder Unwissenheit, aus Teilnahmslosigkeit oder falsch verstandener Staatsraison nicht „Nein zum Kriege“ sagen wollen. Schließlich ist es ja auch einfacher, in den Chor jener einzustimmen, die uns als Kommunisten, Spinner, Utopisten oder Friedenshetzer verketzern wollen.

Nun, das ist nichts Neues. Kurt Tucholsky hat schon in den zwanziger Jahren Einschlägiges zum Thema gesagt: „Man hat ja noch niemals versucht, den Krieg ernsthaft zu bekämpfen. Man hat ja noch niemals alle Schulen und alle Kirchen, alle Kinos und Zeitungen für die Propaganda des Krieges gesperrt. Man weiß also gar nicht, wie eine Generation aussähe, die in der Lust eines gesunden und kampfesfreudigen, aber kriegsablehnenden Pazifismus aufgewachsen ist. Das weiß man nicht.“ Wir haben inzwischen einen neuen Krieg gehabt, der 55 Millionen Tote gekostet hat. Aber wir wissen auch heute noch nicht, wie eine solche Generation aussehen könnte. Denn schon sechs Jahre nach dem großen Völkermorden drängten wir uns wieder vor, um rechtzeitig beim großen Rüstenden dabeizusein.

Das, so wurde damals gesagt und heute wieder, sei auch ein sicheres Mittel, Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitslosigkeit abzubauen. Erstaunlich eigentlich, wie sich solche Fabeln halten. Dabei gibt es wissenschaftliche Untersuchungen und statistisches Material, die klarmachen, daß Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie gefährdeter sind als anderswo. In der Zeit von 1965 bis 1977 sank in der Bundesrepublik die Zahl der in der Rüstung Beschäftigten um 20 000 Arbeiter auf 229 000, während im gleichen Zeitraum sich der Wert aller hierzulande produzierten Rüstungsgüter von 4,7 auf 11,6 Milliarden DM erhöhte. Nirgends ist der Rationalisierungseffekt – und damit die Beseitigung von Arbeitsplätzen – größer als gerade hier.

Es gibt Untersuchungen darüber, wie viele Arbeitsplätze mit den vom Staat investierten Geldern in der Rüstung oder in anderen gesellschaftlichen Bereichen geschaffen werden könnten. Drei Milliarden aus dem Staatshaushalt schaffen in der Rüstung 35 000 Arbeitsplätze, im Gesundheitswesen 77 000, in der Bauindustrie 76 000 und in der Bildung sogar 100 000 neue Jobs. Aber in Zeiten wie diesen stoßen vor allem bei den Kollegen von Diehl oder auf den Werften, die für die Rüstung arbeiten, solche Argumente auf wenig Verständnis. Deshalb ist es gut, daß die IG Metall dabei ist, mit den dort Beschäftigten darüber zu diskutieren, wie die Rüstungs- durch eine Zivilproduktion ersetzt werden kann. Da geht es zunächst darum, das Bewußtsein zu schärfen, daß die These „Rüstung schafft Arbeitsplätze“ nur sehr bedingt richtig ist. Die Unternehmen sollen dann dazu bewegen werden, nicht den gesamten zivilen Bereich aufzugeben, wenn lukrative Rüstungsaufträge winken. Schließlich ist dafür zu sorgen, daß nicht Kapazitäten geschaffen werden, die hinterher nicht auszulasten sind. All das ist nur ein erster Schritt, der aber, bei einer Verwirklichung, Denkanstöße auch anderswo auslösen kann.

Es gäbe also Wege, auf vernünftige Weise die Situation zu verändern. Aber in der Bundesrepublik gehen wir wieder den anderen: durch Abbau im sozialen Bereich den Ausgleich zu schaffen für die unermeßlichen Anforderungen des Militärs. Wir folgen damit den USA, die meinen, sie müßten um jeden

Preis die Nummer 1 in der Welt sein. Aber selbst die reichen Amerikaner können ihre Milliardenrüstung nur noch auf Kosten der Sozialpolitik finanzieren. Und der im vorigen Herbst zu früh laut gewordene Ratschlag der Amerikaner an uns, die Sozialausgaben um 25 Prozent zu kürzen und das Geld in Wehr und Waffen zu stecken, wird inzwischen schon befolgt.

Das begann im vorigen Jahr mit der sogenannten Operation '82, die erste Einschnitte ins soziale Netz brachte. Dann folgte die Verschärfung der Zumutbarkeitsklauseln zu Lasten der Arbeitslosen. Daran schloß sich das sogenannte Beschäftigungsprogramm an, das unter anderem den Mieterschutz einschränkt. Und dann nun der Haushalt '83! Er bringt — in nüchternen Zahlen — eine Kürzung des Sozialhaushalts um 10 Prozent. Dafür aber werden die Rüstungskosten um mehr als 4 Prozent heraufgesetzt, doppelt soviel, was der Haushalt ansonsten an Zuwachs aufweist. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß die Verteidigungslasten — auch eine so euphorische Umschreibung der Aufrüstung — nicht nur aus der Kasse des Herrn Apel gezahlt werden. In vielen Einzelplänen sind zusätzliche Millionen- und Milliardenbeträge versteckt, so daß in Wirklichkeit eben die Rüstung ganz vorne im Haushalt steht und nicht der soziale Bereich.

Das wissen die Politiker auch. Aber uns wollen sie weismachen, daß die jetzigen Belastungen ja nur minimal seien. Doch da kann uns auch nicht die Milchmädchenrechnung des Bundeskanzlers täuschen, der da sagt, 6 Mark im Monat kämen mehr an Abgaben und 14 Mark weniger an Rente für die Zeit der Arbeitslosigkeit. Aber es ist viel schlimmer. Hier geht es ans Eingemachte, hier wird der Versuch gemacht — und wenn wir nicht aufpassen, gelingt er auch —, durch Manipulationen und Verschiebungen, durch Kürzungen und Streichungen unser soziales System auszuhebeln. Das gilt für die Bundesanstalt für Arbeit ebenso wie für die Rentenversicherung.

Dieser gigantische Verteidigungshaushalt ist die Hauptursache für die Krise auf dem Arbeitsmarkt. Er bindet ebenso die Mittel, die notwendig wären für den sozialen Wohnungsbau wie die für Umweltschutz, für alternative Energieprogramme und nicht zuletzt für die Ausbildung von jugendlichen Arbeitslosen. Ein Ende dieser Schwierigkeiten ist noch nicht abzusehen. Der Nürnberger Bundestagsabgeordnete Lutz ist dieser Tage heftig angegriffen worden, weil er gesagt hat, wir würden im Herbst erneut zur Kasse gebeten. Aber wir werden es erleben. Dabei wird das oft zitierte soziale Netz nicht nur beschnitten, sondern eben Schnitt um Schnitt beseitigt. Das ist der Weg zurück zum sozialpolitischen Mittelalter der fünfziger Jahre.

Es fehlt, ich sagte es eben schon, auch das Geld für die notwendigen Beschäftigungsprogramme. Die Arbeitslosigkeit geht nicht zurück, sondern steigt weiter. Auch das hat nachhaltige Folgen für die Lage der Republik. Der Tag ist nicht mehr fern, da wir uns die Rüstung nicht mehr leisten können. Einmal aus finanziellen Gründen. Aber was ebenso wichtig ist, daß wir uns überlegen müssen, was noch verteidigt werden soll, wenn wir nämlich all das, was wir uns geschaffen haben an kulturellen Gütern, an Lebensglück, an sozialem Fortschritt dem Moloch Rüstung geopfert haben.

Hier sind die Gewerkschaften wieder und wieder gefordert. Seit ihrem Bestehen sind sie für den Frieden eingetreten, weil sie wissen, daß nur er der Garant für den sozialen Fortschritt ist. Es gibt Beschlüsse und Resolutionen. Das ist ehrenwert. Es gibt einen Friedensappell des DGB. Auch das ist ehrenwert. Aber reicht das aus, reicht es aus, den vielen anderen Friedensbewegungen im Lande abwartend bis ablehnend gegenüberzustehen und zu sagen, wir machen was alleine? Der Krefelder Appell wurde abgelehnt, weil hinter ihm angeblich die Kommunisten stehen. 1,5 Millionen haben dort unterschrieben. Alles Kommunisten oder von ihnen Verführte? Am 10. Oktober 1981 in Bonn ist der DGB nicht dabeigewesen, die Aktionen vom 10. Juni wurden nur zaghaft begrüßt. Ich frage mich, ist es denn in dieser Republik etwas so Verwerfliches, sich zum Frieden zu bekennen? Auch außerhalb des engen Rahmens, den die Parteien gezogen haben. Warum muß man die Aktivitäten immer den anderen überlassen?

Vergebens haben wir darauf gewartet, daß Initiativen auch einmal auf breiter Front von den Sozialdemokraten ausgehen. Oder von den Liberalen, die in der Weimarer Republik zu den Förderern des Friedensgedankens zählten. Aber heute stehen die Herren alle als sogenannte Realpolitiker für die Rüstung ein. Da bleibt fast nur der Appell an die Gewerkschaften. Der DGB-Kongreß hat ein eindeutiges Bekenntnis zum Frieden und zur Abrüstung abgelegt. Sollten diese Sätze nur bei Sonntagsreden zitiert werden, oder fordern sie nicht zum Handeln auf? Wenn das so ist, muß es doch jedem Kollegen möglich sein, das Wort Frieden in den Mund zu nehmen, ohne daß ihm jemand gleich Kommunist nachruft.

Wir dürfen also nicht die Gewerkschaftsjugend am 1. September bei ihren Antikriegsveranstaltungen allein lassen in der Hoffnung, das werde als DGB-Aktivität ausreichen. Der Einsatz für den Frieden ist notwendig an 365 Tagen im Jahr. Das können nicht immer Kundgebungen sein, Plakatanschläge und Liederfestivals. Dazu gehört das Gespräch am Arbeitsplatz und in der Familie, um auch der schleichenden Beeinflussung mit militärischem Gedankengut durch Presse und Politiker, Fernsehen und Generale entgegenzuwirken. Wenn darüber hinaus der DGB mit der Kraft seiner acht Millionen, ohne Rücksicht auf sogenannte Realpolitiker und politische Nachbarschaften, machtvoll auftreten würde, könnte das eine Menge bewegen.

Gar nicht auszudenken, wenn wir der Internationale der Rüstungsindustrie und Waffenhändler, der Militärs und der Kriegspropagandisten eine gewerkschaftliche Internationale der Arbeiter entgegensetzen würden, die den Frieden und nur den Frieden will. Wir haben die besseren Argumente, weil wir den Frieden wollen und dafür kämpfen.

**Bert Brecht hat einmal gesagt:
Das große Karthago führte drei Kriege.
Es war noch mächtig nach dem ersten;
noch bewohnbar nach dem zweiten.
Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.**

**In Anlehnung daran sage ich:
Deutschland war noch mächtig nach dem ersten Weltkrieg;
Deutschland-West und Deutschland-Ost waren noch bewohnbar nach dem zweiten.
Deutschland ist nicht mehr auffindbar nach dem dritten.**

Deswegen gilt: Nichts ist wichtiger als der Friede.

Die Armen müssen sparen für die Reichen

Auf einer Sekretärstagung des DGB und der Einzelgewerkschaften Bayerns am 28. Juli in München übte DGB-Landesbezirksvorsitzender Jakob Deffner scharfe Kritik an der sogenannten Operation '83. Aus seinem Referat veröffentlicht wir nachfolgend Auszüge. Zwischenüberschriften sind von der Redaktion eingefügt.

Das Grundgesetz für unsere Bundesrepublik Deutschland bestimmt, daß unsere Demokratie ein Sozialstaat ist. Diesen Sozialstaat haben wir mit entwickelt, wir haben ihn aufgebaut und ausgebaut. Ich dachte bisher: Das Wesen des Sozialstaates besteht darin, daß er soziale Ungleichheiten beseitigt und Rechtsansprüche auf Sozialleistungen geschaffen hat, daß die Starken und Leistungsfähigen belastet wurden, um den sozial Schwächeren zu helfen. Diese Ansicht ist aber offensichtlich falsch. Spätestens seit den Beschlüssen der

Bundesregierung zum Bundeshaushalt 83 gilt, daß die Armen für die Reichen sparen müssen.

Anders läßt sich die Tatsache doch nicht werten, daß von den 9,5 Mrd. Mark, die im nächsten Bundeshaushalt eingespart werden sollen, rund 8 Mrd. von Arbeitslosen, Rentnern, Schwerbeschädigten, Kranken und den übrigen Arbeitnehmern aufgebracht werden sollen, wohingegen die Gutsituierten offensichtlich geschont werden und ohne zumutbare Beteiligung davonkommen sollen.

Doppelt zur Kasse gebeten

Eine solche Politik muß auf unseren entschiedenen Widerstand treffen. Und der Widerstand richtet sich nicht nur dagegen, daß die beabsichtigten Sparmaßnahmen jegliche soziale Ausgewogenheit vermissen lassen, sondern auch dagegen, daß die Arbeitnehmer und die sozial Schwachen gleich doppelt zur Kasse gebeten werden. Denn die Arbeitnehmer sind es doch, die am stärksten unter der Wirtschaftskrise zu leiden haben: Sie stellen das Heer der Arbeitslosen, und ihr Einkommensverlust ist gewaltig, ihr Lebensstandard liegt jetzt unter dem Stand von 1978.

Und jetzt sollen sie auch noch 8 Mrd. in 1983 bereitstellen, um die Löcher des Bundeshaushalts zu stopfen.

Jeder hier im Saale weiß, daß die Arbeitnehmer immer zu Opfern bereit waren, wenn die berechtigte Aussicht bestand, daß ihr Opfer dazu beiträgt, die Krise zu beseitigen. So hat es die Arbeitnehmerschaft nach 1945 gehalten, als sie für wertloses Papier ihre ganze Arbeitskraft zum Wiederaufbau einsetzte, und genauso würden die Arbeitnehmer heute handeln, wenn sie nur die geringste Hoffnung haben könnten, damit zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit beizutragen. Doch genau dies ist nicht der Fall. Wie bei der sogenannten Operation 82 wird auch jetzt nicht im geringsten sichtbar, wie durch die Sparaktionen der Arbeitslosigkeit zu Leibe gerückt werden könnte.

Leider ist die Sparaktion 83 kein Einzelfall, sondern die Fortsetzung einer falschen Politik, die schon im letzten Jahr nicht mehr den sozialstaatlichen, sondern den neokonservativen Stempel trug. Den wesentlichen Anteil an dieser Politik des Bundes hat wohl die FDP, deren liberaler Wirtschaftsflügel um Graf Lambsdorff den Sozialstaat auf den Kopf stellt und permanent Ursache und Wirkung verwechselt. Wir müssen deshalb ständig darauf hinweisen, daß die Ursache der Wirtschaftskrise nicht die Ausgaben für unser soziales Netz sind, sondern die Wachstums- und Beschäftigungskrise, die anhaltende Arbeitslosigkeit schafft.

Weil die finanzkräftigen Unternehmen ihr Kapital nicht in die Betriebe stecken, sondern sich mittels Währungsspekulationen und Kapitalflucht ins Ausland goldene Nasen verdienen, stehen fast 2 Millionen Menschen auf der Straße, für die die öffentlichen Kassen in Form von Steuerausfällen oder hohen Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit bluten müssen. Weil dies so ist, kann nur eine aktive Beschäftigungspolitik dazu führen, daß die öffentlichen Haushalte saniert werden. Denn eines beweisen doch die Ergebnisse der Operation 81 und 82 eindeutig: Trotz rigoroser Sparmaßnahmen, natürlich zu Lasten der Arbeitnehmer, trotz erheblicher steuerlicher und anderer Begünstigungen privater Investoren

- wuchsen die Defizite,
- stieg die Arbeitslosigkeit
- und stagnierte die Wirtschaft.

Arbeitnehmerbelastung: 62 Milliarden

Die Operation 82 endete mit der Amputation wichtiger Glieder des Sozialleistungssystems, vor allem bei der Arbeitsmarktpolitik, aber auch bei der Sozialhilfe und beim Kindergeld. Während die Operation 82 für die Unternehmer Erleichterungen vor allem in Form günstiger Abschreibungen in Höhe von 8,5 Mrd. DM bis 1985 bringt, steigt die Arbeitnehmerbelastung

im gleichen Zeitraum um fast 62 Mrd. DM (61,61 Mrd. — Die Mitbestimmung, 4/5/82, S. 140) an. Diese gigantische Belastung der Arbeitnehmerschaft ergibt sich u. a. aus der Verschärfung der Zumutbarkeitsbedingungen, den Kürzungen bei der Arbeitsförderung, der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, der höheren Selbstbeteiligung beim Zahnersatz, der Begrenzung von Kuren, der Reduzierung des Kindergeldes, den steigenden Mieten sowie der Herabsetzung der Arbeitnehmersparzulagen.

Nun könnte man ja über diese Mehrbelastung der Arbeitnehmer diskutieren, wenn dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden wären. Doch das Gegenteil ist der Fall: die den Arbeitnehmerhaushalten fehlenden Mrd. haben zu erheblichen Wachstumsverlusten geführt. Nach den Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung sind durch die Operation 82 Wachstumsverluste von 0,3 Prozent 1982 entstanden, und für nächstes Jahr wird ein Wachstumsverlust von 1 Prozent erwartet. Dadurch gingen 1982 rund 30 000 Arbeitsplätze verloren, und 1983 werden rund 140 000 Arbeitsplätze verlorengehen.

Doch anstatt nun das Steuer herumzureißen, aus den Fehlern zu lernen und für 1983 eine Politik der Beschäftigungssicherung anzupacken, geht die Operation gegen den Sozialstaat weiter, sollen die Arbeitnehmer noch mehr Opfer für die Krise bringen: Opfer in Form eines geringen Lebensstandards und Opfer in Form noch höherer Arbeitslosigkeit.

Dieses Bonner Sparkarussell dreht sich wie folgt: Um den Bundeshaushalt von dem durch die Arbeitslosigkeit steigenden Zuschußbedarf der Bundesanstalt für Arbeit zu entlasten, werden diese Bundeszuschüsse um 6,5 Mrd. DM gekürzt. Die dadurch bei der Bundesanstalt entstehende Lücke wird durch eine Herabsetzung der Renten- und Krankenversicherungsbeiträge für Arbeitslose auf 70 Prozent und durch einen um 0,5 Prozent höheren Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ausgeglichen. Mit anderen Worten: Die Bundesanstalt „refinanziert“ sich zu Lasten der Beitragszahler und der Renten- und Krankenversicherung, oder nochmals anders: Die Arbeitnehmer insgesamt sanieren den Bundeshaushalt und die Arbeitslosen gleich doppelt. Denn sie zahlen an ihrem Lebensabend noch einmal, und zwar in Form geringerer Renten. Diese vorgesehene Maßnahme des Bundes belastet Arbeitslose, Rentner und Kranke von 1983 bis 1985 mit 23,1 Mrd. DM zusätzlich zu den 61 Mrd. aus der Operation 82.

Soziale Strafexpedition

Doch damit nicht genug. Der Zuschuß des Bundes zur Rentenversicherung soll einmalig um 1,5 Mrd. DM gekürzt werden. Und um dieses Defizit abzudecken, werden die Rentner und Kranken zur Kasse gebeten. Die Rentner durch einen Beitrag zur Krankenversicherung von 1 Prozent, der sich bis 1986 auf 4 Prozent erhöht, und die Kranken durch 35,— DM für die erste Woche im Krankenhaus und bei Kuren durch 10,— DM täglich je Kur (die anderen Dinge, Rezeptgebühr von 1,50 auf 2,— DM und Bagatellarzneimittel werden hierbei vernachlässigt). Und dazu kann ich nur feststellen: Dies ist kein Beitrag zur Schaffung einer gesamtgesellschaftlichen Solidarität, sondern der Aufruf zu einer sozialen Strafexpedition gegen die Arbeitnehmer, insbesondere Arbeitslose, Kranke und Rentner.

Wir können, wir wollen und wir werden diese unsoziale Untat nicht hinnehmen. Und wenn Sozialdemokraten uns versichern, daß dies nicht ihre Politik ist, dann sagen wir ihnen: Setzt euch endlich gegen die FDP zur Wehr. Opfert nicht auf dem Altar der Koalition das Vertrauenspotential der Arbeitnehmer. Laßt euch Sozialpolitik nicht von der FDP diktieren. Laßt es nicht zu, daß aus einer sozial-liberalen Koalition eine unsoziale Allianz wird.

Wie steht es nun um die soziale Ausgewogenheit dieser Finanztransaktionen? Wieder einmal sollen die Arbeitnehmer Milliarden Defizite abdecken, während die Großverdiener im Gesundheitswesen ungeschoren davonkommen. Mir ist nämlich nicht bekannt, daß die Ärzte und Zahnärzte, deren Riesen-

einkommen letztlich doch aus unseren Beiträgen finanziert werden, auch zum Ausgleich der Defizite herangezogen werden sollen. Im Gegenteil: Ihre Einkommen sollen weiter steigen, und die unmoralischen und ungerechten Möglichkeiten der Steuerhinterziehung z. B. durch ominöse Abschreibungsgesellschaften bleiben weiter bestehen. Eine solche Politik verstößt eklatant gegen den Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit, der Ausgewogenheit und der Zumutbarkeit.

All denen, die vom Mißbrauch des sozialen Netzes reden und damit die kleine Sekretärin meinen, die sich arbeitslos meldet, obwohl sie Arbeit finden könnte, oder den Arbeiter, der Freitag blaumacht, all diesen Heuchlern kann ich nur zurufen, beseitigt den Balken in eurem eigenen Auge und beseitigt die Wirtschaftskriminalität eurer Standesgenossen.

35-Stunden-Woche

Laßt mich abschließend noch auf die dritte Säule hinweisen, die neben mehr privaten Investitionen und einem staatlichen Beschäftigungsprogramm nötig ist zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung. Ich meine die Arbeitszeitverkürzung. Nach unstrittigen Berechnungen würden bei einer Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung auf 60 Jahre rund 300 000 Arbeitsplätze frei, und durch die Einführung der 35-Stunden-Woche würden rund 1,1 Mio. neue Arbeitskräfte benötigt. Diese Zahlen beweisen die Wirksamkeit der Arbeitszeitverkürzung, und deshalb müssen wir Gewerkschafter unsere Kraft vor allem in der Tarifpolitik darauf konzentrieren.

Auch in dieser Frage werden wir auf den geschlossenen Widerstand der Arbeitgeber und ihrer Verbündeten in der Politik stoßen, die mit den immer gleichen Parolen gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit agitieren. Davon sollten wir uns nicht beirren lassen. Wenn die Arbeitgeber durch immer rascheren Einsatz neuer Technologien unsere Kollegen arbeitslos machen, anstatt durch arbeitsplatzschaffende Investitionen für neue Produkte zur Erhaltung der Arbeitsplätze beizutragen, dann müssen wir alle dafür kämpfen, daß die weniger gewordene Arbeit auf mehr Schultern verteilt wird. Deswegen hat eine konsequente Arbeitszeitpolitik eine so zentrale Bedeutung in der Tarifpolitik der kommenden Jahre.

Wir müssen und wir werden die ganze Palette arbeitszeitverkürzender Maßnahmen anwenden, beginnend bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit, über die Verlängerung des Jahresurlaubs bis hin zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

Bei all dem, was vor uns steht, brauchen wir unsere Kraft und brauchen wir die Geschlossenheit der Einheitsgewerkschaft. Nur durch die Kraft der Solidarität wird es uns gelingen, Schaden von den Arbeitnehmern abzuhalten.

AUFRUF zum 30. Januar

Zum 30. Januar, dem 50. Jahrestag des Beginns der faschistischen Diktatur, hat eine Reihe bekannter Persönlichkeiten zu Kundgebungen in mehreren Städten aufgerufen. Es soll Entschlossenheit demonstriert werden, daß niemals mehr geschehe, was einst geschah. Der Aufruf, den wir nachfolgend im Wortlaut veröffentlichen, trägt u. a. die Unterschriften solch bekannter Gewerkschafter wie Leonhard Mahlein, Kurt Georgi, Bernd Engelmann, Emil Carlebach, Eckart Spoo und Heinz-Werner Wurstius. Wir rufen unsere Leser auf, dieses Anliegen durch ihre Unterschrift und auch durch Spenden zu unterstützen.

Am 30. Januar 1983 jährt sich zum 50. mal der Tag, an dem auf Drängen rechtskonservativer Kreise, nicht zuletzt von Vertretern der Schwerindustrie, der Hochfinanz und der Generalität, Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde. Er zerschlug als er-

stes die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften, beseitigte die parlamentarisch-demokratische Regierungsform und unterdrückte alle demokratischen Bestrebungen. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen für die sogleich beginnende Kriegsrüstung und die Vorbereitung des geplanten Angriffs zur Eroberung des „Ostraums“. Die Fackelzüge am 30. Januar 1933 waren das Fanal für den Zweiten Weltkrieg.

Wenn wir heute dazu aufrufen, dieses schicksalsschweren Tages zu gedenken, so vor allem, um der möglichen Wiederholung eines solchen Verhängnisses entgegenzuwirken. Unser Volk hat gegenüber der kommenden Generation und den anderen Völkern die Verpflichtung, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Das in Europa, in West und Ost, heute schon stationierte Atomwaffenpotential reicht aus, alles Leben auf unserem Planeten auszulöschen. Jede weitere Stationierung neuer, noch gefährlicherer Atomraketen, insbesondere in unserem Land, erhöht das Risiko totaler Vernichtung.

Heute, wie in den dreißiger Jahren, begründen die Befürworter der Aufrüstung ihre Politik mit demagogischen Phrasen und propagieren ein antikommunistisches Feindbild. In diesem Klima gedeiht der Neonazismus, wächst sein Einfluß auf eine durch Arbeits- und Perspektivlosigkeit verunsicherte Jugend. 38 Jahre nach der Zerschlagung des Hitler-Regimes schüren neonazistische Gruppen Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß, organisieren Terror und Mord, derweil die Behörden nur zögernd, oft zu spät eingreifen und die Gefahr von rechts sträflich verharmlosen.

Der 30. Januar 1933 mahnt uns, dem wiedererwachenden Nazismus entgegenzutreten und zugleich in unserem Widerstand gegen die Politik des Rüstungswahnsinns nicht nachzulassen.

Wir rufen deshalb auf, am Samstag, dem 29. Januar 1983, in Hamburg, Köln, Frankfurt am Main und München in machtvollen Kundgebungen zu demonstrieren:

- für sofortigen Rüstungsstopp in West und Ost,
- gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in unserem Land,
- gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassenhetze,
- für das Verbot aller neonazistischen Parteien und Gruppierungen einschließlich der HIAG und die
- Unterbindung jeglicher nazistischer Propaganda und Kriegsverherrlichung.
- für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten,
- für Abrüstung und Friedenspolitik!

Nie wieder Faschismus — nie wieder Krieg!

Bitte abtrennen und zurücksenden an:
Heinz-Werner Wurstius, Eleonore-Sterling-Str. 24, 6000 Frankfurt/M.

Ich unterzeichne den Aufruf „30. Januar 1933 — 30. Januar 1983“ und bin mit der Veröffentlichung meiner Unterschrift einverstanden.

Name: Vorname:

Anschrift:

Funktionsangabe*): Unterschrift:

*) dient nur zur Information

Spendenkonto: Heinz-Werner Wurstius, Kennwort „Aufruf“, Kto.-Nr. 2 510 6122 00 BfG Frankfurt, BLZ 500 101 11.

AEG-Zusammenbruch dient zur Branchenbereinigung

Mit dem Vergleichsantrag der AEG-Telefunken AG ist den Banken ein entscheidender Schritt zur Durchsetzung ihrer „Problemlösung“ gelungen. Die Zerlegung des Konzerns und die Liquidierung eines Großteils der Betriebe war schon im Sommer fest geplant gewesen (siehe NACHRICHTEN 7/82, S. 8). Sie stieß damals auf heftige Proteste — womöglich stärker als vorausgesehen. Jetzt wird das gleiche vom gerichtlichen Vergleichsverwalter — sozusagen als „höhere Gewalt“ — verordnet. Die Anschlußvergleiche von Küppersbusch, Neff und Zanker, die Stilllegung der Westberliner Motorenproduktion und andere Aktionen erfolgten vordergründig wegen Anordnungen dieses Treuhänders. Dabei darf aber nie vergessen werden: AEG-Telefunken ist nur deshalb in der jetzigen Lage, weil die Banken sie dorthin getrieben haben. Inzwischen zeigt sich nämlich sehr deutlich, daß der Zusammenbruch des Konzerns benutzt wird, um in der westdeutschen Industrie strategische Daten neu zu setzen.

Das öffentliche Bild von AEG-Telefunken ist nach wie vor durch Kühlschränke, Waschmaschinen und Fernseher geprägt. Aber das hat noch nie gestimmt. Schon in den beiden Weltkriegen war der Konzern einer der wichtigsten Rüstungsproduzenten. Heute steht er als Lieferant für die Bundeswehr an dritter Stelle hinter MBB/VFW und Siemens. Vom „Tornado“ über den „Leopard“ bis zu Fregatten und Schnellbooten, von Radarnetzen über Feldtelefone bis zu Raketen und Geschoszündern — an allen modernen Waffenprojekten verdient die AEG. Im Falklandkrieg war die argentinische Marine mit AEG-Torpedos ausgerüstet, und die wirkungsvollen „Exocet“-Raketen waren zwar aus Frankreich geliefert, aber von einer AEG-Tochter mitentwickelt worden.

Genauso ist der Konzern an den meisten neuen Weltraumprojekten — auch solchen der USA — beteiligt. AEG-Telefunken ist nach eigenen Angaben als einzige Firma auf westlicher Seite in der Lage, komplette Stromversorgungssysteme für Satelliten und Weltraumstationen zu liefern. In fast allen Bereichen der modernsten Technologien gehört sie zur Weltspitze: Prozesstechnik, neue Medien (Telematik), Elektronik, Nachrichtenübertragung usw. Diese Bereiche sind der eigentliche Kern des AEG-Konzerns, und hier werden auch hohe Profiteure erzielt. Verluste im laufenden Geschäft gibt es dagegen bei der Unterhaltungselektronik und bei Hausgeräten.

Diese „Zweiteilung“ des AEG-Konzerns in einen Technologie-(Investitionsgüter-)Bereich und einen Konsumsektor bildet den Schlüssel zum Verständnis der Vorgänge um die AEG in den letzten Jahren. Bei elektrotechnischen Konsumgütern bestehen große Überkapazitäten. Der Markt stagniert, u. a. wegen der schrumpfenden Massenkaufkraft. Auf dem Weltmarkt herrschen ausländische Konkurrenten. Deshalb ist dieser Bereich als Anlagensphäre für das Kapital von geringerem Interesse. Ganz anders ist das in den technologischen Sparten.

Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärft sich

1974 brach nicht nur die AEG-Krise aus, sondern auch eine weltweite zyklische Wirtschaftskrise. Bald zeigte sich, daß dahinter eine langfristige Strukturkrise des Kapitalismus wirkt. Wichtigste Merkmale sind die schrumpfende Wachstumsdynamik, dauerhafte Massenarbeitslosigkeit, schlechtere Verwertungsbedingungen für das Kapital auch international. Der Ausweg, den die Monopole suchen, heißt Kostenentlastung im Inneren und Expansion auf den Außenmärkten: Rationalisierung,

Sozialabbau, Reallohnsenkung, Waren- und Kapitalexport. In ähnlicher Weise reagieren die Monopole in den anderen Metropolen des Kapitals. Der Weltmarkt aber stagniert. Das heißt: In den kommenden Jahren wird sich der internationale Konkurrenzkampf gewaltig verschärfen. Gegenwärtig bereiten sich die Konzerne weltweit darauf vor. Riesige Investitionsprogramme laufen, mit dem Ergebnis, daß über kurz oder lang auf vielen Märkten Überkapazitäten bestehen werden. Etlliche Monopole müssen verschwinden.

Das bundesdeutsche Kapital gründet seine sehr starke internationale Stellung auf technologische Spitzenleistungen (z. B. im Werkzeugmaschinenbau). Dafür spielt die Elektrotechnik eine Schlüsselrolle. Die Umstrukturierung dieser Branche ist deshalb besonders dringend. Es geht um die Bereinigung der Konsumgüterproduktion und die Konzentration der Kapazitäten auf modernste Technologien. Der Zusammenbruch der AEG kommt da gerade recht (auch wenn die konkreten Verluste die Betroffenen schmerzen mögen). Er erlaubt das Auf-

Die armen Banken . . .

Angebliche und tatsächliche Verluste der Banken in der AEG-Krise seit 1974 (Zahlen in Mio. DM)

Jahr	Zinseinnahmen		Verluste*	
	Inlands-konzern	Welt-konzern**	Aktien-abwertung	Forderungen-verluste
1974	364	•	—	—
1975	377	•	—	—
1976	344	•	—	—
1977	350	•	—	—
1978	354	•	—	—
1979	343	•	66	—
1980	313	540	—	—
1981	385	696	327	106
1982	?	?	—	1012
Summe	2830	(1236)	393	1118

* Hier werden nur die Summen genannt, die die Banken effektiv zu zahlen hatten, d. h. nach Abzug der 56 Prozent, die als Steuerminderung zu Lasten des Staatshaushalts gehen.

** Wird erst seit 1980 veröffentlicht.

Fazit: Einem „Opfer“ der Banken von 1,5 Mrd. in vier Jahren stehen 1,24 Mrd. Zinseinnahmen allein in den letzten beiden Jahren gegenüber. Seit Ausbruch der Konzernkrise 1974 übersteigen die Zinseinnahmen die Verluste beträchtlich.

räumen rechtzeitig, umfassend und mit dem geringsten politischen Risiko.

Ergebnis des AEG-Vergleichs (oder eines möglichen Konkurses) wird dasselbe sein, was schon im Sommer seitens des Vorstands und der Banken beabsichtigt war:

• Im Konsumgütersektor wird es für Haushaltsgeräte und Unterhaltungselektronik jeweils noch einen nennenswerten Hersteller in der Bundesrepublik geben — Bosch/Siemens und Grundig. Die AEG- und die Telefunken-Betriebe verschwinden.

• Ein Teil der technologischen Kapazitäten von AEG wurde schon an andere Konzerne, meist Siemens und Bosch, verteilt (Atomindustrie, Computer, Bauelemente, Nachrichtentechnik, Werkzeuge, Regeltechnik). Andere werden demnächst verteilt (Verkehrssignaltechnik, Olympia, Motoren).

• Die Rest-AEG wird ein hochspezialisierter Rüstungs- und Raumfahrtkonzern (Rüstungsanteil am Inlandumsatz mindestens 40 Prozent) sein. Das hat auch Bedeutung für die Profitbedingungen der bundesdeutschen Konzerne, denn die militärische Potenz dient im kapitalistischen Wettbewerb zunehmend dazu, die nationalen Gewichte zu bestimmen.

Diese Umstrukturierung der Elektrobranche wird die Profitmöglichkeiten für alle Konzerne in den achtziger und neunziger Jahren verbessert. Sie ist den Banken einen Verlust von einer

REDEN • BESCHLÜSSE • MEINUNGEN •

Milliarde im Zuge des AEG-Vergleichs wert (der Gesamtverlust beträgt 2,3 Mrd., aber 56 Prozent davon zahlt der Staat infolge verminderter Gewinnsteuern der Banken). Außerdem haben die Banken allein 1980/81 1,2 Mrd. Zinsen von der AEG kassiert.

Sozialpolitisch stellt diese Strategie eine absolute Katastrophenpolitik dar. Ähnliche Entwicklungen – vielleicht nicht so dramatisch zugespitzt – drohen auch in anderen Branchen, z. B. in der Automobilindustrie. Dadurch wird die ökonomische Substanz ganzer Regionen zerstört. Olympia beispielsweise hat schon je zwei Werke in Ostfriesland und im Voralpenland und eines in Braunschweig geschlossen – jeweils ökonomische Notstandsgebiete; die beabsichtigte Schließung des Werkes Leer würde für Ostfriesland einer Katastrophe gleichkommen.

Selbstverständnis der Banken

„Alles, was der einzelne Mensch aus eigener Initiative mit den ihm gegebenen Kräften zu leisten vermag, sollte ihm nicht entzogen und der Gesellschaft zugewiesen werden. Alles, was die private Wirtschaft ebenso gut oder besser als der Staat tun kann, sollte ihr überantwortet werden... Eine Politik, die diesen Grundsätzen folgt, rückt wieder näher an die Menschen heran. Sie fördert die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft an die sich fortwährend vollziehenden Veränderungen der Umwelt, beendet den Prozeß der wachsenden Staatsverschuldung, macht Mut zur individuellen Freiheit und bewahrt so die Werte, die die unentbehrliche Grundlage unserer Zivilisation darstellen.“

(Aus einer Anzeige der Deutschen Bank von Sommer 1982)

Trotzdem bleibt festzuhalten, daß die Reaktion der Belegschaften und ihrer Vertretungen insgesamt schwach ist. Schon in den letzten Jahren wurden Zehntausende AEG-Arbeitsplätze vernichtet (54 000 seit Ende 1973), wurden 20 Betriebe stillgelegt, ohne daß mehr als lokaler Widerstand entfaltet worden wäre (der z. T. sogar erfolgreich war – siehe AEG-Kanis). Auch jetzt, wo ein Großteil von 96 000 Arbeitsplätzen akut bedroht wird, ist es der IG Metall trotz gewisser Bemühungen nicht gelungen, eine längerfristig angelegte konzernweite Mobilisierung zu erreichen, geschweige denn Solidarität über den AEG-Bereich hinaus.

Eine wichtige Ursache dafür ist die regionale Zersplitterung des Konzerns: Immer noch besteht AEG-Telefunken aus rund 90 Produktions- und Verwaltungsstandorten in der ganzen Bundesrepublik und Westberlin. Die Führung hat es gut verstanden, die Belegschaften durch Produktionsverschiebungen und anderes gegeneinander auszuspielen. Vor und nach dem AEG-Vergleichsantrag vom 9. August hat es in verschiedenen AEG-Betrieben Protestaktionen, zum Teil mit erstaunlich breiter Mobilisierung gegeben. Demonstrationen und Kundgebungen fanden u. a. in Frankfurt, Tübingen, Leer, Nürnberg, Hamburg, Gelsenkirchen, Oldenburg, Bretten und in Westberlin statt, in Leer gab es einen Warnstreik und in Tübingen einen mehrtägigen Proteststreik. Aber auf die Mehrzahl der Belegschaften ist der Funke nicht übergesprungen.

Durch die lange Dauer der AEG-Krise (sie zieht sich seit November 1974 hin) sind viele Beschäftigte psychologisch „weichgeklopft“ worden. Als im Sommer 1982 ein voller Bankrott drohte, wurde die Nachricht vom Vergleichsantrag dann teilweise mit Erleichterung aufgenommen – vor allem in solchen Standorten, die sich Chancen fürs Überleben ausrechnen.

Als ernsthaftes Problem erwies sich der teilweise geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad (viele AEG-Betriebe liegen in ländlichen Regionen) und die oft starke sozialpartnerschaftliche Orientierung. Der Gesamtbetriebsrat (dessen Vorsitzender Rubke ist seit 1975 stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender) war darauf bedacht, in Geheimverhandlungen mit dem Vorstand und den Banken „das Unternehmen als Ganzes“ zu

retten und dabei weitestgehende Zugeständnisse zu machen. Ende 1979, als bei AEG-Inland schon 25 000 Arbeitsplätze in sechs Jahren abgebaut worden waren, kündigte der damalige Vorstandsvorsitzende Cipa die Vernichtung weiterer 13 000 an. Die IG Metall protestierte heftig (der Gesamtbetriebsrat [GBR] weniger), verweigerte in allen Gremien die Zustimmung, organisierte Aktionen. Cipa ging und Dürr folgte. Mitte 1982, als weitere 29 000 Arbeitsplätze „verschwunden“ waren, erklärte der GBR-Vorsitzende Rubke im Handelsblatt (14. Juli), sein Gremium habe für 1982 schon dem Verlust weiterer 6800 Stellen zugestimmt, und 10 000 zusätzliche müßten folgen.

Die IG Metall hat in den letzten Monaten mehrmals versucht, durch bundesweite Flugblattaktionen in allen AEG-Betrieben zu mobilisieren. Dem entgegen stand allerdings ein Loblied des IGM-Pressesprechers Jörg Barczynski über Heinz Dürr im Handelsblatt vom 8. Juli 1982. Er bezeichnete dort den AEG-Chef als Mann, „der immer wieder seinen guten Willen gezeigt und häufig genug auch in Einzelfragen im Einvernehmen mit der IG Metall gute Lösungen gefunden habe“. Gegen den Vorwurf mangelnder Mobilisierung gegen Arbeitsplatzvernichtung wandte er ein, „daß man nicht gleichzeitig versuchen kann, unter größtmöglicher Schonung des Unternehmens in Verhandlungen mit den Gremien der AEG zu retten, was zu retten ist, und dann parallel dazu die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Das ist nicht unser Stil. Mitbestimmung findet im Unternehmen statt und nicht in Presseartikeln.“

Auch aufgrund solcher Erfahrungen herrscht augenblicklich in den AEG-Betrieben angesichts der Wucht des Angriffs oft Ratlosigkeit und Resignation vor. Der drohende Konkurs verunsichert zusätzlich. Man sieht keine Kraft, die das Unheil noch abwenden könnte. Daß die IG Metall nicht in der Lage ist, sich als solch eine Kraft zu profilieren, dürfte die schlimmste Auswirkung der AEG-Konzernkrise auf die Arbeiterbewegung sein. Es bleibt zu hoffen, daß diese Entwicklung Anlaß zu neuen Überlegungen gibt, denn ähnliche „Umstrukturierungen“ (sicher in anderer Form) stehen auch in anderen Industriezweigen bevor.

Gert Hautsch

IG Metall stellt „Unternehmer auf den Prüfstand“

Unter diesem Motto begann Mitte August die IG Metall in Baden-Württemberg eine Aktion in allen Betrieben, mit der die Mitgliedschaft auf die Lohn- und Gehaltsrunde 1983 vorbereitet werden soll. Ziel dieser Aktion ist es u. a., das Unternehmerargument zu widerlegen, daß durch Lohnverzicht neue Arbeitsplätze geschaffen werden. In allen Betrieben werden Plakate unter der Losung „Unternehmer auf dem Prüfstand – wo bleiben unsere Arbeitsplätze?“ ausgehängt. Dadurch soll sichtbar gemacht werden, wie sich parallel zu den Reallohnverlusten von 1981 und 1982 die konkrete Zahl der Arbeitsplätze im Betrieb entwickelt hat. Drei weitere Flugblätter sollen folgen, wobei das letztere die Lohn- und Gehaltsforderung für die Tarifrunde zum Inhalt haben soll. Wir dokumentieren nachfolgend ein vom Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleiter Franz Steinkühler unterzeichnetes Rundschreiben und veröffentlichen das Faksimile des oben angeführten Plakats, das auch allen Verwaltungsstellen der IG Metall im Bundesgebiet zugeleitet wurde. Diese Aktion wäre auch für andere DGB-Gewerkschaften empfehlenswert.

P.

Nach sechsmonatiger Laufzeit des Tarifvertrages zieht die IG Metall, Bezirksleitung Stuttgart, Bilanz: Die IG Metall forderte für das Jahr 1982 eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 7,5 Prozent im Volumen. Die Forderung berücksichtigte einerseits die zu erwartende Produktivitätssteigerung und hatte zum

(Fortsetzung S. 22)



UNTERNEHMER AUF DEM PRÜFSTAND

Die Unternehmer behaupten:

Lohnverzicht schafft zusätzliche Arbeitsplätze

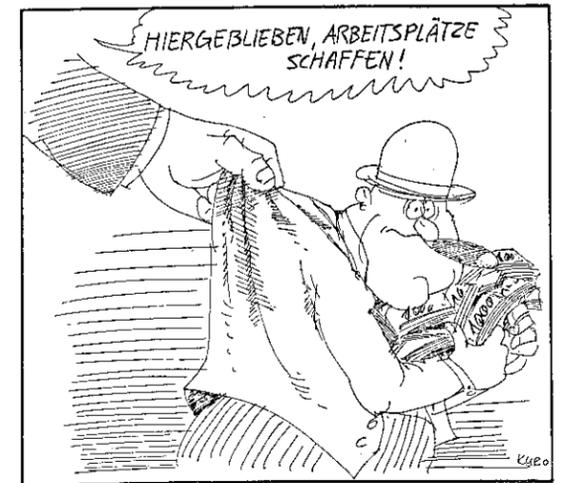
Die IG Metall weist nach: Nach zwei Jahren Reallohnsenkung, nach zwei Jahren Senkung der Kaufkraft, wird die Arbeitsplatzvernichtung immer bedrohlicher.

Wir prüfen jetzt jeden Metallbetrieb:

Wir informieren die Öffentlichkeit über jeden vernichteten Arbeitsplatz

Im Betrieb / Unternehmen _____ hat sich die Zahl der Arbeitsplätze wie folgt entwickelt:

	Arbeiter	Angestellte	Gesamt	Zunahme/ Abnahme
Januar '81				
Januar '82				
Mai '82				
November '82				



IG Metall - Bezirk Stuttgart

Verantwortlich: Franz Steinkühler, IG Metall Bezirksleitung, Wül-Bleicher-Straße 20 Gestaltung: J.Groß

zweiten das Ziel, die Kaufkraft der Arbeitnehmereinkommen zu erhalten. Die Metallindustrie lehnte diese Forderung ab und erklärte, eine Lohnerhöhung, die die Preissteigerungsrate ausgleicht, sei zwar sozial wünschenswert, doch wirtschaftspolitisch nicht vertretbar. Die Lohnerhöhung müsse unter der Preissteigerungsrate bleiben, um folgende wirtschaftliche Ziele zu erreichen:

1. Eine Lohnerhöhung unter der Preissteigerungsrate stärkt die Ertragskraft der Unternehmen und führt zu einem Anstieg der Investitionstätigkeit.
2. Mit steigenden Erträgen und zunehmender Investitionstätigkeit wird ein reales wirtschaftliches Wachstum eintreten.
3. Investitionstätigkeit und Wirtschaftswachstum führen zu zusätzlichen Arbeitsplätzen und bauen die vorhandene Arbeitslosigkeit ab.
4. Ein Lohnanstieg unterhalb der Preissteigerungsrate führt zu einem Absinken der Kosten, dies schlägt sich wiederum in der Preissteigerungsrate durch und sei somit die einzige Gewähr, das Absinken des Reallohns zu verhindern.

Wir hatten dieser Ideologie entgegengehalten, daß ein weiteres Absinken des Reallohns nicht nur sozial unverträglich sei, sondern darüber hinaus auch negative wirtschaftspolitische Wirkungen hervorruft. Insbesondere sei abzusehen, daß:

1. eine weitere Senkung der Kaufkraft die Inlandsnachfrage erneut stark trifft, was höchstwahrscheinlich dazu führt, daß auch 1982 kein Wirtschaftswachstum entsteht,
2. die mangelnde Nachfrage eine nachhaltig schlechte Auslastung der Kapazitäten bewirkt und deshalb die Unternehmer nicht zu zusätzlichen Erweiterungsinvestitionen veranlaßt werden,
3. diese zu erwartende Gesamtentwicklung nicht zur Zunahme von Arbeitsplätzen, sondern im Gegenteil zum weiteren Abbau von Arbeitsplätzen führt,
4. ein Absinken der Preissteigerungsrate unter die Lohnerhöhung nicht zu erwarten sei, da die Preisbildung am Markt nicht primär eine Frage der Kosten, sondern in erster Linie eine Frage der Preisdurchsetzungsfähigkeit am Markt ist.

Jetzt, sechs Monate nach Inkrafttreten des Tarifvertrags, in dem wir unsere berechtigten Forderungen nicht durchsetzen konnten, gilt es, die unternehmerischen Absichtserklärungen, Beteuerungen und Versprechungen an der Praxis zu messen.

Wirtschaftswachstum

Im Jahre 1981 weist die Entwicklung des realen Bruttosozialprodukts nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung schon ein Minus von 0,3 Prozent aus. 1982 ist abzusehen, daß erneut kein Wachstum eintritt, das Kieler Wirtschaftsinstitut prognostiziert sogar einen Rückgang von 0,5 Prozent. Über diese sich real vollziehende Entwicklung können auch die zweckoptimistischen Erklärungen des Wirtschaftsministers Lambsdorff nicht hinwegtäuschen. Wie abzusehen war, verstärkt der Reallohnabbau den Rückgang der inländischen Nachfrage. 1981 nahm die inländische Nachfrage um 1 Prozent ab, 1982 schätzt die OECD eine erneute Abnahme von 1,5 Prozent. Allein die außergewöhnlich starken Exportzusätze (2. Halbjahr 1981 plus 15 Prozent, 1. Halbjahr 1982 plus 10 Prozent) haben ein noch stärkeres Absinken des gesamtwirtschaftlichen Wachstums verhindert.

Investitionstätigkeit

Obwohl der Staat zusätzlich Investitionen mit einer Investitionszulage von 10 Prozent honoriert, ein Geschenk, das die Metallindustriellen während der Tarifrunde noch gar nicht erhoffen konnten, erweisen sich ihre Investitionszulagen bei Überprüfung als Schall und Rauch. Die privaten Investitionen

sind sowohl 1981 als auch 1982 stark rückläufig. Nach DIW betragen die Investitionstätigkeiten 1981 für Ausrüstungen minus 3 Prozent, für Bauten minus 3,5 Prozent. 1982 schätzt das DIW für Ausrüstungen minus 3 Prozent, für Bauten minus 6,5 Prozent. In dieser geringen Investitionstätigkeit drückt sich zum einen die schlechte Kapazitätsauslastung aufgrund der geringen Nachfrage aus, zum anderen führt die hohe Zinsrate, die in vielen Bereichen höher als die zu erwartende Profitrate ist, dazu, daß zusätzliche Erträge eben am Kapitalmarkt angelegt werden, da die Rendite dort höher ist.

Da bei einem erheblichen Defizit des Staatshaushalts eine weitere Zinssenkung unwahrscheinlich ist, ist im übrigen davon auszugehen, daß zusätzliche Erträge vor allem zur Verringerung des Fremdkapitals benutzt werden, um die Zinsbelastung abzubauen. Dies zumindest solange, wie ein Nachfrageimpuls fehlt und damit eine weitere geringe Kapazitätsauslastung programmiert ist. Auch die staatlichen Investitionen werden mit Sicherheit keine stabilisierende Wirkung haben. Ausgelöst durch den Rückgang der Primäreinkommen und verstärkt durch die enormen Steigerungen der Kosten für Arbeitslosigkeit sowie weiter steigende Rüstungsausgaben, ist ein Impuls durch staatliche Investitionen nicht anzunehmen. Das DIW prognostiziert vielmehr einen Rückgang der staatlichen Investitionen von 8,5 Prozent für 1982.

Preisentwicklung

Der niedere Lohnabschluß von 4,2 Prozent hat, und das war für jeden vernünftig Denkenden abzusehen, natürlich nicht zu einer Kaufkraftsicherung geführt, vielmehr hat die Preissteigerungsrate auch in der ersten Hälfte 1982 erheblich über den Lohnabschlüssen gelegen. Die Preissteigerungsrate in Baden-Württemberg hat sich wie folgt entwickelt:

Januar	6,0 Prozent
Februar	5,9 Prozent
März	5,2 Prozent
April	5,0 Prozent
Mai	5,4 Prozent
Juni	6,1 Prozent

Niemand kann ernstlich annehmen, daß die Preissteigerungsrate für das Jahr 1982 im Schnitt unter 4,2 Prozent fällt, auch hier erweist sich, daß die Unternehmerargumentation, Lohnabschlüsse unterhalb der Preissteigerungsrate sichern die Kaufkraft, wie eine Seifenblase zerplatzt.

Entwicklung der Arbeitsplätze

Die Unternehmerrhetorik, daß Lohnzurückhaltung zusätzliche Arbeitsplätze schaffe, bricht bei einer praktischen Überprüfung dieser These in sich zusammen. In den Tarifrunden 1980/81 und 1981/82 haben wir schon beim Erstellen der Forderung auf eine Umverteilungskomponente verzichtet. In die Forderung floß nur ein Zuwachs der Preissteigerungsrate und der Produktivität. Wir forderten in der Tarifrunde 1980/81 einen Lohnzuwachs von 8 Prozent. Heute können wir die Entwicklung in 1981 überprüfen, die Preissteigerungsrate betrug 5,9 Prozent, die Produktivität in der metallverarbeitenden Industrie betrug 3,3 Prozent. Unsere Forderung blieb also, rückblickend betrachtet, hinter der realen Entwicklung zurück.

Doch die Unternehmer beteuerten jeweils, der Ausgleich der Preissteigerungsrate und der Zuwachs der Produktivität könnten von ihnen nicht akzeptiert werden, es bedürfe vielmehr einer Umverteilung zugunsten ihrer Gewinne als notwendige Voraussetzung für Investitionen und zusätzliche Arbeitsplätze. Wir konnten unsere verteilungspolitisch neutrale Forderung weder 1980/81 noch 1981/82 durchsetzen.

Was wurde aus dem Versprechen der Unternehmer, neue Arbeitsplätze zu schaffen? Der Unterschied zwischen Abschluß und Forderung betrug in der vorletzten Tarifrunde 3,1 Prozent. Der Unterschied zwischen Abschluß und tatsächlicher Ent-

wicklung der Preissteigerungsrate und der Produktivität sogar 4,3 Prozent. Die jährliche Lohn- und Gehaltssumme der Metallindustrie in Baden-Württemberg betrug im Jahre 1980 DM 35,2 Milliarden.

4,3 Prozent aus DM 35,2 Milliarden sind 1,5 Milliarden.

3,1 Prozent aus DM 35,2 Milliarden sind 1,1 Milliarden.

Selbst wenn wir unterstellen, daß ein Teil der Preissteigerungen auf Außenhandelspreise fällt und wir nur die Differenz zwischen unserem kostenneutralen Forderungsvolumen und dem Abschluß zugrunde legen, stand rechnerisch ein zusätzlicher Betrag von 1,1 Milliarden DM zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen zur Verfügung. Die durchschnittlichen Investitionskosten für einen zusätzlichen Arbeitsplatz setzten die Unternehmer in der Vergangenheit mit DM 80 000 an. Nach der Ideologie der Unternehmer müßten also mindestens 13 750 zusätzliche Arbeitsplätze im Jahr 1981 von der Metallindustrie Baden-Württemberg geschaffen worden sein.

Wie schaut die Arbeitsplatzentwicklung in der Metallindustrie Baden-Württembergs tatsächlich aus?

Ende 1980 betrug der Beschäftigtenstand in der Metallindustrie Baden-Württembergs 986 373.

Ende 1981 betrug der Beschäftigtenstand in der Metallindustrie Baden-Württembergs 969 551.

Unser Lohnopfer 1981 hat, bezogen auf Baden-Württemberg, keine Ausdehnung der Arbeitsplätze gebracht, die Arbeitsplätze wurden vielmehr um 16 822 verringert.

Der erzwungene Kaufkraftrückgang über die Senkung des Reallohns hat also weder zu Wirtschaftswachstum noch zu mehr Investitionen, noch zu einer Zurückhaltung der Preisentwicklung und schon gar nicht zu zusätzlichen Arbeitsplätzen geführt. Insbesondere den letzten Punkt möchten wir in einer gezielten Aktion in möglichst vielen Betrieben auch einer breiten Öffentlichkeit dokumentieren. Deshalb unsere Aktion „Unternehmer auf dem Prüfstand 1982“.

Aktion „Unternehmer auf dem Prüfstand 1982“

Ziel unserer Aktion für das Jahr 1982 ist, den Kollegen in möglichst vielen Unternehmen aufzuzeigen, daß Lohnzurückhaltung nicht Sicherung der Arbeitsplätze bedeutet. Bezogen auf die Metallindustrie Baden-Württembergs ergibt sich für 1982 folgende Ausgangssituation: In unserer Tarifforderung haben wir erneut auf eine Umverteilungskomponente verzichtet und nur den Zuwachs der zu erwartenden Preissteigerung und der zusätzlichen Produktivität in unserer Forderung berücksichtigt. Wir konnten unsere Forderung nicht realisieren. Die Differenz zwischen dem Abschluß und unserem verteilungspolitisch neutralen Forderungsvolumen betrug 3,3 Prozent. Die Lohn- und Gehaltssumme der Metallindustrie Baden-Württembergs war im Jahre 1981 DM 36,5 Milliarden. Messen wir nun die Unternehmer wieder an ihrem eigenen Argument, daß zusätzliche Gewinne zusätzliche Investitionen und schließlich zusätzliche Arbeitsplätze erbringen, so ergibt sich für die Unternehmer der Metallindustrie Baden-Württembergs 1982 folgende Zielvorgabe:

3,3 Prozent aus der jährlichen Lohn- und Gehaltssumme sind DM 1,2 Milliarden. Teilen wir diesen Betrag durch die durchschnittlichen Investitionskosten eines neuen Arbeitsplatzes von DM 80 000, so ergibt sich die Zielvorgabe von zusätzlich 15 000 Arbeitsplätzen in der Metallindustrie Baden-Württembergs für das Jahr 1982. Zu befürchten ist allerdings die Fortsetzung der Entwicklung für das Jahr 1981, nämlich einen weiteren Rückgang der Arbeitsplätze. Diesen Vorgang möchten wir für alle Mitglieder in den Betrieben sichtbar machen. Wir fordern deshalb die Verwaltungsstellen auf, den Beschäftigtenstand in allen Betrieben mit Betriebsräten, getrennt nach Arbeitern und Angestellten, für folgende Termine zu erheben:

1. 31. Januar 1981
2. 31. Januar 1982
3. 31. Mai
4. 30. November

Für die Betriebe, aus denen uns die Lohn- und Gehaltssumme bekannt ist, können die Verwaltungsstellen selbst – entsprechend unserem obigen Beispiel – Zielvorgaben für zusätzliche Arbeitsplätze formulieren. Diese Aktion „Unternehmer auf dem Prüfstand“ – wo bleiben unsere Arbeitsplätze? muß sowohl im einzelnen Betrieb als auch im Rahmen der Verwaltungsstellen öffentlichkeitswirksam dargestellt werden. Ein Plakat für die Darstellung der Aktion wurde von der Bezirksleitung entwickelt.

Zum 50. Jahrestag des Beginns der faschistischen Diktatur

Am 30. Januar 1933 nahm in Deutschland, begünstigt durch die Spaltung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die faschistische Diktatur ihren Anfang. Die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wiegte sich in der Hoffnung auf ein Arrangement mit den neuen Herren. Der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart begegnete den Forderungen nach Aktionen gegen die faschistische Regierung am 31. Januar mit den Worten: „Daß die deutsche Arbeiterschaft... sich gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten in unmittelbarer Aktion zur Wehr setzen würde, ist menschlich begreiflich, aber sachlich falsch. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Gewerkschaften die Interessen der deutschen Arbeiterschaft schädigen würden, wenn sie diesen Impulsen nachgeben würden.“

In den folgenden Monaten häuften sich die Übergriffe auch gegen Gewerkschafter. Wie in dem Mitte August der Presse vorgestellten Buch zum 50. Jahrestag des Frankfurter Gewerkschaftshauses mit dem Titel „Haus der Besitzlosen“ berichtet wird, habe der damalige Sekretär des ADGB-Bundesvorstands, Hermann Schlimme, der 1945 zu den Mitbegründern des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in der heutigen DDR gehört, am 5. April in einem mehrseitigen Brief an Hindenburg die Übergriffe gegen Gewerkschafter, ihre Organisationen und ihr Eigentum aufgelistet. Erwähnt ist in diesem Schreiben auch die am 1. April 1933 erfolgte Besetzung des Frankfurter Gewerkschaftshauses durch eine SA-Formation.

Welche Illusionen die ADGB-Führung hatte, wird an folgendem, in dem Buch genannten Fakt deutlich: „Ein wesentlicher Teil des Gewerkschaftsvermögens in Frankfurt war von einigen Mitgliedern nach der Reichstagswahl am 5. März und dem unterbliebenen bewaffneten Widerstand nach Österreich und in die Schweiz verbracht worden. Da die Frankfurter Gewerkschaftsführung jedoch verlangt hatte, daß die Gelder wieder nach Frankfurt zurückgebracht werden sollten, fielen sie am 2. Mai den Nazis in die Hände.“

Was folgte, ist bekannt. Die ADGB-Führung rief 1933 zur Teilnahme an den Feiern zum 1. Mai, der von der faschistischen Regierung zum gesetzlichen „Feiertag der nationalen Arbeit“ bestimmt worden war, auf. Einen Tag später, am 2. Mai, wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt, die Vermögen beschlagnahmt, Gewerkschafter eingesperrt und gefoltert.

Diese 50. Jahrestage, die Erinnerungen an Chaos und millionenfachen Tod heraufbeschwören, werden in vielen Gewerkschaftsorganisationen mit Veranstaltungen begangen. Auch

der DGB-Bundesvorstand, das war auf Anfrage bei der Pressestelle zu erfahren, plant zum 2. Mai zentrale Veranstaltungen. Genaues sei jedoch noch nicht festgelegt. Konkreter sind die Planungen in Hessen. Hier sollen in allen 16 DGB-Kreisen von Januar bis Mai 1983 Ausstellungen gezeigt werden. Zwei zentrale Veranstaltungen — eine in Nord- und eine in Südhessen — sind geplant. Darüber hinaus werden diese Jahrestage zu Themen gewerkschaftlicher Bildungsveranstaltungen.

Auch NACHRICHTEN wollen zu den Jahrestagen in einer Serie ihren Lesern historische Fakten vermitteln und die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen. Und gerade auf diese Lehren kommt es an. Nicht ohne Sorge sehen gestandene Gewerkschafter das Wiederaufleben des Neonazismus im Zusammenhang mit dem Generalangriff der vereinigten Unternehmer auf den Lebensstandard und erkämpfte demokratische Rechte.

Beginnend mit dieser Ausgabe wird bis Mai des nächsten Jahres in jeder Ausgabe dazu ein Artikel erscheinen. U. a. werden Gewerkschafter, die die bittere Zeit miterlebt haben, über ihre Erlebnisse berichten. Ziel soll es sein, besonders die jungen Gewerkschafter auf die Bedeutung der Einheitsgewerkschaft hinzuweisen, die es — wie der schon legendäre Gewerkschaftsfunktionär Willi Bleicher einmal ausdrückte — wie einen Augapfel zu hüten gilt.

In dieser Ausgabe veröffentlichen wir nachfolgend Auszüge aus dem Referat, das der Historiker Josef Schleifstein auf einer Ende Februar in Frankfurt stattgefundenen Konferenz zum Thema „Einheitsgewerkschaft: historische Quellen, Grundlagen und aktuelle Probleme“ gehalten hat. Das gesamte Referat ist in dem gleichnamigen Buch enthalten, das Anfang September in unserem Verlag erschienen ist. Darüber hinaus dokumentieren wir Auszüge aus einem Diskussionsbeitrag des Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleiters auf dem 12. DGB-Kongreß, in dem Steinkühler „geschichtlichen Parallelen“ nachgeht.

G. M.

Josef Schleifstein

Für die spätere Bildung der Einheitsgewerkschaften werden die letzten Monate der Weimarer Republik oft als historische Quelle genannt. Zugunsten derer, die diese Version verbreiten, muß man annehmen, daß sie sich nicht wirklich mit den historischen Tatsachen vertraut gemacht haben. Denn in Wahrheit erweisen sie sich damit selbst einen schlechten Dienst. Heinz Oskar Vetter hat auf dem 4. außerordentlichen DGB-Kongreß u. a. erklärt, die Kommunisten seien „abseits“ geblieben, als „am Ende der Weimarer Republik die Gespräche über die Vereinigung der Gewerkschaften“ begannen.

Zunächst waren es nicht die Kommunisten, die sich von Verhandlungen ausschlossen, sondern es waren die handelnden Führer des ADGB, der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die die Kommunisten bewußt ausschlossen, weil es nämlich nicht um eine selbständige Einheitsgewerkschaft, sondern um den von vornherein zum Scheitern verurteilten Versuch ging, sich durch Lossagung von den Weimarer politischen Parteien und durch Anpassung an die „nationale“ Volksgemeinschaftsideologie der Nazis eine legale Scheinexistenz unter den Faschisten zu erkaufen.

Und die Gespräche fanden nicht „am Ende“, sondern nach dem Ende der Weimarer Republik statt, als der Nazifaschismus bereits an der Macht war. Was es vorher gegeben hat, war eine durch die Metallarbeiterzeitung begonnene Diskussion, in der, wie es in der von H. O. Vetter mit einem Vorwort versehenen historischen Dokumentation über Grundlagen der Einheitsgewerkschaft heißt, „Bekanntnisse, Überlegungen, Appelle und Absichtserklärungen“ geäußert wurden.

Die eigentlichen Gespräche und Verhandlungen über eine Einigung und Vereinigung des ADGB, der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sind der unmittelbare Ausdruck des Versuchs, durch Anpassung und „nationale“ Ideologie eine Existenz unter dem Naziregime zu erlangen.

Was die ADGB-Gewerkschaften betrifft, so lassen sich die Stationen dieses Wegs nicht besser skizzieren, als das der gewiß militante Antikommunist und Antimarxist Gerhard Beier 1973 im „Archiv für Sozialgeschichte“ (Band XII, S. 207 ff.) getan hat. Im Februar und März 1933 veröffentlichten Theodor Leipart und Lothar Erdmann in den ADGB-Organen Artikel, in denen eine Wandlung der freien Gewerkschaften hin zu „Volk und Staat“, hin zur „Nation“ angeboten wurde; Erdmann deutet diese Wandlung als „Weg zur Ordnung und Partnerschaft, zu Staat und Nation“ (ebenda S. 226), von Republik und Demokratie war nicht mit einem Wort mehr die Rede.

Der entscheidende programmatische Markstein dieser Anpassungsperiode ist die Erklärung des Bundesvorstands des ADGB vom 20. März, die der ADGB-Vorsitzende am 21. März Hitler zuleitete und in der u. a. folgende Positionen festgehalten waren: Zusammenarbeit mit den Unternehmerorganisationen über das tarifliche Gebiet hinaus; Anerkennung der staatlichen Aufsicht über die Gewerkschaften; Verzicht auf die Einwirkung auf die staatliche Politik; Bereitschaft, die „Form der Organisation“ zu ändern, was bald darauf in einem Artikel der „Gewerkschafts-Zeitung“, dem ADGB-Organ, als Bereitschaft zum Zusammenschluß mit den anderen Gewerkschaften gedeutet wurde. Am 13. April kam es dann zu Verhandlungen zwischen Vertretern des ADGB-Vorstands und der Betriebszellen-Organisation NSBO der Nazi-Partei. G. Beier kommentiert den Kurs des ADGB-Vorstands seit dem Februar 1933 wie folgt: „Das neue Ziel lag in Richtung einer ‚nationalen Volksgewerkschaft‘ mit mehr oder weniger faschistoiden Zügen. Dabei muß offenbleiben, was bei diesem neuen Kurs nur taktisches Manöver, was womöglich echter Gesinnungswandel war.“ (ebenda S. 228)

Franz Steinkühler

Es drängt sich die Frage auf, ob nicht tatsächlich mit zunehmender Arbeitslosigkeit in dieser Republik der Sozialstaat, der grundgesetzlich geschützte Sozialstaat, genauso wie der Rechtsstaat zur Disposition steht. Und es lohnt sich schon, wie ich meine, an dieser Stelle geschichtlichen Parallelen wenigstens ein bißchen nachzugehen, um vielleicht zu verhindern, daß sich Geschichte wiederholt. Es war ja alles schon einmal da. Am 27. November 1929 — entschuldigt, wenn ich daran erinnere — beschloß der Deutsche Reichstag, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3 auf 3 1/2 Prozent befristet anzuheben. Die Folgen kennt ihr alle, ich brauche darüber nicht zu reden. Und es blieb nicht dabei. In weiten Bereichen wurden Sozialleistungen damals entscheidend gekürzt. Damals aber wie heute war die soziale Versicherung, die soziale Sicherung, kein Versprechen, auf das die Arbeitnehmer in schlechter werdenden Zeiten bauen konnten. Damals wurde das soziale System demontiert, heute hat die soziale Demontage begonnen. Damals hat das den demokratischen Staat das Leben gekostet...

Und heute werden ganz offensichtlich die Grenzen ausgelotet, wie weit die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften zurückgedrängt werden können, wie weit versucht werden kann, den Sozialstaat zu demontieren, ohne seinen Zweck zu gefährden, nämlich den inneren Frieden zu erhalten. Ich glaube, es bedarf keiner prophetischen Gabe, um vorauszu sehen, daß die Löcher im Staatshaushalt nicht kleiner, sondern größer werden. Und ich glaube, wer Ohren hat zu hören und Augen hat zu lesen, der muß begreifen, daß die Generalstäbe der Gegenseite ihren Angriff bereits systematisch und planmäßig vorbereitet haben. Da werden die Karenztage wieder ins Gespräch gebracht, da wird die bruttolohnbezogene Rente zur Disposition gestellt, da sollen die Kuren eingeschränkt werden, da soll die freie Arztwahl beschränkt werden, da soll in Zukunft teilweise krank geschrieben werden können, und da soll den Behinderten ans Leder gegangen werden. Ich will ganz gewiß historische Parallelen nicht strapazieren in dem Sinne, daß alles schon einmal dagewesen sei. Aber die Entwicklung heute erinnert mich eben fatal an Weimarer Zeiten, die ich Gott sei Dank nicht miterleben mußte.

„Kanzlerflügel“ unterlag: Siegfried Pommerenke gewählt

Mit einer Mehrheit von 59 bei 93 gültigen Stimmen ist am 21. August Siegfried Pommerenke (48) zum neuen Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg gewählt worden. Das Votum der 2. außerordentlichen Landesbezirkskonferenz für den bisherigen 1. Bevollmächtigten der IG-Metall-Verwaltungsstelle Heidenheim fiel damit eindeutiger aus, als die meisten Beobachter erwartet hatten. Sein Gegenkandidat, der GEW-Landesvorsitzende Siegfried Vergin, erhielt 40 Stimmen, obwohl ihm die Unterstützung des „Kanzlerflügels“ in allen Gewerkschaften als sicher galt.

Nach einer Lehre als Möbelschreiner arbeitete Pommerenke von 1952 bis 1966 als Dreher bei der Firma Voith Getriebe KG in Heidenheim. Von 1961 bis 1966 war er dort Betriebsrat bzw. Betriebsratsvorsitzender. 1966 wurde er zunächst zweiter und ab 1971 erster Bevollmächtigter der IGM-Verwaltungsstelle Heidenheim. Seit 1965 gehört er der SPD an. Als Landtagsabgeordneter seit 1977 ist Pommerenke vor allem durch seinen Einsatz gegen die Berufsverbote bekannt geworden.

Bei seiner Vorstellung als Kandidat warnte Pommerenke vor dem „Rüstungswahnsinn“ und nannte es einen Skandal, daß 46 Milliarden Mark in die Rüstung gesteckt werden, während es am Geld zur Lösung dringlicher sozialer Probleme fehlt. „Solange es Arbeitslosigkeit und Ungerechtigkeit gibt, kann die Welt nicht in Ordnung sein“, umriß er seine Haltung. Sein Gegenkandidat Vergin glaubte sich hingegen den Delegierten besonders dadurch empfehlen zu müssen, daß er es sich als Verdienst anrechnete, während seiner Tätigkeit als Lehrer in der DDR (bis 1955) solange wie nur möglich nicht dem FDGB angehört zu haben...

Vor der Abstimmung setzte sich IGM-Bezirksleiter Franz Steinkühler für die Wahl Pommerenkes ein; nicht weil dieser aus der IG Metall komme oder von dieser vorgeschlagen worden sei, sondern im Hinblick auf die bevorstehenden sozialpolitischen Auseinandersetzungen. Da bedürfe es eines Mannes an der Spitze des DGB, mit dem sich die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten identifizieren könne. Steinkühler wies auch auf die Einseitigkeit hin, die sich ergeben hätte, wenn neben den beiden stellvertretenden DGB-Landesvorsitzenden Manz und Künstler nunmehr auch noch der Landesvorsitzende selbst aus einer Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes gekommen wäre.

Diese Landesbezirkskonferenz hat einmal mehr den sich vertiefenden Graben zwischen gewerkschaftlichen Forderungen und Politik der SPD-Führung sicht-

bar gemacht. Auch der scheidende DGB-Landesbezirksvorsitzende Lothar Zimmermann, der in den geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB überwechselte, nahm in dieser Hinsicht kein Blatt vor den Mund. In seinem Referat unter dem Titel „Gewerkschaftliches Handeln in der Krise“ ging er scharf mit der Bonner Sparpolitik zu Lasten der Lohn- und Gehaltsabhängigen ins Gericht. Zugleich warnte Zimmermann die Gewerkschaften davor, sich aus falsch verstandener Solidarität mit der sozialdemokratisch geführten Regierung in den Strudel der Krise mit hineinziehen zu lassen: „Wir werden als Deutscher Gewerkschaftsbund, und ich bin mir der Zustimmung der anwesenden Vertreter aller Gewerkschaften sicher, gegen die Pläne der Haushaltsanierungen 1983 kämpfen, weil es dringend geboten ist, diesem Weg ein Ende zu setzen. Wir können nicht offenen Auges zusehen, bis sich die Belastungen gegenüber den Arbeitnehmern noch mehr verdichten, während die positiven Wirkungen auf sich warten lassen. Und wir können nicht zusehen, daß die Gewerkschaftsbewegung in diese Krise mit hineingezogen wird.“

In der schriftlich vorliegenden Fassung seiner Rede — Zimmermann ließ beim mündlichen Vortrag etliche Passagen aus — hieß es an dieser Stelle weiter: „Der Herbst wird heiß, wenn die Pläne der Bundesregierung nicht revidiert werden. Niemand von uns, den Funktionären der Gewerkschaftsbewegung, ist noch in der Lage, Arbeitnehmern deutlich zu machen, daß die vorgesehenen Maßnahmen auch nur im entferntesten vernünftig sind, so daß es sich lohnen würde, in eine auch unpopuläre Verteidigungsposition zu gehen.“

Nach Zimmermanns Worten stehen die Gewerkschaften jetzt vor der Aufgabe, neue Kampfzettel zu entwickeln und durchzusetzen, um die bevorstehende „knallharte Konfrontation“ in der Tarifpolitik bestehen und den Tabukatalog der Unternehmer durchbrechen zu können. U. L.

Minister bekam Zunder

Um es vorwegzunehmen: Der diesjährige Jugendtag des hessischen DGB unter dem Motto „Frieden schafft Arbeitsplätze“ vom 13. bis 15. August im landschaftlich reizvoll gelegenen Breidenbach wurde ein voller Erfolg. Rund 1500 junge Gewerkschafter — das waren viermal soviel wie 1979, als nach rund 15jähriger Pause diese Tradition der Landesjugendtreffen wiederbelebt wurde — hatten in der Zeitstadt ein umfassendes Programm für junge Leute mit Workshops, Rock und Sportwettkämpfen auf die Beine gestellt.

Und nicht zu vergessen die vielen Diskussionsforen. Im Mittelpunkt stand die Erhaltung des Friedens. Einhellig abgelehnt wurde die geplante Bestückung unseres Landes mit NATO-Raketen. Junge Drucker fertigten Antikriegs-plakate, und in Ausstellungen wurden die Greuel von Faschismus und Krieg dargestellt. Nicht zuletzt nutzten arbeitslose junge Gewerkschafter die Gelegenheit, um auf Aktionen zu orientieren.

Armin Clauss, hessischer Sozialminister, hatte in der Diskussion keinen leichten Stand. Von allen Seiten bekam er wegen seiner Versuche, die Bonner und Wiesbadener Politik reinzuwaschen, Zunder. Entgegengehalten wurden ihm die Sozialdemontage einerseits und die Begünstigungen der Unternehmer andererseits. Aufgezeigt wurde auch der Zusammenhang zwischen verstärkter Aufrüstung und wachsender Arbeitslosigkeit. Das drückte treffend eine junge arbeitslose Lehrerin mit folgenden Worten aus: „Immer, wenn ich einen Starfighter sehe, denke ich, da fliegt meine Planstelle.“

Diskutiert wurden u. a. die Situation der Auszubildenden im Einzelhandel sowie die Einschränkungen demokratischer Rechte. Anhand seines eigenen Falles machte ein vom Berufsverbot bedrohter Postler klar, mit welcher hirn-rissigen und fadenscheinigen Argumenten unter einem sozialdemokratischen Postminister grundgesetzlich verbriefte Rechte mit Füßen getreten werden.

Trotz der eigenen Probleme räumten die jungen Gewerkschafter der internationalen Solidarität einen großen Stellenwert ein. Interessiert verfolgten sie die Schilderungen türkischer und chilenischer Gewerkschafter über die Situation in diesen Ländern. Teilnehmer einer DGB-Jugenddelegation, die unlängst in Nicaragua waren, berichteten von den Bemühungen beim Aufbau eines neuen Lebens. Zur Unterstützung wurden rund 4000 DM gesammelt bzw. durch den Verkauf von Plakaten usw. erzielt. G. M.

Problem des DGB-Rechtsschutzes: die personelle Unterbesetzung

Der Vorstand der IG Metall wird erneut aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, eine wirklich ausreichende Prozeßvertretung durch die Rechtsabteilungen des DGB zu gewährleisten. Eine zeitgemäße Büroausstattung, verbunden mit einer modernen Büroorganisation, ist vor allem dort anzustreben, wo in einer Rechtsabteilung Prozeßvertretungen für die I. und II. Instanz wahrgenommen werden. Soweit notwendig, muß unbedingt eine personelle Verstärkung vorgenommen werden. Bei Prozeßvertretungen in komplizierten Rechtsstreitigkeiten von überregionaler Bedeutung . . . müssen die DGB-Prozeßvertreter vor allem hinreichend Zeit für das Einarbeiten in die Prozeßmaterie sowie für Besprechungen und Beratungen haben.

Dies beschlossen die Delegierten des letzten Gewerkschaftstages der IG Metall 1980. Offenbar hatten sie genügend Anlaß, in eindringlicher Weise Maßnahmen zur Verbesserung des DGB-Rechtsschutzes zu verlangen. Der Öffentlichkeit werden in aller Regel ja nur die vor den Arbeits- und Sozialgerichten „erstrittenen Summen“ bekannt: 1,1 Mrd. DM von 1974 bis 1976 (knapp 200 000 Verfahren) und 2,4 Mrd. DM von 1977 bis 1980 (über 300 000 Verfahren). In diesen beachtlichen Zahlen widerspiegeln sich u. a. sieben Jahre Massenarbeitslosigkeit und die härtere Gangart der Arbeitsämter und Sozialversicherungsträger.

„Für alle unerlässlich“ und „ein Stück lebendiger Gewerkschaftsgeschichte“, so rühmte Clemens Koerner aus der DGB-Bundesvorstandsverwaltung in der „Quelle“ (6/80) die Tätigkeit der Rechtssekretäre. Eine optimale Versorgung der rechtssuchenden Kollegen wird jedoch erst dann möglich sein, wenn zuvor die individuelle Arbeitsbelastung gesenkt worden ist. Zwar hat sich die Personalsituation mancherorts – nach entsprechend energischen Initiativen – etwas entschärft. Insgesamt aber müßten noch weitere Planstellen bewilligt und besetzt werden.

Bei den Arbeitsgerichten hat sich nämlich der Geschäftsfall 1981 im Vergleich zum Vorjahr um 20 Prozent, bei den Landesarbeitsgerichten um 15 Prozent erhöht. In den DGB-Rechtsstellen sind im ersten Halbjahr 1982 die Neueingänge regelmäßig um mehr als 50 Prozent, in manchen Fällen sogar um 100 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum angestiegen. Dieser Trend hält unvermindert an. Es braucht hier nicht näher begründet zu werden, daß die damit zusammenhängenden Probleme auf die Dauer nicht durch ein „Nachmehrarbeiten“ sachgerecht gelöst werden können.

Um so mehr verwundert es, daß, wie zu hören ist, an Mehreinstellungen fast überhaupt nicht gedacht, sondern

statt dessen an einer Erhöhung des „Pensenschlüssels“ gebastelt wird. Dieser Schlüssel, der allerdings schon immer lediglich auf dem Papier stand, legt zur Zeit noch einen Richtwert von 250 Sachen pro Jahr und Rechtssekretär fest. Zu konstatieren ist also, daß die personelle Unterbesetzung auch weiterhin das brennendste Problem des DGB-Rechtsschutzes bleiben wird. Die Prozeßvertreter der Unternehmervverbände lachen sich dabei natürlich ins

Der Einsatz hat sich gelohnt

Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres vertrat die IG Druck und Papier Kolleginnen vor dem höchsten deutschen Arbeitsgericht in Kassel (BAG). In beiden Fällen ging es um Lohndiskriminierung. Nach dem erfolgreichen Ausgang des Heinze-Prozesses klagten nun 52 Schickedanz-Frauen ihr grundgesetzlich verbrieftes Recht ein.

An gleichen Maschinen machen die Frauen in dem papierverarbeitenden Neusser Betrieb die gleichen Handgriffe wie ihre Kollegen. Und sie bekamen dafür auch den gleichen Tariflohn. Soweit wäre nichts zu beanstanden gewesen, hätte es nicht die Zulagen gegeben; davon existieren sieben, darunter auch eine nichtbezeichnete Zulage, die für die Männer höher war. Nebenbei bemerkt betrug der Extragewinn der Unternehmer durch die Lohndiskriminierung im Jahre 1980 nach gewerkschaftlichen Berechnungen 40 Milliarden DM. Bei Schickedanz kam für die Männer noch eine Arbeitsmarktzulage hinzu, die von der Firma u. a. damit begründet wurde, daß man für den gezahlten Tariflohn keine Männer bekommen könnte. Schließlich arbeiteten diese ja auch in Nachtschicht, während die Frauen in Tag- und Mittagschicht oder im Wechsel dieser beiden tätig waren.

Fäustchen. Der eingangs zitierte Beschluß der IG Metall hat somit nicht nur unvermindert, sondern sogar gesteigerte Bedeutung.

Eine weitere Problemschicht ist die Herausarbeitung bzw. Verbesserung der rechtspolitischen Strategie des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes. Beispielhaft hingewiesen sei hier auf den Umgang mit dem Weiterbeschäftigungsanspruch, bei dem es bekanntlich um die bedeutsame Frage geht, ob und unter welchen Voraussetzungen der Gekündigte einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung bis zum rechtskräftigen Abschluß des Prozesses hat. Im Interesse der rechtssuchenden Kollegen ist hier unbedingt ein einheitliches Vorgehen zu erreichen. Seltsam mutet es in diesem Zusammenhang an, wenn bei einem Arbeitsgericht keine Weiterbeschäftigungsanträge gestellt werden mit der Begründung, das würde das „Klima belasten“, während einige Kilometer weiter – mit beachtlichem Erfolg – jede formblattmäßige Kündigungsschutzklage mit einem Weiterbeschäftigungsantrag verbunden ist.

Unabdingbar sind somit ein verbesserter Informationsfluß sowie eine umfassende Koordination in wichtigen Fragen – alles Dinge, die bei den Unternehmervverbänden eine Selbstverständlichkeit darstellen. G. Rawe

Um diese beiden Zulagen ging es bei dem fast vier Jahre währenden Verfahren. In zwei exemplarischen Fällen wurde nun am 25. August das Urteil gesprochen. Das BAG entschied, daß Frauen bei gleicher Arbeit grundsätzlich auch den gleichen Anspruch auf übertarifliche Zulagen hätten. Das bedeutet konkret, daß die Firma Schickedanz den Frauen die Differenz aus den nicht bezeichneten Zulagen zahlen muß. Was die Arbeitsmarktzulage betrifft, so wurde diese zur erneuten Entscheidung an das Landesarbeitsgericht Düsseldorf verwiesen. Es wird nun zu klären haben, ob die Arbeitsplätze ohne eine Arbeitsmarktzulage nicht hätten besetzt werden können.

Irmgard Blättel, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, hat das BAG-Urteil als einen Schritt in Richtung Gleichberechtigung begrüßt. Und Gisela Kessler, Frauensekretärin der IG Druck und Papier, beantwortete unsere Bitte um eine kurze telefonische Stellungnahme wie folgt: „Wir sind sehr glücklich über diesen Teilerfolg. Der Einsatz zur Entwicklung einer breiten Solidaritätsbewegung hat sich gelohnt. Gestärkt durch unsere Erfahrungen werden wir in die nächste Runde gehen. Wenn's sein muß, auch vor das Bundesverfassungsgericht oder den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg.“ G. M.

Film über Willi Bleicher am 26. 10. in der ARD

Am 27. Oktober wäre der bekannte Gewerkschaftsfunktionär Willi Bleicher, der am 23. Juni 1981 verstarb, 75 Jahre alt geworden. Der ehemalige Widerstandskämpfer zählt zu den zehn Persönlichkeiten, die für ihren Einsatz während der Zeit des Naziterrors im Oktober in Paris posthum den „Weltpreis für gelebte Humanität“ erhalten sollen. Sein Relief, das an die Leiden und den Kampf während der NS-Zeit erinnern soll, wurde in der Gedächtniskapelle in Dammbach (Elsaß) angebracht.

Aufgrund zahlreicher Forderungen wird zu Willi Bleichers Gedächtnis und als Vorbild für uns alle der Dokumentarfilm über sein Leben „Du sollst dich nie vor einem lebenden Menschen bücken“ am Vortag seines 75. Geburtstags, am 26. Oktober, um 16.15 Uhr im gemeinsamen ARD-Programm gesendet. Die Bezirksleitung Stuttgart der IG Metall hatte sich um einen späteren Sendetermin bemüht. „... die Programmkonferenz“ fand, wie der Intendant des Süddeutschen Rundfunks, Dr. Bausch, der Gewerkschaft mitteilte, „jedoch keinen anderen Platz“.

Öffentliche Unternehmen sind leistungsfähiger

Nach mehrjähriger Untersuchung kann die Gewerkschaft ÖTV nachweisen: Private Nahverkehrsunternehmen arbeiten nicht wirtschaftlicher als öffentliche. Sie sind teurer, weil der Unternehmerrgewinn zusätzlich aus Steuergeldern finanziert werden muß. Angebliche Wettbewerbsvorteile beruhen auf schlechteren Arbeits- und Sozialbedingungen für die Beschäftigten und einem verringerten Verkehrsangebot für die Fahrgäste. In Nr. 10 der NACHRICHTEN werden wir auf die Studie der Gewerkschaft ÖTV näher eingehen.

IGM: Bspitzelung nicht hinnehmen

Als „gesellschaftspolitischen Skandal“ bezeichnete das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Georg Benz, die Äußerungen des bayerischen Innenministers Tandler, der die Anwerbung von Betriebsräten zu Verfassungsschutz Zwecken als „durchaus legitim“ bezeichnet hatte. Diese Praxis des Verfassungsschutzes habe keinerlei Rechtsgrundlage und sei zutiefst undemokratisch, erklärte Benz Ende August in Frankfurt. In ähnlicher Weise

habe kürzlich schon der niedersächsische Innenminister einen Vorstoß unternommen. Benz erinnerte daran, daß Bundesminister Baum gegenüber dem Vorstand der IG Metall klar und eindeutig erklärt habe, daß eine Bspitzelung von Betriebsräten nicht in Betracht komme. Es sei selbstverständlich, daß die Gewerkschaften eine solche offensichtlich rechtswidrige Unterwanderungsstrategie, die sich nicht zuletzt gegen die Organe und Funktionäre der Gewerkschaften selbst richte, nicht tatenlos hinnehmen könnte, betonte Benz.

Lehrerstreik gegen Arbeitszeitverlängerung

Mit einem Teilstreik wehrten sich seit Mitte August etwa 200 Lehrer in Bremen gegen die Absicht, für etwa 800 Gymnasiallehrer eine Arbeitszeitverlängerung von 23 auf 25 Unterrichtsstunden durchzusetzen. Die Schulbehörde begründete die zusätzlichen Stunden mit arbeitsrechtlicher Gleichstellung gegenüber anderen Lehrern und empfahl den Betroffenen, die Mehrarbeit in ihre 40-Stunden-Woche einzubetten, obgleich alle Untersuchungen über Lehrerarbeitszeit belegen, daß Pädagogen meist weit mehr als 40 Stunden zu arbeiten haben. Die Lehrer, die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstützt werden, sehen in der Maßnahme der Schulbehörden eine grobe Verschlechterung der Schulsituation, mit der Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Schüler ausgetragen würden. 70 Lehrer könnten statt dessen eingestellt werden bei derzeit rund 800 bis 1000 arbeitslosen Pädagogen in Bremen.

Friedenszug in Baden-Württemberg

Die DGB-Jugend Baden-Württemberg veranstaltet im September einen Friedenszug durch mehrere große Orte des Landes, der sich als Beitrag zur Wirklichmachung der im DGB-Grundsatzprogramm festgeschriebenen Ziele versteht. Auf dem Programm stehen Diskussionen, Ausstellungen, Kulturveranstaltungen, Filmvorführungen usw. In einem Aufruf der DGB-Jugend heißt es: „Frieden wird immer weniger ein fernes Ziel sein, je mehr Menschen durch ihren Mut, durch ihre Ideen, durch ihre Gedanken und ihre Phantasie zeigen und leben, daß die Menschen und Völker nicht länger gewillt sind, ein Leben zwischen Waffenarsenalen und Kriegen hinzunehmen.“ Der Friedenszug wird in der zweiten Septemberhälfte noch Station machen in Karlsruhe (18. bis 20.), Offenburg (21. bis 23.), Freiburg (24. bis 26.) und Mannheim (29. bis 3. Oktober).

PERSONALIEN

Thomas Armbruster, vom Berufsverbot betroffener Arbeitsvermittler beim Arbeitsamt Freiburg, hat auch in zweiter Instanz vom Landesarbeitsgericht bestätigt bekommen, daß er zu Unrecht entlassen wurde. Obwohl das Gericht eine Revision nicht zuließ, reichte die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg eine Nichtzulassungsbeschwerde an das Bundesarbeitsgericht in Kassel, um das Verfahren und damit Armbrusters Entlassung weiterzubetreiben. Die Freiburger Aktionsgemeinschaft gegen Berufsverbote betont in einer Presseerklärung die Verantwortung von Bundesarbeitsminister Westphal (SPD), unter dessen Rechtsaufsicht die Bundesanstalt fällt.

Ernst Breit, DGB-Vorsitzender, ehemaliger Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft, hat den Vorsitz der Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe (IPTT) niedergelegt. Sein Nachfolger wurde der bisherige IPTT-Vizepräsident, Glenn E. Watts, Präsident der Communication Workers of America (CWA).

Karl-Helz Hoffmann, stellvertretender ÖTV-Vorsitzender, hat in einem offenen Brief an das DGB-Bundesvorstandsmitglied Siegfried Bleicher auf dessen Beitrag in der „Welt der Arbeit“ vom 26. August reagiert, in dem Bleicher ausgeführt hatte, für die SPD seien die Gewerkschaften wichtige Organisationen zur gesellschaftlichen Absicherung ihrer parlamentarischen Arbeit. Hoffmann, der auch CDU-Europaparlamentarier ist, kritisiert, daß diese Auffassung nicht mit dem Einheitsgewerkschaftsprinzip zu vereinbaren sei. Die Einheitsgewerkschaft sei aus den Erfahrungen der Weimarer Republik und der Nazizeit entstanden und keineswegs als SPD-Anhängsel konzipiert worden.

Horst Niggemeler, Chefredakteur der Zeitschrift der IG Bergbau und Energie, „einheit“, Bürgermeister von Datteln, Major der Reserve, Unterbezirksvorsitzender der SPD Recklinghausen, gelegentlich „Bild“-Kommentator, überlegt laut „Spiegel“, ob er unter den Bergbau-Kumpeln nicht eine Kampagne starten soll zum Verzicht auf das Kindergeld für das erste Kind. 1970 habe es dafür „auch keine müde Mark gegeben“.

Günter Smerdka, 45, seit 1979 Tarifsekretär beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), wurde am 1. August neuer Bundesangestelltensekretär seiner Gewerkschaft. Smerdka, der von 1962 bis 1979 Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Wilhelmshaven war, löste Johann Onnen, 60, ab, der in den Ruhestand trat.

Ausländer sind keine Sündenböcke für kapitalistische Gebrechen

Es ist nicht zu übersehen, daß das schlechende Gift der Ausländerfeindlichkeit auf Teile der Bevölkerung einwirkt. Da verlangt der Leiter der Zollbeamtengruppe auf dem Köln-Bonner Flughafen eine „Schmutzzulage“ für die Abfertigung türkischer Fluggäste. Verstärkt tauchen Ausländer-raus-Parolen auf. In Betrieben, Schulen, Kneipen und Kasernen kursieren Witze, die an unsere schlimmste Vergangenheit erinnern. Zum Teil gedankenlos werden makabre Rätsel – wie folgendes – kolportiert: „Was ist der Unterschied zwischen Juden und Türken? Die Juden haben es hinter sich, die Türken noch vor sich.“

Bewußt werden solche Parolen und Witze von neonazistischen und konservativen Kräften, die auf der Ausländerfeindlichkeit ihr politisches Süppchen kochen wollen, in die Bevölkerung hineingetragen. Sie bleiben nicht ohne Wirkung. Im Zuge der sich verschärfenden Krise werden unsere ausländischen Kollegen für alle Gebrechen des kapitalistischen Systems verantwortlich gemacht: für die Arbeitslosigkeit ebenso wie für Wohnungsnot und Finanzmiserere. Nicht selten wird dabei folgende Rechnung aufgestellt: Wenn man die 2 Millionen ausländischen Arbeiter samt ihren rund 2,6 Millionen Familienangehörigen nach Hause schicke, würden die Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot beseitigt. Und schließlich spare man das Kindergeld.

Solche Rechnungen sind nicht nur falsch, sondern zeugen auch von Menschenverachtung. Genau wie wir zahlen die Türken, Italiener, Jugoslawen, Griechen und andere Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Durch ihre Arbeitsleistung tragen sie zu unserem heutigen technischen Standard bei. Ohne sie wäre unsere Volkswirtschaft funktionsunfähig. Und schließlich sind sie nicht von allein gekommen, sondern wurden angeworben. Ihre Werber bekamen dafür Prämien. Die Zeiten sind auch nicht so fern, wo der 500 000. „Gastarbeiter“ mit großem Tamtam empfangen wurde, und selbst der millionste erhielt noch einen Blumenstrauß, als er 1974 im Kölner Hauptbahnhof eintraf.

Zu diesem Zeitpunkt aber hatte sich die Ausländerpolitik der Bundesregierung, die nicht schuldlos an der grassierenden Ausländerfeindlichkeit ist, bereits geändert. Es begann mit dem Anwerbestopp im Jahre 1973 und setzte sich kontinuierlich fort. Statt Integration war die Reduzierung der ausländischen Arbeitnehmer das Ziel. Es folgte die Integration auf Zeit, und schließlich wurde begonnen, Maßnahmen zur Förderung der Rückkehrbereitschaft zu ergreifen. Heute spricht man von offizieller Seite von der „Integration im Sinne

der Assimilation“ für einen Teil der zweiten und dritten Generation auf der einen und der Rückkehr auf der anderen Seite.

Konkretes Beispiel ist in diesem Zusammenhang der Beschluß der Bundesregierung vom 2. Dezember 1981 „zur sozialverantwortlichen Steuerung des Familiennachzugs von Ausländern aus Nicht-EG-Staaten“. Dieser Beschluß besagt, daß „unverzüglich folgende Personengruppen vom Nachzug“ ausgeschlossen werden:

- „16- und 17jährige ausländische Jugendliche,
- ausländische Kinder, wenn sich nur ein Elternteil in der Bundesrepublik Deutschland aufhält,



- Angehörige von Ausländern, die sich in der Bundesrepublik Deutschland zur Aus- und Fortbildung sowie als Werkvertragsarbeitnehmer aufhalten,

- Ehegatten von Ausländern, die als Kinder von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland eingereist oder hier geboren sind, wenn sie sich nicht bereits mindestens acht Jahre ununterbrochen hier aufhalten, das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und die Ehe nicht bereits ein Jahr besteht.“

Es wird sogar ernsthaft erwogen, bei Familiennachzug das Alter der Kinder auf 12 bzw. 6 Jahre herabzusetzen. Der

Familienzusammenführung wird nur zugestimmt, wenn eine angemessene Wohnung nachgewiesen werden kann, gleichzeitig aber an der „Wartezeitregelung für Ehegatten“ festgehalten. Diese beinhaltet ein absolutes Beschäftigungsverbot für mindestens vier Jahre. Jeder kann sich bei den horrenden Mietpreisen ausrechnen, daß den betroffenen ausländischen Familien damit die Möglichkeit verbaut ist, die geforderte „angemessene Wohnung“ bezahlen zu können.

Zur Integration ausländischer Arbeiter gibt es in den Gewerkschaften eine Reihe positiver Beschlüsse. So akzeptierte der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall im September 1980 einen umfangreichen Maßnahmenkatalog. U. a. wird verlangt, daß „das Kommunalwahlrecht für ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht wird“. Ein ähnliches Ansinnen hatte die IG Metall auch an den im Mai stattgefundenen 12. DGB-Kongreß gerichtet. Aufgrund einer unverständlichen Empfehlung der Antragskommission wurde das Kommunalwahlrecht für unsere ausländischen Mitbürger mit knapper Mehrheit abgelehnt (223 zu 208 Stimmen bei 3 Enthaltungen). Die Solidarität wurde der Angst vor Arbeitsplatzverlusten geopfert.

Und gerade auf die Solidarität kommt es an. Das hat Mitte August das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Siegfried Bleicher, bekräftigt. Er wandte sich gegen Versuche, die in unserem Land lebenden und arbeitenden Ausländer zu Sündenböcken der Wirtschaftskrise zu machen. Sie seien nicht schuld an der Arbeitslosigkeit, sondern in verstärktem Maße die Opfer.

Es ist erfreulich, daß in zahlreichen Orten die Gewerkschaften in den Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit mitarbeiten. Zugleich sollten die DGB-Arbeitskreise für Ausländerfragen aktiviert werden. Denn schon aufgrund ihres Selbstverständnisses steht vor den DGB-Gewerkschaften die Aufgabe, verstärkt Solidarität zu üben. Das setzt auch voraus, die Ursachen der im kapitalistischen Gesellschaftssystem begründeten Krise offen zu diskutieren, gemeinsam mit den ausländischen Kollegen. Es darf sich auch nicht wiederholen, daß – wie in Köln geschehen – bei einer Podiumsveranstaltung der IG Metall-Verwaltungsstelle zur Ausländerfeindlichkeit die Betroffenen auf dem Podium keinen Platz fanden.

Aber auch unsere ausländischen Kollegen dürfen sich nicht – so verständlich ihre Reaktion auf die wachsende Ausländerfeindlichkeit auch ist – in die Isolation zurückziehen und ihrerseits mit Deutschen haß reagieren. Vielmehr müssen sie sich verstärkt in den Gewerkschaften organisieren und engagieren.

Gisela Mayer

Was der Markt hergibt: Mieter werden geschröpft!

Am 1. Oktober 1982 sollen die Änderungsgesetze zum Mietrecht, am 27. Mai vom Bundestag verabschiedet, in Kraft treten. Was kommt auf die Mieter zu? Wie werden sich Staffelmiete, Zeitmietverträge und das neue Mietspiegelgesetz in der Praxis auswirken? Wie sehen die neuen gesetzlichen Regelungen aus? Das Hauptanliegen der gesetzlichen Änderungen ist es, Mieterhöhungen zu erleichtern. Mit der demagogischen Behauptung, die Mieten seien zu niedrig und die Mietgesetze würden den Wohnungsneubau verhindern, werden die bisherigen gesetzlichen Regelungen über Mietanhebungen erheblich aufgelockert.

Nach der bisherigen und auch künftigen Rechtslage können die Mieten im freifinanzierten Wohnungsbau – neben den Mieterhöhungen wegen Modernisierungsmaßnahmen, gestiegenen Nebenkosten und Zinserhöhungen – dann heraufgesetzt werden, wenn die Miete mindestens ein Jahr unverändert ist und wenn sie unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Den Vermieter trifft die Beweislast dafür, daß die ortsübliche Vergleichsmiete höher ist als die bisher gezahlte Miete. Er muß diesen Beweis durch Angaben von entsprechenden Vergleichswohnungen oder Hinweis auf einen gültigen Mietspiegel bzw. durch ein Sachverständigengutachten antreten (§2 Miethöhegesetz). Staffelmieten, also von vornherein festgelegte, „automatische“, Mieterhöhungen waren unzulässig. Bei Neuvermietungen ist der Vermieter nicht an die ortsübliche Vergleichsmiete gebunden. Er kann nehmen, „was der Markt hergibt“. Neuvermietete Wohnungen liegen daher im allgemeinen erheblich über der ortsüblichen Vergleichsmiete.

Ab 1. Oktober 1982 sollen Staffelmieten für alle ab 1. Januar 1981 bezugsfertig gewordenen Wohnungen vereinbart werden dürfen. In der Praxis wird dies zu sogenannten Lockmieten führen. Die Einzugsmietten, an denen sich die Mieter orientieren, werden ihnen noch tragbar erscheinen. Durch Staffelmietverträge werden jedoch finanzielle Belastungen für die Zukunft übernommen, die – in der Druck- und Notsituation der Wohnungssuche – oft nicht übersehen werden und übersehen werden können. Man denke nur an plötzliche Arbeitslosigkeit und Krankheit usw.

Die Staffelmiete darf für insgesamt 20 Jahre vereinbart werden. Um zu verhindern, daß die Mieter sich eine neue Wohnung suchen, wenn die finanzielle Belastung zu groß ist, kann das Kündigungsrecht des Mieters für die ersten vier Jahre ausgeschlossen werden. Das Prinzip der Staffelmiete wird außerdem die „ortsübliche Vergleichsmiete“ in

die Höhe treiben und damit insgesamt zu einer Anhebung der Mieten führen.

Dreh- und Angelpunkt der Mieterhöhungsregelungen ist der Begriff der „ortsüblichen Vergleichsmiete“. Je höher das örtliche Mietniveau ist, desto einfacher sind Mieterhöhungen auch in den noch relativ preisgünstigen Wohnungen durchzusetzen. Die einschneidendste Neuregelung enthält der neue §2 Miethöhegesetz: Als Vergleichswohnungen, die zur Begründung einer Mieterhöhung herangezogen werden müssen, werden nur Mietpreise berücksichtigt, die in den letzten fünf Jahren

CDU/CSU will Mieter noch mehr schröpfen

Der mehrheitlich von der CDU/CSU besetzte Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat hat das Mietrechtsänderungsgesetz abgelehnt. Den Unionsparteien ging das Gesetz nicht weit genug. Sie wollen die Mieter durch die Ausdehnung der Staffelmiete auch auf Altbauwohnungen noch stärker schröpfen. Das Mietrechtsänderungsgesetz bedarf jedoch nicht der Zustimmung des Bundesrats. Nicht in Kraft treten können das von der Bundesregierung beschlossene Mietspiegelgesetz und die Vorschriften zur Neubewertung des baureifen unbebauten Bodens.

vereinbart oder verändert worden sind. Das bedeutet, daß alle billigen Wohnungen aus den stabilen Altmietverträgen aus dem Begriff der „ortsüblichen Vergleichsmieten“ herausfallen. Es findet eine Angleichung an die sogenannte Marktmiete, also die teureren Einzugsmietten statt. Dies wird zu einem – in den Ausmaßen noch nicht zu übersehenden – Mieterhöhungsschub führen.

Hinzu kommt das neue Mietspiegelgesetz. Danach werden alle Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern verpflichtet werden, Mietspiegel aufzustellen. In Gemeinden zwischen 50 000 und

100 000 Einwohnern muß ein Mietspiegel aufgestellt werden, wenn es der Haus- und Grundeigentümergeverein (oder der Mieterverein) verlangt.

Grundsätzlich hat die Interessenorganisation der Mieter, der Deutsche Mieterbund, die Aufstellung von örtlichen Mietspiegeln begrüßt, gleichzeitig aber betont, daß ein Mietspiegel statistisch einwandfrei erstellt werden, daß er also auch z. B. die preiswerten Altmietverträge berücksichtigen muß. Hier ist jedoch ausdrücklich gesetzlich geregelt, daß nur die Mietverträge aus den letzten fünf Jahren bei der Aufstellung von Mietspiegeln berücksichtigt werden dürfen.

In der Vergangenheit hat es bei der Aufstellung von Mietspiegeln erhebliche Skandale gegeben, weil Mietspiegel zum Teil zwischen den Gemeinden und den Haus- und Grundbesitzervereinen „ausgekungelt“ worden sind. Diese Gefahr wird von dem neuen Mietspiegelgesetz bewußt übersehen. Die Frage, wie die Aufstellung von Mietspiegeln zu geschehen hat, ist nicht gesetzlich geregelt. Enthält ein Mietspiegel Spannen, so reicht es in Zukunft bei einer Mieterhöhung aus, wenn der Vermieter innerhalb der Spanne – als auch am oberen Ende – bleibt. Bisher war ständige Rechtsprechung, daß sich der Vermieter an dem Mittelwert zu orientieren hatte und Abweichungen besonders begründen mußte.

Unter diesen Umständen hat das neue Mietspiegelgesetz lediglich die Funktion, Mieterhöhungen auf breiter Ebene zu ermöglichen. Auch die Verfahrensregelungen bei Mieterhöhungen (z. B. Fristen) werden zu Lasten der Mieter verschlechtert.

Die Verschärfung der Mieterhöhungsregelungen ist gleichzeitig eine Verschlechterung des Bestandschutzes der Mietwohnungen. Da der Rückstand von zwei Monatsmieten Kündigungsgrund ist, werden die Wohnungen nicht nur teurer, sondern die Mietverhältnisse auch unsicherer. Hinzu kommt jedoch, daß mit den neuen Möglichkeiten, Zeitmietverträge abzuschließen, ein gefährlicher Einbruch in den mieterrechtlichen Kündigungsschutz erfolgt.

Die SPD/FDP-Koalition war sich völlig im klaren darüber, daß die Mietrechtsänderungen einen „Angriff auf den sozialen Frieden“ (ÖTV-Magazin) darstellen. In letzter Sekunde bekam sie Angst vor ihrer eigenen Courage und hat die angestrebten Mieterhöhungen auf 30 Prozent innerhalb von drei Jahren beschränkt (neuer § 2 Miethöhegesetz). Das ist bei den gegenwärtig schon horrenden Mieten also das Minimum, mit dem wir Mieter rechnen müssen – Mieterhöhungen aus sonstigen Gründen, z. B. wegen Modernisierungsmaßnahmen, steigenden Neben- und Heizkosten und Zinserhöhungen nicht mitgerechnet.

Florett

Unternehmerdruck nimmt weiter zu: Rückschritt in der Berufsausbildung

Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel werden heutzutage von niemanden mehr bestritten. Angesichts von 332.000 Jugendlichen, die nach einer Prognose des DGB in diesem Jahr ohne Qualifizierungschancen die Schulen verlassen, haben auch die Unternehmer die Zeichen der Zeit erkannt. Ihre Verbände und deren politische Handlanger in den Parteien und Parlamenten wollen die Berufsnot der Jugend zur Steigerung der Profite ausnutzen. Sie haben mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen zum Angriff auf bestehende Rechte in der Berufsausbildung geblasen.

Senkung der Ausbildungsvergütungen
Der Berufsbildungsausschuß des Unternehmerverbandes Gesamtmetall hat die Ursachen der Ausbildungskrise erkannt: „Zu hohe Kosten können die Bereitschaft zur Ausbildung vermindern.“ Er fordert deshalb eine 10prozentige Kürzung der Ausbildungsvergütungen, des Weihnachtssowie des Urlaubsgeldes.

Senkung des Qualifikationsniveaus
Erneuert haben die Unternehmer ihre Forderung nach Senkung des Qualifikationsniveaus für einen Teil der Lehrlinge. Helmut Ebersbächer, Vorsitzender der baden-württembergischen Unternehmerverbände, hat die Gewerkschaften aufgefordert, „endlich ihre destruktive Haltung zu den Ausbildungsabschlüssen unterhalb der Facharbeiterabschlüsse“ aufzugeben.

Beseitigung sogenannter „ausbildungshemmender Vorschriften“
Initiiert durch die Landesregierung von Rheinland-Pfalz, sollen über den Bundesrat wesentliche Bestandteile des Jugendarbeitsschutzgesetzes gestrichen werden; so soll:

- der 8-Stunden-Tag für Jugendliche aufgeweicht werden,
- die Verpflichtung, besondere Pausenräume für Jugendliche zur Verfügung zu stellen, gestrichen werden,
- das generelle Nachtarbeitsverbot für Jugendliche in bestimmten Berufsgruppen aufgehoben werden.

Änderung der Ausbildereignungsverordnung
Unbefristet werden Ausbilder von der Prüfung befreit, wenn sie schon eine bestimmte Zeit als Ausbilder tätig waren. Unter Bedenken hat Bildungsminister Engholm diese Änderung erlassen. Er wolle nicht die Verantwortung für die arbeitslosen Jugendlichen übernehmen.

Ausbildungsboykott
Die Friseurinnung Köln hat in einem Erpresserbrief sogar einen Ausbildungsboykott angekündigt. Sie will kei-

ne Lehrlinge einstellen, um so ihrer Forderung nach Abschaffung des Blockunterrichts an den Berufsschulen Nachdruck zu verleihen.

So unterschiedlich wie einzelne Ansätze und Absichten auch sind, ist der Hintergrund der Bestrebungen doch identisch. Unter den Bedingungen von Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel wollen die Unternehmer Veränderungen in der Berufsausbildung herbeiführen. Zielsetzung ist hierbei auch im Bereich der Ausbildung, Krisenlasten auf die Betroffenen, die Lehrstellensuchenden, abzuwälzen und günstigere Verwertungsbedingungen für das Kapital zu erzielen.

Gleich ist auch immer das Begründungsschema für die Verschlechterungen. Schuld an der Misere sind nicht etwa die Unternehmer und die Großkonzerne. Schuld ist der arbeitslose Jugendliche, der „einen Ausbildungsplatz ablehnt, weil er Idealvorstellungen... nicht entspricht“. Und die Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ entdeckt sogar die Gewerkschaften als Lehrstellenvernichter. „Dieses gewerkschaftliche Verhalten (Forderung nach Erhöhung der Ausbildungsvergütung und Übernahme nach der Lehre, d. Verf.) verringert die Ausbildungsbereitschaft und vernichtet letztlich Ausbildungsplätze.“ Vertuscht werden sollen somit die wahren Lehrstellenvernichter – die Großunternehmer. Während der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt der Ausbildungsquoten bei 8,5 Prozent liegt, haben die 25 umsatzstärksten Metallunternehmen Ausbildungsquoten zwischen 2,1 und 7,4 Prozent (Schnitt bei diesen Unternehmen 4,8 Prozent).

Der DGB und seine Gewerkschaften haben scharfe Proteste gegen die Verschlechterungen in der Berufsbildung angekündigt. Für die Verwirklichung des Sofortprogramms der IG Metall zur Beseitigung des Ausbildungsstellenmangels und der Forderungen des 12. Bundeskongresses des DGB nach einer Ausbildungspflicht der Betriebe einzutreten heißt gleichzeitig, auch für den Erhalt und den Ausbau von Qualität und bestehenden Rechten in der Berufsausbildung zu kämpfen. H. G. E.

Sozialverbände einig im Protest gegen sozialen Amoklauf

Reichsbund und VdK, die beiden größten Rentner-, Behinderten- und Kriegsofferverbände, haben unmittelbar nach den Beschlüssen der Bundesregierung über die unsoziale Haushaltsoperation '83 Protest gegen diese erneuten Eingriffe in das soziale Leistungsrecht erhoben, die der schleswig-holsteinische Landesvorstand des Reichsbundes als „Generalangriff auf das soziale Sicherungssystem der Bundesrepublik“ kennzeichnete. Das Präsidium des Reichsbundes will bundesweite Kampfkaktionen unter dem Motto „Schluß mit der sozialen Demontage“ durchführen.

Der 1. Bundesvorsitzende des Reichsbundes, Hermann Meyer, kündigte mehrere tausend eigene Protestveranstaltungen und gemeinsame Kampfmaßnahmen mit anderen Organisationen für die kommenden Monate an. Er erklärte, „konkretes Kampfziel“ sei es, „die Rücknahme der Sparbeschlüsse in der Kriegsofferversorgung, Renten- und Krankenversicherung durchzusetzen“. Eine Welle von Kampfmaßnahmen mit regionalen Schwerpunktaktionen will auch der VdK durchführen. In der ganzen Bundesrepublik wurde ein Flugblatt mit dem Titel „Wehrt euch! Kämpft gegen soziale Demonta-

ge!“ verbreitet. VdK-Präsident Karl Weishäupl erklärte, daß zeitgleich mit anderen Organisationen am 7. September in Bonn (nach Redaktionsschluß) eine „große und angemessene“ Demonstration stattfinden solle. Und die Delegierten des Kleinen VdK-Verbandstages warnten: „Jetzt folgt dem heißen Sommer ein heißer politischer Herbst.“

Bereits Ende Juni haben der Präsident des VdK, Weishäupl, und der 1. Bundesvorsitzende des Reichsbundes, Meyer, nach einem Arbeitsgespräch gemeinsame Aktionen zur Sicherung des sozialen Netzes beschlossen. Man wer-

Schlußlicht Rentnerhaushalte: 4,8 Mill. Renten unter 600 DM

Mit den unsozialen Maßnahmen der Haushaltsoperation '83 sollen erneut die Rentner doppelt und dreifach belastet werden. Durch den Abzug des ersten Prozentsatzes für den Krankenversicherungsbeitrag wird die Anpassung der Renten zum 1. Januar 1983 von 5,6 auf 4,6 Prozent gekürzt, während zugleich nach den schon im vorigen Jahr beschlossenen Bestimmungen des Renten Anpassungsgesetzes 1982 von zusätzlichen Einkünften des Rentners sogar im Durchschnitt 5,9 Prozent für die Krankenversicherung abgezogen werden.

Die Rentner werden auch den Hauptteil der erhöhten Verordnungsgebühr von 2,00 DM statt jetzt 1,50 DM und von 5,00 DM pro Tag während der ersten sieben Behandlungstage im Krankenhaus zahlen müssen wie auch den vollen Preis der Arzneimittel, für die die gesetzliche Krankenversicherung ab Januar nächsten Jahres die Kosten nicht mehr übernehmen soll.

Die nur noch 4,6prozentige Anpassung zum 1. Januar 1983 bedeutet für die Verichertenrenten der Arbeiterrentenversicherung im Durchschnitt eine Erhöhung von 34 DM, der Angestelltenversicherung von 50,90 DM, für die Witwenrenten von 29 DM bzw. 40,40 DM. Das sind wahrhaftig bescheidene Verbesserungen, wenn man sie beispielsweise mit den 567 DM vergleicht, um die die Abgeordneten des niedersächsischen Landtages den Höchstbetrag ihrer Abgeordnetenpension auf 4725 DM erhöhten, den sie schon nach 19 Jahren Abgeordnetentätigkeit erreichen. Der Renten Anpassungsbericht

1982 weist die durchschnittliche Höhe der Versichertenrenten der Rentenversicherung der Arbeiter mit 739,30 DM, der Angestelltenversicherung mit 1106,50 DM, der Witwenrenten mit 628,70 DM aus.

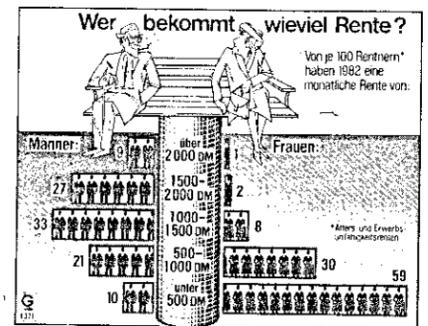
Der neue Renten Anpassungsbericht bestätigt auch das weitere Ansteigen der Frühinvalidität. Von den rund 624.000 Neuzugängen an Versichertenrenten im Jahre 1981 waren 51,8 (1980: 49,8) Prozent Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit. Nur 11,4 (1980: 14,7) Prozent der Renten neuzugänge waren Altersruhegelder ab Vollendung des 65. Lebensjahres oder später. 1972 haben die Altersruhegelder ab 65 und später bei den Neuzugängen an Versichertenrenten noch mehr als ein Drittel (36,4 Prozent) ausgemacht.

In der Höhe der Renten gibt es eine zunehmende Differenzierung. Von den rund 8,25 Millionen Versichertenrenten der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten erreichen 375.300, das

sind 4,5 Prozent aller Versichertenrenten, im Monat 2000 DM und mehr. Doch mehr als 5,8 Millionen, gleich 70,6 Prozent aller Versichertenrenten, liegen unter 1200 DM, davon gut 3,4 Millionen (41,5 Prozent aller Versichertenrenten) sogar unter 600 DM. Der größte Teil dieser Renten unter 600 DM, fast 2,9 Millionen, wird an Frauen gezahlt. Aber auch von den Männerrenten erreichen annähernd 1,65 Millionen, und damit 45,2 Prozent aller Versichertenrenten, die an Männer gezahlt werden, keine 1200 DM im Monat.

Insgesamt zahlt die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten fast 4,8 Millionen Versicherten- und Witwenrenten, die weniger als 600 DM monatlich betragen. Dazu zählen annähernd 1,4 Millionen und damit 37,3 Prozent aller Witwenrenten.

Bonner Politiker, die den Rentnern immer noch mehr auflasten und die Renten immer noch mehr beschneiden wollen, verweisen darauf, daß es Rentner mit zwei Renten und anderen Zusatz- oder Nebeneinkünften gibt. Das ist zwar zutreffend, aber das letztere zumindest gibt es nicht nur bei den Rentnern. Wie viele Vorstandsmitglieder von Konzernen und Banken haben ne-



(Aus Stuttgarter Nachrichten, 23. Juli 1982)

de überall dort zusammenstehen, „wo eine restriktive Sozialpolitik die Mätschen des sozialen Netzes zu sprengen droht“. Für September haben in Schleswig-Holstein die Landesverbände des Bundes Deutscher Hirnbeschädigter, des Bundes der Kriegsblinden, des Reichsbundes und des VdK gemeinsame Protestveranstaltungen vereinbart. Auch in Westberlin haben Reichsbund und VdK sich zu gemeinsamen Protestaktionen zusammengefunden.

Seit vielen Jahren hat ein solches gemeinsames Auftreten dieser Sozialverbände nicht mehr gegeben. Es ist, wenn sich daraus verstärkte Aktivitäten entwickeln, jedoch ohne Zweifel die richtige und erfolversprechendere Antwort der vom Sozialabbau Betroffenen, um den Bonner Amoklauf gegen die in Jahrzehnten erarbeiteten und erkämpften sozialen Rechte und Leistungen zu stoppen. Zu Recht heißt es in der Pressemeldung über das Gespräch des VdK-Präsidenten und des 1. Bundesvorsitzenden des Reichsbundes: „Vereint sind wir stark.“

Mit ihren zwei Millionen Mitgliedern stellen die Rentner-, Behinderten- und Kriegsofferverbände eine nicht zu unterschätzende Kraft dar. Weitaus stärker wären die Sozialverbände, wenn sie gemeinsam mit den Gewerkschaften gegen die Sozialdemontage kämpfen würden. Gelegenheit gibt es dazu genug, denn zahllos sind die Beschlüsse aus Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen, die auf Aktionen gegen den neuen Sozialabbau drängen. Gewerkschaften und Sozialverbände stimmen also darin überein, die neuen Angriffe auf das Sozialrecht abzuwehren.

Und diese Übereinstimmung im Ziel sollte Grundlage für eine Koordinierung der Kräfte und gemeinsamer Aktivitäten zur Verteidigung des gefährdeten sozialen Besitzstandes sein. Das ist um so notwendiger, als sich alle im Bundestag vertretenen Parteien einig darin sind, daß die Politik der Sozialdemontage fortgesetzt werden soll, u. a. mit dem endgültigen Abgehen von der Bruttolohnanpassung der Renten.

Arthur Böpple

ben ihrem sechs- oder gar siebenstelligen Jahresgehalt aus der Vorstandstätigkeit noch lukrative Nebenbezüge aus einer Vielzahl von Aufsichtsratsmandaten, und wie viele Großaktionäre ziehen Dividende nicht nur von einer, sondern von mehreren Gesellschaften?

So bilden denn auch die Renten unter Berücksichtigung aller im Haushalt anfallenden Einkünfte deutlich das Schlußlicht in der Einkommensskala. Für 1980 hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ermittelt, daß in den unteren Einkommensgruppen bis unter 1500 DM im Monat sich mehr als die Hälfte, 53,4 Prozent aller Rentnerhaushalte befinden, von den Haushalten der Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes 9,8 Prozent, den Arbeiterhaushalten 12,8 Prozent, den Selbständigenhaushalten aber 0 („null“) Prozent. Wenn trotzdem auch bei der Haushaltsoperation '83 die Rentner wieder ein bevorzugtes Opfer der Bonner Rotstiftpolitik sind, so zeigt allein das den unsozialen Charakter dieser Politik.

A. B.

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Die Mitbestimmung des Betriebsrats in Eilfällen

Im März dieses Jahres hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) mit bemerkenswerter Klarheit entschieden, daß das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats in sozialen Angelegenheiten (§ 87 BetrVG) auch in Eilfällen nicht entfällt. Die Unternehmer hatten in den Betrieben und in ihren Kommentaren immer wieder behauptet, in Eilfällen könne der Unternehmer einseitige Anordnungen — zumindest vorläufig — ohne den Betriebsrat treffen. Von besonderer Bedeutung ist diese Frage bei der Anordnung von Überstunden.

Zu dieser Problematik erging auch die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts, der folgender Fall zugrunde lag: Ein Unternehmer ordnete einseitig Sondereinsätze von Elektrikern zur Beseitigung von Störungen außerhalb der Normalschicht an, ohne den Betriebsrat zu beteiligen. Dazu das BAG (Beschluß vom 2. März 1982 — 1 ABR 74/79): „Es mag zutreffen, daß es aus Zeitgründen kaum möglich ist, bei jeder einzelnen unerwartet auftretenden Betriebsstörung außerhalb der Normalschicht zunächst den Betriebsrat zusammenzurufen und dessen Einverständnis zu dem sofort notwendigen Sondereinsatz eines Elektrikers einzuholen. Die Eilbedürftigkeit der zu treffenden Maßnahme läßt ein an sich gegebenes Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats nach § 87 BetrVG jedoch nicht entfallen.“

Der Gesetzgeber hat die Fälle, in denen im Mitbestimmungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes wegen der Dringlichkeit der Angelegenheit einseitige Maßnahmen des Arbeitgebers zulässig sein sollen, ausdrücklich geregelt. Für die mitbestimmungspflichtigen Angelegenheiten des § 87 BetrVG ist für Dringlichkeitsfälle keine Sonderregelung getroffen worden, obwohl gerade die vorübergehende Verkürzung oder Verlängerung der betriebsüblichen Arbeitszeit nach § 87 Abs. 1 Ziff. 3 BetrVG häufig kurzfristig erfolgen muß. Das Fehlen einer Sonderregelung für Eilfälle in § 87 BetrVG zeigt, daß der Gesetzgeber in diesem Bereich die Mitbestimmung des Betriebsrats in solchen Fällen nicht einschränken wollte.

Unüberwindliche praktische Schwierigkeiten stehen der Ausübung des Mitbestimmungsrechts in solchen Fällen nicht entgegen. Den Betriebspartnern ist es durchaus zuzumuten, für Eilfälle entsprechende Vorsorge zu treffen. Das kann etwa dadurch geschehen, daß Arbeitgeber und Betriebsrat in einer Be-

triebsvereinbarung festlegen, wie zu verfahren ist, wenn der Betriebsrat nicht erreichbar oder aus sonstigen Gründen kurzfristig keinen wirksamen Beschluß fassen kann.“ Lediglich in extremen Notsituationen entfällt das Mitbestimmungsrecht.

In der gleichen Entscheidung konkretisiert das BAG auch seine Rechtsprechung zu der Frage, wann bei einer Überstundenanordnung ein kollektiver Tatbestand vorliegt und damit das Mitbestimmungsrecht gegeben ist. Bereits 1980 war entschieden worden, daß ein solcher kollektiver Tatbestand nicht von der Zahl der betroffenen Arbeitnehmer abhängt. Nun geht das BAG noch einen Schritt weiter und bejaht, daß auch ein Mitbestimmungsrecht gegeben sein kann, wenn nur ein einziger Arbeitnehmer Überstunden machen soll: „...Zwar wird in jedem Störfall außerhalb der Normalschicht stets nur ein Elektriker zum Sondereinsatz herangezogen. Das geschieht aber nicht im Hinblick auf individuelle Besonderheiten des betreffenden Arbeitnehmers, sondern deshalb, weil er zu der Gruppe von zehn Elektrikern gehört, die für die Beseitigung solcher Störungen in Frage kommen.“

Das BAG schließt sich in seiner Entscheidung dem Standpunkt an, daß hinter sogenannten Eilfällen im Betrieb

DFI-Frauenfest in Düsseldorf

Zusammen mit dem AstA-Frauensekretariat veranstaltet die Demokratische Fraueninitiative (DFI) am 25. und 26. September in der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität ein Frauenfest. Schwerpunkt dieser Veranstaltung ist u. a. ein Tribunal zum Recht auf Arbeit, gegen Frauenarbeitslosigkeit. Mit von der Partie sind die Bundesfrauensekretärin der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Erna Zmuda-Schampa, sowie die Arbeitsrichterin Marion Mattern aus Frankfurt. Zu diesem Fest, auf dem diskutiert, gestritten und gefeiert werden soll, werden 3000 bis 5000 Teilnehmerinnen erwartet. Eingeladen sind Frauen und Frauengruppen der verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung sowie Gruppen und Organisationen aus der Friedensbewegung. Auch ausländische Teilnehmerinnen werden dabei sein.

in der Regel eine mangelhafte Organisation steckt. Außerdem dient der Hinweis auf die Eilbedürftigkeit oft dazu, den Betriebsrat zeitlich unter Druck zu setzen. Deshalb soll noch einmal kurz zusammengefaßt werden, was das Betriebsverfassungsgericht zu dieser Frage bestimmt:

1. Grundsätzlich ist im Betriebsverfassungsgesetz nicht festgelegt, wieviel Zeit dem Betriebsrat für seine Entscheidungen eingeräumt werden muß. Lediglich bei Kündigungen ist diese Frage gesetzlich geregelt. Bei „normalen“ Kündigungen gilt eine Frist von einer Woche zur Stellungnahme des Betriebsrats, bei außerordentlichen Kündigungen muß er unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von drei Tagen Stellung nehmen. Diese Dreitagesfrist — dies muß man aus § 102 Abs. 2 BetrVG schließen — ist das absolute Minimum an Zeit, das dem Betriebsrat zur Verfügung gestellt werden muß.

2. Der Betriebsrat handelt nach dem Betriebsverfassungsgesetz als Kollektivorgan. Beschlüsse kann nur der gesamte Betriebsrat, nicht jedoch der Vorsitzende treffen. Insbesondere in kleineren Betrieben ist es leider nicht unüblich, daß sich der Unternehmer an den Betriebsratsvorsitzenden wendet und ihn — mit Hinweis auf die Eilbedürftigkeit — zu voreiligen Stellungnahmen veranlaßt, die dieser dann im nachhinein von seinen Betriebsratskollegen „absegnen“ läßt. Diese Praxis ist gesetzeswidrig. Beschlüsse werden in der Betriebsratssitzung gefaßt. Zu diesen Sitzungen hat der Vorsitzende rechtzeitig und unter Mitteilung der Tagesordnung einzuladen (§ 29). Im Umkehrschluß bedeutet dies, daß der Unternehmer dem Betriebsrat immer soviel Zeit einräumen muß, daß dieser eine ordnungsgemäße Sitzung mit vorheriger Festlegung der Tagesordnung einberufen kann. Die Zeit, die der Betriebsrat braucht, um sich zu entscheiden, ist im übrigen natürlich abhängig von der Bedeutung der Angelegenheit für den Betrieb und von der Frage, inwieweit der Betriebsrat noch weitere Auskünfte und fachkundige Beratung (Sachverständigengutachten, Rücksprache mit der Gewerkschaft) und Rücksprache mit den Betroffenen (Betriebsversammlung) benötigt.

3. Die Fälle, in denen der Unternehmer ohne Zustimmung des Betriebsrats einseitige Maßnahmen treffen kann, sind abschließend geregelt. Neben den einseitigen Anordnungen an Bord eines Schiffes sind vorläufige Maßnahmen nur und ausschließlich in personellen Angelegenheiten möglich (§ 100 BetrVG). Mit dieser Vorschrift wird ohnehin Mißbrauch genug getrieben. Lehnt der Betriebsrat eine mitbestimmungspflichtige Maßnahme ab, so kann der Unternehmer auch nicht vor der Entscheidung der Einigungsstelle einseitige Maßnahmen treffen. Auch einstweilige Verfügungen sind unzulässig. Florett

Arbeitsplätze der Angestellten sind am stärksten gefährdet

Über 80 Delegierte aus 23 Ländern, davon rund die Hälfte aus der Bundesrepublik, waren auf der Angestelltenkonferenz des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB), die am 26./27. August im Münchener Sheraton-Hotel durchgeführt wurde und unter dem Motto stand: „Gemeinsam sind wir stärker“. Sie analysierten und diskutierten die Entwicklungen in den Büros der Metallindustrie, die Auswirkungen von Rationalisierungsmaßnahmen und der Einführung neuer Technologien auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen der Angestellten.

Im Mittelpunkt standen Probleme der Textverarbeitung, der computergestützten Entwurfs- und Fertigungsverfahren, der Betriebsdatenerfassung und die sich daraus für die Gewerkschaften ergebenden Aufgaben. IMB-Generalsekretär Herman Rebhahn meinte in seiner Eröffnungsrede, daß die Arbeitsplätze im Angestelltenbereich stärker gefährdet seien als im gewerblichen Bereich. Die Gewerkschaften müßten sich der Arbeitslosen annehmen. Sie könnten und wollten nicht akzeptieren, daß eine „Unterklasse“ von Arbeitslosen entstünde und die Gewerkschaften sich nur um die „Auserwählten“, das heißt die Arbeitsplatzbesitzer, kümmern.

Eine konkrete Orientierung auf gewerkschaftliche Angestelltenarbeit fehlte bei ihm allerdings ebenso wie bei Eugen Loderer, dem IMB-Präsidenten und Vorsitzenden der IG Metall. Loderer hob hervor, daß der IMB und die IG Metall auf dem Boden der Demokratie und „insoweit zu diesen politischen Grundlagen des westlichen Bündnisses“ stünden. Er deutete an, daß die Gewerkschaften im sozialen Bereich der Verteilung „der unvermeidlichen Lasten“ zustimmen könnten.

Zum Thema: „Rationalisierung im Angestelltenbereich — Chance oder Gefahr für die Menschen?“ hielt das Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, Lutz Dieckerhoff, ein vielbeachtetes Referat und legte auch schriftliche Ergänzungen vor. Die Unternehmer und ihre Interessenvertreter in der Politik seien heute weltweit angetreten, um die zum Teil nach harten Auseinandersetzungen durchgesetzten materiellen und politischen Besitzstände zu demontieren, weiteren sozialen Fortschritt zu verhindern und ihre Pläne einer Kahlschlagrationalisierung zu verwirklichen. Ihnen gehe es vorrangig um die Umverteilung der Ergebnisse des Wirtschaftens zu ihren Gunsten, die Verhinderung von Mitbestimmungsrechten bei der Konzipierung und Verwirklichung der Unternehmenspolitik und Reduzierung staatlicher Wirtschaftspolitik auf die Repara-

haltliche Gestaltung von Arbeitsanforderungen und Arbeitsplatz sei, müsse man dazu erst einen Arbeitsplatz haben. Allerhöchste Priorität müsse daher eine wirksame Arbeitszeitverkürzung haben. Sie sei zu verbinden mit Beschäftigungs- bzw. Neueinstellungsgarantien und entsprechenden Kontrollmaßnahmen. „Nur dann“, so Dieckerhoff, „werden die Arbeitnehmer auch bereit sein, dafür zu kämpfen.“

Auch unter dem Aspekt der Arbeitsplatzsicherung müßten die Gewerkschaften sich für Frieden und Abrüstung konsequent einsetzen. Dieckerhoff forderte u. a. die rechtzeitige und umfassende Einbeziehung der Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Gewerkschaften in die Forschungs- und Technologiepolitik; Forschung nicht nur mit technischen, sondern auch gesellschaftlichen Zielsetzungen; eine Rahmenplanung und investitionslenkende Maßnahmen; eine Bildungspolitik, die auf die zukünftigen gesellschaftlichen Bedürfnisse ausgerichtet, sowie eine Gesellschaftspolitik, in der die Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Produktionsmittel eingeschränkt seien und die Mitbestimmungsrechte der Arbeiter und Angestellten erweitert würden.

Grundsätze aller gewerkschaftlichen Forderungen müßten sein: „Vorrang der gestaltenden und vorbeugenden Maßnahmen vor der Reparatur, Vorrang der sozialen Gerechtigkeit vor Konservatismus und Reaktion, Beschäftigungsprogramme statt Streichen sozialer Leistungen.“ Es war nicht zu überhören, daß viele Delegierte diesen Forderungen, wenn überhaupt, nur zögernd folgten. Es herrschte keine geringe Hilflosigkeit, wie der Unternehmerstrategie wirkungsvoll begegnet werden kann.

Heinz Schäfer

Das gibt es in der DDR: Drei Zimmer für 80 Mark

Mit 365 491 Wohneinheiten wurde 1981 in der Bundesrepublik das zweitniedrigste Ergebnis in der Nachkriegszeit erreicht. Und für 1982 rechnet man mit noch weniger fertiggestellten Wohnungen wie im Vorjahr. Bei der Höhe der Mieten und Mietnebenkosten kann bei uns von „Sozial“-Wohnungen auch beim öffentlich geförderten Wohnungsbau längst nicht mehr die Rede sein. Ab 1. Oktober aber wird es aufgrund der neuen mietrechtlichen Bestimmungen und Erhöhung der Zinsen für die öffentlichen Wohnungsbaudarlehen erneut massenhaft drastische Mieterhöhungen hageln (siehe Seite 29).

In der DDR wird dagegen das große staatliche Wohnungsbauprogramm zügig weiter verwirklicht, mit dem bis 1990 die Wohnungsfrage als soziale Frage gelöst werden soll. 1981 wurden 185 350 (geplant waren 174 500) Woh-

nungen neu gebaut oder modernisiert. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Bevölkerungszahl der DDR noch nicht einmal ein Drittel der der Bundesrepublik beträgt. In der DDR war das das höchste Ergebnis im Woh-

Frankreichs Regierung vom Ziel weit entfernt

Seit über einem Jahr ist in Frankreich eine Regierung der Linksunion an der Macht. Unter dem dominierenden Einfluß der sozialistischen Partei und mit Beteiligung von vier kommunistischen Ministern hat diese Regierung die Entwicklung Frankreichs mitgeprägt. Es sind viele Entscheidungen getroffen worden, die auf das Leben der Arbeiter und Angestellten direkten Einfluß hatten. Mißt man die Politik der Regierung an ihrem Anspruch, für Frankreich auf eine sozialistische Gesellschaftsordnung hinzuwirken, so ist sie davon noch ein großes Stück entfernt.

Wichtige Veränderungen sind jedoch beschlossen oder zumindest angepackt: Weite Teile der Schlüsselindustrie, der Stahlbereich, die Aluminiumerzeugung, die chemische Industrie, Teile der Pharmaindustrie und die 39 größeren Banken sind verstaatlicht, die 39-Stunden-Woche und die fünfte Urlaubswoche wurden eingeführt, das Rentenalter wird auf 60 Jahre gesenkt, allerdings ohne gleichzeitige allgemeine verbindliche Rentenzahlungsregelung.

Die französische Wirtschaft steht weiterhin vor zwei großen Problemen: vor der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und einer zweistelligen Inflationsrate, die gegenwärtig bei knapp 12 Prozent liegt. Etwa zwei Millionen Arbeitslose belasten das soziale Klima. Dabei hat sich die Rate des Preisanstiegs gegenüber dem letzten Jahr schon um 1,7 Prozent verlangsamt, hat sich die Zunahmekurve der Arbeitslosigkeit abgeflacht.

Auf das Problem der Massenarbeitslosigkeit konzentrieren sich viele Initiativen der Regierung. Die Verkürzung der

wöchentlichen Arbeitszeit ist da ein Hebel, die Möglichkeit, mit einem finanziellen Ausgleich mit 55 Jahren in Frührente gehen zu können, ein weiterer Weg. 125 000 Arbeitsplätze sind so neu belegt worden, bei weiteren 100 000 steht dies unmittelbar bevor. Gleichzeitig werden die Bemühungen intensiviert, die Sozialversicherung, insbesondere die Arbeitslosenversicherung finanziell abzusichern, u. a. über eine Arbeitslosenabgabe aller Nichtsozialversicherungspflichtigen.

Parallel werden über staatliche Investitionsprogramme in Zukunftsindustrien belebende Wirkungen auf die gesamte Industrie erhofft. Doch das zur Senkung der Arbeitslosigkeit notwendige Wirtschaftswachstum ist weiterhin zu gering. Zwar liegt Frankreich mit rund zwei Prozent Wachstumsrate im EG-Maßstab vergleichsweise günstig, eine Wende läßt sich so jedoch nicht erzielen.

Erschwerend zu den auch in anderen Ländern spürbaren Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise kommt

die Ablehnungsfront der Unternehmer. So schrieb das Wirtschaftsmagazin „Capital“: „Verärgert über die Pariser Politik, denken sie nicht daran, neue Arbeitsplätze zu schaffen. 1981 kürzten die Unternehmen ihre Investitionsbudgets sogar um 10 Prozent. Nach der Voraussage des nationalen Statistikinstituts kappen die Firmen in diesem Jahr nochmals die Investitionen.“ Die offiziell für 1982 geschätzte Summe hinterzogener Steuern von 95 Mrd. Franc, die im übrigen fast dem Haushaltsdefizit entspricht, verringert die staatlichen Möglichkeiten, stützend und belebend einzugreifen, weiter.

Eine weitere Regierungsentscheidung, die der Bekämpfung der Inflation dienen sollte, hat hingegen zu deutlichen Protesten der Gewerkschaften, der kommunistischen Partei und auch in der sozialistischen Partei geführt: ein zunächst viermonatiger Lohn- und Preisstopp.

Der Wirtschaftsexperte der Gewerkschaft CGT, Gerard Alezard: „Eine soziale Ungerechtigkeit, ein wirtschaftlicher Irrtum, ein politischer Fehler.“ Die den Preisen hinterherhinkenden Löhne wären für die Inflation verantwortlich. Zudem seien gute Löhne notwendig zur Stärkung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage, die wiederum mitentscheidend für die Sicherung von Arbeitsplätzen wäre. Die Gewerkschaften würden Aktionen gegen den Lohnstopp organisieren. Die Regierung hätte damit einen Fehler begangen. Doch Fehler ließen sich korrigieren. Entsprechend dem Motto des 41. CGT-Kongresses vom Juni (NACHRICHTEN 7/82). „Alles hängt vom Eingreifen der Arbeiter ab“ müsse und könne die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ihren Druck für eine konsequente Politik der linken Regierungsmehrheit aufrechterhalten und verstärken. a. p.

100. Geburtstag Hermann Schlimmes

Am 14. September jährt sich zum hundertsten Mal der Geburtstag von Hermann Schlimme. Durch sein Wirken hat der ehemalige Sozialdemokrat ein Stück Gewerkschaftsgeschichte mitgeschrieben: als Sekretär beim Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), als antifaschistischer Kämpfer nach 1933 und als Mitbegründer des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in der damaligen sowjetisch besetzten Zone. NACHRICHTEN werden sich in einem in der Oktoberausgabe erscheinenden Artikel mit Hermann Schlimme, der am 10. November 1955 starb, beschäftigen. Insbesondere kommt es uns darauf an, seine Lehren zu vermitteln, die er aus der Spaltung der Arbeiterbewegung, Faschismus und Krieg gezogen hat.

einschließlich der Kosten für Gemeinschaftseinrichtungen. Für eine Dreiraum-Wohnung ergibt das eine Gesamtmiete von 80 bis 90 Markt.

Obwohl in der DDR nicht von „sozialen“ Wohnungsbau gesprochen wird, ist es es in der Tat. Die Mieten, sowohl für die Altbau- wie auch für Neubauwohnungen, sind nicht nur stabil, sondern auch niedrig. Für Altbauwohnungen gelten noch die Mieten von 1945, so wie auch in der Bundesrepublik bis Anfang der sechziger Jahre die Mietpreisbindung bestanden hat, bevor sie mit den Lücke-Gesetzen der damaligen CDU/CSU-FDP-Bundesregierung aufgehoben wurde.

Für Neubauwohnungen betragen die Mieten in der DDR einheitlich 0,90 Mark pro Quadratmeter Wohnfläche. Dazu kommen 0,40 Mark für Heizung und 0,20 Mark für Warmwasser, zusammen also 1,50 Mark pro Quadratmeter,

Der Wohnungsbau „drüben“ ist erheblich kostengünstiger als bei uns. Es gibt weder einen Bodenpreis- noch einen Hypothekenzinswucher und auch keine gewinnstachelnden Baukonzerne. Trotzdem sind die tatsächlichen Kosten für den Bau und den Erhalt einer Wohnung mit den niedrigen Mieten nicht abgedeckt. Wohnungsbau und das Wohnen werden in der DDR als soziale Gemeinschaftsaufgabe mit steigenden staatlichen Mitteln gefördert und 1982 aus dem Staatshaushalt der DDR mehr als 8 Milliarden Mark für die Wohnungswirtschaft und zur Sicherung der niedrigen Mieten aufgewendet. Das ist fast soviel, wie in den fünf Jahren 1966 bis 1970 mit 9,8 Milliarden Mark dafür ausgegeben wurden. A. B.

Was kann man tun gegen Rationalisierung?

WSI, DGB (Hrsg.): **Humanisierung In der Textverarbeitung, hektographierter Manuskript der gleichnamigen Tagung vom 28. April 1981. Zu beziehen über WSI und Abteilung Angestellte beim DGB.**

Rationalisierung im Angestelltenbereich wird von den Unternehmern besonders intensiv vorangetrieben. Breite Einsatzmöglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung machen dies möglich. Innerhalb des großen Spektrums der Angestelltentätigkeiten wiederum werden Rationalisierungsvorhaben zu allererst im Bereich der Textverarbeitung realisiert, da hier die Arbeitsabläufe am einfachsten formalisierbar scheinen. Betroffen davon sind vor allem Sekretärinnen, Schreibkräfte und Sachbearbeiter.

Diese Tatsache war Anlaß für die Abteilung Angestellte beim DGB-Bundesvorstand und der Projektgruppe „Humanisierung des Arbeitslebens“ im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB (WSI), auf einer Tagung gerade auf diesem Gebiet den Erfahrungsaustausch zwischen gewerkschaftlichen und wissenschaftlichen Experten zu vertiefen, um längerfristige Entwicklungen im Bereich der Textverarbeitung abzuschätzen und aktuelle Ansatzpunkte gewerkschaftlicher Arbeit zu beleuchten.

Eines der wesentlichen Ergebnisse dieser Konferenz war die wissenschaftliche, durch Untersuchungen belegte Erkenntnis über die Art der Belastungen bei Schreibtätigkeiten. Entgegen weitverbreiteter Vorurteile handelt es sich dabei keineswegs um eine vorwiegend mechanische Tätigkeit, vielmehr werden den Schreibkräften im hohen Maße geistige Leistungen abverlangt. Dies müsse Konsequenzen haben sowohl für die gewerkschaftliche Tarifpolitik als auch in der betrieblichen Beschäftigungspolitik. Bei künftigen Auseinandersetzungen um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird daher die Tarifpolitik eine Schlüsselstelle einzunehmen haben.

Darüber hinaus, so die Konferenz, muß der von Unternehmenseite angestrebte Veränderung der Arbeitsorganisation ein hoher Stellenwert für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen beigemessen werden. Die Tagung war sich auch im klaren darüber, „daß die zunehmenden Angriffe der Arbeitgeber auf die Arbeitsbedingungen der Angestellten im Büro-, Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich auf einen nach wie vor relativ niedrigen Organisationsgrad der Angestellten trifft. Hier

sind noch große organisationspolitische Anstrengungen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften erforderlich.“ Die umfangreiche Broschüre zu studieren sei jedem empfohlen, der sich mit Fragen der Arbeitsbedingungen in der Textverarbeitung, ihren Belastungen und gewerkschaftlichen Gestaltungsaufgaben zu befassen hat.

Gewerkschaft HBV (Hrsg.): **Arbeitsheft Datenkassen für Betriebsräte und Vertrauensleute. EVD-unterstütztes Warenwirtschaftssystem. WI-Verlag, Düsseldorf, 1982, 60 Seiten.**

Auch auf den Einzelhandel rollt eine Rationalisierungswelle zu, von der jetzt noch nicht absehbar ist, wie vielen Beschäftigten am Ende der Arbeitsplatz fehlen wird. Klar ist, nach Unternehmerstrategie, daß es sehr viele sein sollen. Den Unternehmern sind die Personalkosten zu hoch. Derzeit werden im großen Stil Datenkassen im Einzelhandel installiert, die aber für den Kunden wie den Beschäftigten nur die Spitze eines Eisberges zeigen. Dahinter verbirgt sich ein ganzes Computersystem, mit dem sich der gesamte Warenfluß vom Einkauf bis zum Bestellwesen steuern und kontrollieren läßt. Die Broschüre fragt nach dem Funktionsprinzip dieser Systeme, welche Auswirkungen sie haben, und zeigt Möglichkeiten auf, die Betriebsräte und Beschäftigte haben, um auf diese Entwicklung Einfluß zu nehmen. In einem umfangreichen Anhang sind wichtige Arbeitshilfen für den Gewerkschafter aufgenommen worden. So z. B. zwei Musterbetriebsvereinbarungen, zum einen über die Arbeit an Bildschirmgeräten, zum anderen über die Einführung und Anwendung eines EDV-gestützten Warenwirtschaftssystems.

Günter Friedrich, Adam Schaff (Hrsg.): **Auf Gedeih und Verderb. Mikroelektronik und Gesellschaft. Bericht an den Club of Rome. Europaverlag, Wien 1982, 368 Seiten, 29,80 DM.**

Dieser Bericht an den Club of Rome setzt sich in mehreren Beiträgen prominenter Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern mit der Frage auseinander, welche Auswirkungen die Einführung der Mikroelektronik auf die verschiedensten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hat. Bei diesem Vorhaben liefert das Buch eine Fülle von interessanten Fakten. Dadurch aber, daß die gesellschaftlichen Grundlagen – z. B. der Gegensatz von Kapital und Arbeit – meist ausgespart bleiben, verkommen die Versuche, Prognosen auch schon für die nahe Zukunft zu liefern, allzuoft in reiner Spekulation. B. K.

Noch nie wurde in der Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik der Antikriegstag, der Gedenktag an jenen 1. September 1939, als die Hitler-Armee Polen überfiel und damit den bisher grausamsten Krieg entfachte, mit derartig vielen Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen begangen wie in diesem Jahr. Deutlich wurde nicht nur die wachsende Kriegsgefahr herausgestellt, die mit der geplanten Stationierung neuartiger Mittelstreckenraketen und Cruise-Missiles in unserem Land im kommenden Jahr noch eskaliert, zunehmend wird in der Gewerkschaftsbewegung auch der Zusammenhang von Rüstung und Sozialabbau erkannt. Es geht eben nur eines: Butter oder Kanonen bzw. Raketen.

Um unseren Lesern zumindest noch einen Überblick über die Vielzahl der Aktionen des 1. September zu vermitteln, hat die Redaktion den üblicherweise auf Ende des Monats festgesetzten Redaktionsschluß um ein paar Tage verschoben.

Hinweisen möchten wir unsere Leser auch auf das im Dokumentationsteil wiedergegebene Plakat „Unternehmer auf dem Prüfstand. Wo bleiben unsere Arbeitsplätze?“, herausgegeben von der IG-Metall-Bezirksleitung Stuttgart zur Vorbereitung der kommenden Tarifrunde, das sicher auch in anderen Bereichen zur betrieblichen Diskussion Verwendung finden kann.

Die Buchmesse rückt näher. Sie findet dieses Jahr statt vom 6. bis 11. Oktober, wie gewöhnlich auf dem Frankfurter Messegelände. Wir stellen unsere Neuveröffentlichungen vor und laden unsere Leser ein, uns zu besuchen. Redakteure und Mitarbeiter des Verlags treuen sich auf das Gespräch mit denen, für die wir arbeiten. Sie finden uns in Halle 6, Erdgeschoß, Gang H, Stand-Nr. 134.

Ende August erschien nun unser Buch „Berufliche Bildung und Weiterbildung. Bestandsaufnahme und Alternativen“. Dieses Buch gehört in die Hand jedes Gewerkschafters, der mit beruflicher Bildung zu tun hat. In diesen Tagen wird „Einheitsgewerkschaft. Quellen – Grundlagen – Probleme“ ausgeliefert. Wenige Tage noch, bis Ende September, gilt unser Subskriptionspreis von 18 DM. Wer jetzt noch zugreift bei dieser 285 Seiten starken Publikation im Format DIN A5 mit vielen bisher nicht zugänglichen Dokumenten aus der Entstehungsgeschichte der Einheitsgewerkschaft, spart ganze 7 DM. Vorausgesetzt: man überweist den Betrag im Voraus auf unser Postscheckkonto. Das Verfahren ist einfach. Der Vermerk des Titels auf dem Empfängerabschnitt oder die Angabe der Bestell-Nr. 043 gilt als Bestellung. jaco

Terminkalender

- **21. bis 23. September**
Internationale Arbeitsstudienkonferenz des DGB in Westberlin
- **24. September**
14. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie in Essen
- **29. September**
Außerordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in Wiesbaden
- **5. bis 8. Oktober**
17. ordentlicher Delegiertenkongreß der Gewerkschaft der Polizei in Nürnberg
- **10. bis 15. Oktober**
Konferenz der Internationalen Grafischen Föderation in Paris
- **17. bis 23. Oktober**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau - Steine - Erden in Frankfurt
- **18. bis 23. Oktober**
14. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil - Bekleidung in Mainz
- **27. bis 29. Oktober**
Bundeskonferenz der Deutschen Journalisten-Union (dju) in Springen/Taunus
- **28. bis 30. Oktober**
16. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau und Energie in Bottrop
- **2. bis 3. November**
10. Bundespersonalräte-Konferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Aachen
- **8. bis 11. November**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) in Lahnstein
- **20. bis 21. November**
Konferenz des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) zum Thema Arbeitsbedingungen und Arbeitskämpferfahrungen von Frauen in Frankfurt
- **25. bis 26. November**
7. Bundeshandwerkerskonferenz der IG Metall in Frankfurt
- **2. bis 5. Dezember**
Bundeskongreß der Arbeitsloseninitiativen in Frankfurt (Gewerkschaftshaus)
- **6. Dezember**
Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Hamburg
- **7. bis 8. Dezember**
Bundesarbeitstagung der IG Chemie-Papier-Keramik in Hamburg
- **11. Dezember**
Außerordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Leder in Frankfurt

D 3476 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt.
NACHRICHTEN-
Verlags-GmbH,
Glauburgstr. 66,
Postf. 18 03 72,
6000 Frankfurt/M.

0603650 NI 82.009 0039 13

FREIE UNIVERSITÄT B.
VCRM. OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

„Wir klagen an“

Wir sind empört. In derselben Nachrichtenendung, die die Bevölkerung darüber informierte, daß das Marinegeschwader Nr. 1 die ersten Kampfflugzeuge vom Typ Tornado zu einem Stückpreis von fast 80 Millionen DM in Dienst stellte, wurde berichtet, daß das Bundeskabinett sich darüber geeinigt hätte, einschneidende Sparmaßnahmen im sozialen Bereich für 1983 vorzunehmen.

Der Schock war perfekt. Wir sind sicher, daß die überwiegende Mehrheit der von uns vertretenen Arbeitnehmer, die zum Großteil auch SPD-Wähler sind, diese Politik nicht unterstützt. Sie fühlt sich im Gegenteil hintergangen. Diese Politik haben sie ganz sicher nicht gewollt, als sie ihre Stimme für die sozialliberale Koalition abgaben. Sie haben im guten Glauben, daß sich sozialdemokratisches Gedankengut auch durchsetzen wird, ihr Votum abgegeben. Jetzt sehen wir uns vor einem Scherbenhaufen eigener Forderungen...

Mit einem Wort, die SPD hat sich nach unserer Einschätzung bei ihren Arbeitnehmerwählern unglaublich gemacht. Wer auf der einen Seite den Sozialhaushalt um fast 10 Prozent kürzen will und gleichzeitig den Verteidigungshaushalt gegen einen aufgebauten Feindpanzer um über 4 Prozent erhöht, denkt und handelt nicht mehr im Interesse der abhängig Beschäftigten der Bundesrepublik Deutschland.

Zum gleichen Zeitpunkt wurde bekannt, daß namhafte Politiker, vor allem auch der SPD, in den Steuervergünstigungsskandal um den Flick-Konzern verwickelt sein sollen. Milliardenbeträge sind dem Staatshaushalt entgangen. Spitzenpolitiker sollen davon profitiert haben. Wir wären nicht bereit, solche Machenschaften zu tolerieren. Im Gegenteil, wir klagen an!

Wir klagen an, daß die SPD ihre Wahlversprechen nicht eingehalten hat.

Wir klagen an, daß die SPD kaum noch Arbeiterinteressen vertritt.

Wir klagen an, daß die SPD, um an der Regierung zu bleiben, sich selbst kastriert...

(Auszüge aus einem offenen Brief des Landesbezirksvorstands Rheinland-Pfalz-Saar der IG Druck und Papier, gez. vom ersten und zweiten Vorsitzenden Klaus Schrinner und Hans Georg Weber.)

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel

Informationen und Kommentare

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpplé, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Tel. (08 11) 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember - nur für Abonnenten).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 36,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Heinz Schäfer, Sternstraße 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 3. September

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH
Frankfurt am Main